

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonntag, den 16. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die lechstegehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Katholikentag

krift heute unter Glockengeläute und Tebeum in Düsseldorf zusammen. Die Zentrums-Presse verkündet, daß der heute mittag stattfindende Arbeiterfestzug gewaltiger als seine Vorgänger sein wird, daß die Festhalle umfangreicher als je ist, und daß der Glanz der Studentenumfahrten alles bisherige in Schatten stellen wird. Düsseldorf eignet sich vortrefflich zur Abhaltung der ultramontanen Parade; die Stadt ist bekannt durch ihre herrliche Lage, ihre prächtigen Alleen und schönen Straßen — der richtige Hintergrund zur Entfaltung eines glanz- und geräuschvollen Schauspiels. Sie ist zudem der Mittelpunkt eines industrie-, verkehrs- und volkreichen Gebietes, vortrefflich geeignet, gewaltige Massen anzuziehen und zu unterhalten. Die Bedingungen, daß die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, wie es in der üblichen Schlußrede lauten wird, ein neues, besonders herrliches Ruhmesblatt in der „Geschichte des katholischen Volkes“ darstellt, sind in vollem Maße gegeben.

Düsseldorf hat schon zweimal den Katholikentag in seinen Mauern beherbergt. Zuerst im Jahre 1869. In der deutschen Arbeiterbewegung hatte es sich seit einem halben Jahrzehnt zu regen begonnen. Die Katholikentage, die in die Zeit von Raffalles Wirken fielen (Frankfurt a. M. 1863, Würzburg 1864), hatten sich bereits mit der sozialen Frage beschäftigt, allerdings in einer Weise, die die völlige Katlosigkeit der kirchlichen Welt gegenüber den Aufgaben der neuen Zeit offenbarte. Das ergab sich schon aus dem Umstande, daß die ins soziale Gebiet fallenden Anträge von der Kommission für Caritas, also als Wohlthätigkeitsfragen behandelt wurden. Die Katholikentage der nächsten Jahre waren nicht glücklicher. Die Beschlüsse ließen nicht nur die Unfähigkeit, sondern mehr noch die Abneigung erkennen, den drängenden Forderungen, die aus der Tiefe des Volkes kamen, gerecht zu werden. Dem Katholikentag in Innsbruck (1867) war der Auftrag erteilt worden, die soziale Frage bei der nächsten Versammlung zur Sprache zu bringen. Innsbruck bekannte sich auf dem nächsten Katholikentag (Wamberg 1868) zu der Ueberzeugung, daß die soziale Frage „immer brennender“ würde, aber „guter Rat“ sei „teuer“; deshalb müsse eingestanden werden, daß man der „ungeheuren Aufgabe nicht genügen“ könne und sich bequemen müsse, „die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf den Gedanken zu lenken, daß die St. Vinzenzvereine die lokale Erscheinung der sozialen Frage ins Auge fassen und ihre Tätigkeit danach einrichten.“ Die soziale Frage wurde nach fünfjähriger Behandlung durch die Katholikentage den Vinzenzvereinen, d. h. den privaten Anstalten für Armen-, Kranken- und Alterspflege überwiesen!

Unterdes hatte die Agitation Raffalles und seiner Nachfolger auch auf die katholische Arbeiterbewegung gewirkt. Bischof Ketteler bediente sich in seiner Kritik der herrschenden Gesellschaftsordnung vorwiegend Raffalischer Argumente, und seine sozialpolitischen Forderungen waren dem Programm der Arbeiterpartei entnommen. Katholische Kapläne trugen seine Lehren und Forderungen unter gläubige Volk; christlich-soziale Vereine, aus kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen gemischt, entstanden, die ihrerseits wieder Forderungen stellten, darunter manch Birres, aber auch manch Vernünftiges und Berechtigtes. Dieser Bewegung im eigenen Lager mußte der Merkantilismus Beachtung schenken, und so wurde denn auf dem Katholikentage in Düsseldorf beschlossen, für die Behandlung der sozialen Anträge eine eigene soziale Sektion zu schaffen, zugleich mit der Aufgabe, die „Bildung christlich-sozialer Vereine zum Zwecke der ökonomischen wie moralischen Hebung des Arbeiterstandes“ und die „Verbreitung der einschlägigen literarischen Erscheinungen“ zu fördern. Weiter empfahl der Katholikentag für die Bestrebungen der christlich-sozialen Vereine, die von Bischof Ketteler in seiner Offenbacher Rede (Juli 1869) aufgestellten Grundsätze und Forderungen (Verfälschung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Gewährung von Ruhetagen, Verbot der Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken); endlich forderte der Katholikentag „die christlichen Männer aller Stände auf, sich der arbeitenden Klassen anzunehmen und für das ökonomische und sittliche Wohl derselben zu wirken.“

Das sah nun wenigstens nach etwas aus. Die Soziale Sektion, die in Düsseldorf geschaffen worden war, berief im März 1870 eine Versammlung christlich-sozialer Vereine von Rheinland und Westfalen nach Elberfeld ein, wo über Spar-, Kredit- und Konsumvereine verhandelt, die eigentliche Arbeiterfrage aber gar nicht berührt wurde. Im übrigen verhielt sich die Sektion passiv, und ebenjowenig machte das Zentrum im Reichstag und im Landtag Anstalt, etwas für die Arbeiter zu tun. Die Resolutionen der Katholikentage wurden immer langatmiger, aber auch immer nichtsagender; auf dem Katholikentag in Würzburg 1877 blieb von der ultramontanen Arbeiterfreundlichkeit nicht übrig als der Beschluß, „katholische korporative Verbände zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ zu empfehlen, als Mittel „zur Wiederherstellung der christlichen Familie und zur Förderung des sittlichen und materiellen Wohls der Mitglieder.“

1883 war der Katholikentag wieder einmal in Düsseldorf versammelt, und wiederum spielte die soziale Frage

in den Verhandlungen eine gewaltige Rolle. Eine beträchtliche Anzahl von Anträgen lag vor, und in den Reden, auch denen, die nicht speziell zu diesem Thema gehalten wurden, kam es immer wieder zu Hinweisen auf die Bedeutung der sozialen Frage. Man war nicht umsonst im industriellen Westen, wo das Zentrum um diese Zeit vorwiegend mit den Liberalen im Kampfe lag und hierzu der Unterstützung der katholischen Arbeiter und kleinen Leute bedurfte. Wieder einmal sollte etwas Bedeutendes auf sozialem Gebiete geschehen. Der vorhergehende Katholikentag (Frankfurt a. M. 1882) hatte beschlossen, ein sozialpolitisches Komitee zu errichten. Es war unter dem Vorsitz des Fürsten Löwenstein ins Leben getreten; unter seinen Mitgliedern, die im übrigen meist aus Geistlichen bestanden, zählte man 2 Fürsten, 4 Grafen und 5 Barone — offenbar die besten Leute, um zu wissen, wo dem hungernden und rechtlosen Volke der Schuh drückt. Selbstverständlich war kein Arbeiter in dem Komitee, dessen Unfruchtbarkeit nicht hätte erst durch die Verankerung des Vorsitzenden, daß es keineswegs ein sozialpolitisches Aktionsprogramm entwerfen, sondern nur durch mündlichen und schriftlichen Verkehr die sozialen Fragen erörtern wolle, nicht erst hätte erwiesen zu werden brauchen.

Die erste Rede zur sozialen Frage hielt in Düsseldorf Herr Porzich aus Breslau. Ohne die Kirche sei die soziale Frage nicht zu lösen; aber um sie zu lösen, bedürfe die Kirche der Freiheit, namentlich um auf dem Gebiete der Armenpflege ihre Tätigkeit voll entfalten zu können. „Die Güter der Welt — meinte der Redner — hat Gott gleichmäßig für alle Menschen bestimmt, aber nicht gleichmäßig unter die Menschen verteilt; nach dem Willen Gottes soll es immer Arme und Reiche geben. Aber diese Ungleichheit soll die Welt nicht in zwei feindliche Lager zerreißen, sondern gerade diese Ungleichheit soll zwischen Arm und Reich ein gesellschaftliches, brüderliches, heiliges Band bilden, indem die einen durch mildtätige Liebe, die anderen durch dankbare Ergebung und Resignation sich den Himmel zu verdienen suchen.“

Rechtsanwalt Bachem (Köln) gab der Meinung Ausdruck, daß die soziale Frage „mit Nessel behaftet“ sei; er wolle sich deshalb mit wenigen „abgerissenen Sägen“ begnügen und sich bemühen, nur solche Dinge zu erwähnen, bezüglich deren unter den Katholiken Einverständnis herrsche. Als solche Dinge nannte er die Schwindelgeschäfte (Schleuderausverkäufe, Pleitemachen usw.) und den Festschwindel (Vergnügungssucht, blauer Montag). Pfarrer Wasserhann (Hennberg) redete über die Sonntagsruhe, die er, weil an ihr jeder teilnehme, als die Verwirklichung der Gleichheit auf Erden erklärte. Damit über so grundstürzende Gedanken und Forderungen aber das katholische Volk nicht in Entsetzen gerate, erhob sich von „nicht endemollendem Beifall“ empfangen, Herr Windthorst und sprach: „Wir müssen uns überhaupt gewöhnen, daß wir die Ideen, die wir persönlich vielleicht schon für richtig erkannt haben, und die wir deshalb gern ins Leben rufen möchten, immer von neuem der Beobachtung auch anderer aussetzen, mit diesen darüber sprechen, die öffentliche Diskussion veranlassen und dann erst, wenn sie reif geworden, meine ich, kann man mit Erfolg zu praktischen Resultaten kommen. Auf diesen Boden hat sich die Generalversammlung gestellt.“

Den Verhandlungen entsprechend waren die Beschlüsse des Düsseldorfer Katholikentages zur sozialen Frage, wie sie unter dieser Rubrik das amtliche Protokoll verzeichnet. Es wurde empfohlen, die Errichtung von Anstalten für Idioten (1); die Bekämpfung der Trunksucht durch Anstalten zur Verabreichung unschädlicher Getränke an Arbeiter und durch Gründung von kirchlichen Mäßigkeitsbruderschaften; die Förderung einer Sicherung der Sonntagsruhe; die Fürsorge für entlassene Gefangene und Wagnunden (1); Einigung des Handwerks in gewerblichen Körperchaften und seine Wiedergeburt auf christlicher Grundlage, Einschränkung der öffentlichen Vergnügungen. Weiter wurde gefordert die Freiheit der Kirche, ohne deren Mithilfe an die Lösung der sozialen Frage nicht zu denken sei, sodann die „korporative Organisation der produktiven Arbeit“. Endlich wurde noch die Aufmerksamkeit der katholischen Christenheit hingelenkt auf den Verband „Arbeiterwohl“, eine Organisation katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde und das von ihm herausgegebene „Häusliche Glück“, das bekannte Büchlein mit den billigen Kochrezepten.

Das waren die Leistungen des zweiten Düsseldorfer Katholikentages. Heute wird der dritte eingeleitet, und morgen beginnen seine Verhandlungen. Werden sie fruchtbarer sein als die seiner Vorgänger am selben Ort? Es wäre unecht und unklug zu verkennen, daß der Merkantilismus zu lernen weiß. Man darf sicher sein, daß der bevorstehende Katholikentag sich hüten wird, die Empfehlung von Idiotenanstalten als soziale Tat auszusprechen; ebenso wird er es unterlassen, die Wasserfuppchen und Kartoffelbrotsteaks des Verbandes „Arbeiterwohl“ als Mittel zur Lösung der sozialen Frage anzupreisen; und es wird wohl auch kaum noch ein Redner auf den Gedanken verfallen, den katholischen Arbeitern am Rhein vorzureden, es sei ihre Bestimmung, sich „durch dankbare Ergebung und Resignation den Himmel zu verdienen“. Dafür sind auch die gläubigen Arbeiter nicht mehr

dumm genug, dafür haben sie (in enger Verbindung mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung) doch einiges gelernt. Der Merkantilismus hat sich genötigt gesehen, dem Fortschritt der Zeit Zugeständnisse zu machen; aber nach wie vor bleibt es sein Bestreben, den Arbeitern nur einen geringen Teil dessen zu gewähren, was sie berechtigterweise auch unter den bestehenden Verhältnissen zu fordern berechtigt sind. Vor allen Dingen bleibt es sein Bestreben, ihnen den Weg zu versperren zur völligen Befreiung von den Mächten der Volksausbeutung, Volksbedrückung und Volksverdummung.

Dobon werden auch die Verhandlungen des dritten Düsseldorfer Katholikentages Kunde geben. Aber wie im Jahre 1908 die klassenbewußte Arbeiterbewegung im katholischen Westen anders daheft als im Jahre 1883 oder gar im Jahre 1869, so sind wir sicher, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die katholische Arbeiterbewegung das Spiel der merkantilen Volksverführer durchschaut und nicht mehr die Reihen der Zentrumsparaden formiert.

Die Budgetbewilligungen.

Ein mit den bayerischen Verhältnissen vertrauter Reichstagsabgeordneter schreibt uns:

Nach den Badensern die Bayern! Haben die Badenser ihre Zustimmung zum Budget noch mit dem Zusatz verbrämt, daß darin kein Vertrauensvotum für die Regierung liegen solle, so vermeinte man in München, von einer solchen Einschränkung absehen zu sollen. Mit vollem Recht! Wenn man sich schon einmal zu der Auffassung „durchgerungen“ hat, daß parlamentarische Vertreter der Sozialdemokratie einer klassenstaatlichen Regierung das Budget bewilligen können und müssen, dann hat es eigentlich keinen Sinn, noch eine einschränkende Bemerkung zu machen. Jeder Regierung kommt es darauf an, daß ihr das vorgelegte Budget bewilligt wird, ob das mit zwei heiteren oder nur mit einem nassen und einem heiteren Auge geschieht, das ist ihr wirklich herzlich gleichgültig.

Der sozialdemokratische Fraktionsredner in München, Genosse Segih, hob in seiner Erklärung hervor, daß in dem Budget Mittel für wichtige Kulturaufgaben enthalten seien. Wenn sie auch nicht in allen Einzelheiten genügen, so sei doch ein Fortschritt unverkennbar. Die Sozialdemokratie habe keinen Anlaß, ihre grundsätzliche Stellung gegenüber dem herrschenden System zu ändern, aber die Schaffung des Landtagswahlrechtes, des Proporzges zu den Gemeindevahlen und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokraten bedeuten einen Anfaß zu einer besseren Entwicklung. Das hat die Sozialdemokraten bestimmt, ohne daß sie für alle Teile des Budgets oder für alle Maßnahmen der Regierung die Verantwortung tragen wolle, das Budget zu bewilligen.

Eine solche Erklärung mag in den Augen mancher Leute „staatsmännisch“ erscheinen, sozialdemokratisch ist sie nicht! Man wird bei dieser Gelegenheit ganz unwillkürlich an einen Vorgang im Reichstage erinnert. Der Zusammenstoß Raffalles mit dem Kriegsminister v. Einem hatte zu der bekannten Modifizierung geführt, die Bülow durch eine Beschneidung mit den Modifizieren ausglich. Die Führer der Modifizierten gaben in der folgenden Sitzung des Reichstages Erklärungen ab. Der freisinnige Abg. Dr. Wiemer erklärte, daß seine Partei die Politik des Reichskanzlers unterstützen werde und er fügte hinzu: „Unter Wahrung unserer Grundsätze.“ Ein häßliches Gelächter durchbrauste das Haus. Die Heiterkeit war eine ganz allgemeine, weil eben jeder denkende Mensch das Gefühl haben mußte, daß Unterstützung konservativer Politik unter gleichzeitiger Wahrung freisinniger Grundsätze völlig unvereinbare Dinge sind. Auf derselben Höhe steht die Erklärung des Genossen Segih! Man kann den Klassenstaat nicht bekämpfen dadurch, daß man ihn, ob verlausuliert oder nicht, die Mittel bewilligt, die er zu seiner Fortentwicklung braucht. Nach dieser Theorie hätten die einzelstaatlichen Minister bloß nötig, gelegentlich kleine Konfessionen, die den Charakter des Klassenstaates nicht tangieren, zu machen, und die Sozialdemokraten müßten dann das Budget bewilligen!

So geht das nicht weiter! Das führt auf die schiefste Ebene, die im Sumpfe einer bürgerlichen Reformpartei endet. Weder in Bayern noch in Baden lag ein „zwingender“ Umstand vor, für das Budget zu stimmen. In der Lübecker Resolution besagt der dritte Absatz klar und deutlich:

„Die Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise, aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Wo liegen denn nun die zwingenden Gründe in Bayern? Das Landtagswahlrecht fällt nicht einmal in diese Budgetperiode, denn es ist vom verflochtenen Landtag bewilligt worden. Das Proportionalwahlrecht ist nicht geschaffen worden den Sozialdemokraten zu Liebe, sondern weil die stärkste Partei des Landtags, das Zentrum, es unangenehm empfindet, daß seine Anhänger in den größeren Städten seinen oder doch nur einen geringen Einfluß auch in der Gemeindevertretung haben. Es soll keineswegs bestritten werden, daß die höhere politische Gleichberechtigung in Bayern nicht so schamlos mit Füßen getreten wird, wie in anderen Bundesstaaten. Es sei nur daran erinnert, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Köpfe heute noch einem Staats-

betriebe als Arbeiter angehört und für die Dauer der Landtagsession nicht bloß Urlaub, sondern auch seinen Arbeitslohn erhielt. Für ein einigermaßen modernes Staatswesen ist das aber eine solche Selbstverständlichkeit, daß kein Wort darüber zu verlieren ist. Weil es aber solche Staatswesen in Preußen-Deutschland nicht gibt, verdient das Verhalten der bayerischen Regierung in diesem konkreten Falle in der Tat Anerkennung. Aber das ist doch beileibe noch kein „zwingender“ Grund für sozialdemokratische Vertreter, dem Staat guzustimmen. Stimmt trotz alledem eine sozialdemokratische Fraktion dem Staat zu, so bedeutet das weiter nichts, als daß damit der Klassenstaatlichen Regierung Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen wird, daß sie vergleichsweise anständig und nicht allem bürgerlichen Fortschritt abhold war. Unter diesen Umständen noch seine prinzipielle Haltung so nebenbei erwähnen, bedeutet weiter nichts als eine Verschleierung der Motive!

Die Ursachen liegen aber tiefer und es muß einmal offen ausgesprochen werden, was ist!

Schon auf dem Parteitage in Frankfurt, wo es sich um die bayerische Budgetbewilligung handelte, kämpften die Genossen v. Vollmar und Grillenberger hauptsächlich mit dem Argument, der bayerische Parteitag habe die Haltung der Fraktion gebilligt; und der Hintergedanke konnte dabei nur der sein: „Guch Preußen, Sachsen usw. geht das nichts an; wir reden in eure speziellen Landesangelegenheiten auch nichts drein.“ Diesen Gedankengang greifen nun auch die Badenser auf, wenn der „Vollmar“ betont, der badische Landesvorstand und die Redaktionen der badischen Parteipresse sind einverstanden gewesen und nun kommt auf einmal der Berliner Parteivorstand und der „Vorwärts“ und wollen dieses traute Techtelmechtel stören. Mit Verlaub, nicht der Berliner Parteivorstand hat eingegriffen, sondern der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie, der auf Beschluß der jeweiligen Parteitage seinen Sitz in Berlin hat und zu dessen Aufgaben es gehört, darüber zu wachen, daß mit Parteitagebeschlüssen nicht Schindluder getrieben wird. Der Hinweis auf den Berliner Parteivorstand ist nichts weiter als ein Appell an partikularistische Instinkte, wie das Bestreben gewisser Kreise ganz offensichtlich darauf hinausläuft, eine deutsche Sozialdemokratie auf streng föderalistischer Grundlage zu schaffen!

Diesem neuesten revisionistischen Schachzug kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. Und wenn Parteigenossen in hervorragender Vertrauensstellung, statt anderen mit gutem Beispiel voranzugehen, sich mit Leichtigkeit über programmatische Parteitagebeschlüsse hinwegsetzen, dann müssen die Massen, die sich ihr proletarisches Klassenempfinden bewahrt haben, zur Entscheidung aufgegriffen werden, damit ihre Führer den Weg zum Boden des Klassenkampfes zurückfinden!

Blut!

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben:

Vor kurzem las ich in mehreren Zeitungen, daß ein gewisser Oberleutnant v. Bismarck ehrengerichtlich entlassen worden war, weil er, als er sich in Zivilkleidung befand, von einem Knecht einen Schlag erhalten hatte und dafür nicht die „standesgemäße Satisfaktion“ erlangen konnte. Bei der Lektüre dieser das „glänzende Kleid“ auch nicht übel illustrierenden Nachricht mußte ich mich unwillkürlich an folgende Episode erinnern: Als ich vor ungefähr 20 Jahren als junger Leutnant zu Hause auf Urlaub weilte, bemerkte mein Vater mit Staunen, daß ich, wenn ich in Zivil ausging, stets einen scharfgeladenen Revolver bei mir trug. Eines Tages sagte mein Vater zu mir: „Warum hast Du immer einen Revolver in der Tasche? Wir leben doch nicht in den Abruzzen.“

Darauf gab ich ihm ungefähr folgende Aufklärung: „Wenn ich in Zivil von einem Mann, der nicht satisfaktionsfähig ist oder keine Satisfaktion geben will, einen Stoß oder Schlag erhalte, so werde ich unheimlich vom Ehrengericht ohne Pensionanspruch zum Teufel gejagt und außerdem komme ich in den Verdacht der Freigebit. Stehe ich aber jeden, der mich fälschlich beleidigt, zusammen, so werde ich vielleicht ein paar Wochen eingesperrt — das Militärgericht wird mich wahrscheinlich überhaupt freisprechen — im übrigen bleibe ich weiter ein Herr Leutnant.“

Meinem Vater, der nicht preussisch gedrillt war, kam die Geschichte etwas spanisch vor, aber er fand sie von meinem damaligen Standpunkt aus begrifflich. Bestraft der Staat, der sich so eifrig für Religion, Sittlichkeit und Ordnung ins Zeug legt, Leute mit dem Verlust ihrer Existenz, wenn sie wegen eines empfangenen Schlags nicht das Blut des Gegners vergießen, so darf man sich nicht wundern, daß viele dieser Leute vorwärtsdrängen sich mit einem Revolver oder einem scharfen Stilet ausrüsten und nach dem Muster eines tauflüchtigen niederbayerischen Bauernburschen sagen: „Wer mir hergeht, den sähe ich nieder oder steche ich zusammen!“ Allerdings wird der Bauernbursche, der nach diesem Rezept verfährt, tüchtig eingesperrt, während der Offizier auf eine sehr milde Strafe hoffen darf, denn seine Richter, die ja selbst der Armee angehören, wissen genau, daß er auch um seine Existenz gekämpft hat.

Daß solche Zustände eines kultiviert sein wollenden Landes unwürdig sind, bedarf keines besonderen Beweises. Aber kultiviert hin, kultiviert her: der Militarismus etabliert einen Staat im Staate, der sich verdammt wenig um das kümmert, was um ihn vorgeht. Der eigentliche Staat verbietet in seinem Strafgesetzbuch das Duell, die Armee aber sagt: „Ich pfeife auf euer Strafgesetzbuch. Ein Offizier, der sich nicht duelliert, wenn der Ehrentat es für notwendig hält, fliegt hinaus.“ Und das interessanteste an der Sache ist, daß der, der den Hinauswurf eines solchen Offiziers befürchtet, meistens zugleich derjenige ist, in dessen Namen sonst im Lande Recht gesprochen wird. Dies trifft auf Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg zu, weil dort die Ehrengerichte keine Urteile fällen, sondern nur Urträge stellen dürfen. Das Urteil erläßt der in Betracht kommende Monarch, ohne an den Spruch des Ehrengerichtes irgendwie gebunden zu sein. Nehmen wir z. B. an, die Frau eines preussischen Offiziers begehe mit einem Kameraden ihres Mannes einen Ehebruch. Der Verletere wird entdeckt, und der militärische Ehrentat fällt ein Pistolenduell mit schweren Bedingungen für nötig. Der beleidigte Ehegatte, der auch Vater mehrerer Kinder ist, stellt sich aber auf den Standpunkt, daß er sich seinen Kindern erhalten müsse und sie seiner untreuen Frau nicht in die Hände fallen lassen dürfe. Daher lehnt er das Duell ab. Das ist aber eine Sünde gegen die in den Offizierskreisen herrschenden und offiziell aufgestellten Anschauungen — es lebe Religion, Sittlichkeit und Ordnung! — und darum beantragt das Ehrengericht Entlassung mit schlichtem Ab-

schied. Der Monarch — mag er nun heißen wie er will — stimmt selbstverständlich dem Antrage zu, denn die „bewährten Traditionen“ des Offizierskorps müssen erhalten werden. Damit stehen wir vor der seltsamen Tatsache, daß der nämliche Fürst, in dessen Namen Duellanten gerichtlich bestraft werden, einen Offizier entläßt, weil er sich nicht duelliert, also sich geweigert hat, eine strafbare Handlung zu begehen.

Ein drastisches Symptom dafür, daß die Armee einen Staat im Staate bildet, liefert auch das Militärstrafgesetzbuch, das den modernen Rechtsanschauungen Hohn spricht. Die Tatsache, daß dieser Kodex noch immer die Tortur des strengen Verrestes aufrecht erhält, sagt genug. Dazu kommen die milden Strafen für Verfehlungen von oben nach unten und die barbarischen für Verfehlungen entgegengesetzter Natur. Der Reichstag hat vor ein paar Jahren schon den Antrag gestellt, daß diese Strafen miteinander mehr in Einklang gebracht werden sollen, aber der Bundesrat hat sich nicht bewegen können, eine Zustimmung zu geben. Und wiederum die Reichstagsmajorität gut deutsch-bürgerlich ist, d. h. jeden Schritt aus höheren Sphären geduldig einräumt, so ist selbst dieses hübsche Reform unter den Tisch gefallen.

Der Militarismus bedeutet leider ein großes Stück Barbarentum. Unter den Etiketten „höhere Ehre und Disziplin“ verbirgt er sich schwer an den Gesetzen der Humanität und den einfachsten Begriffen von Gerechtigkeit. Er, dessen Ziel der Krieg ist, versucht das Volk moralisch, indem er die Gewalt zum Götzen erhebt, den alles verehren, dem alles untertan sein soll.

Die Krise der rechtgläubigen Kirche in Rußland.

II.

In den alten Ideen des Polizeistaates befangen, suchen Geistlichkeit und Regierung nach einem „Arheber“ der religiösen Säkularität in den Massen. Nach der Meinung des Metropolitens Antonius sind an dem Unheil lediglich die grimmigen Feinde der christlichen Kirche und Staatsordnung schuld, denn diese seien es, die „allerorten die unserer Seelsorge anvertraute Herde Christi durch ihre verderblichen Lehren irreführen und das rechtgläubige Volk zu Abscheu gegen die Kirche, Verleugnung des Glaubens und der christlichen Liebe aufstacheln“ (Kosowo Wremja Nr. 10945). „Den Weltlichen ist beizubringen“, lautet die unlängst ergangene Vorschrift des Erzbischofs Antonius an einen der Geistlichen seiner Eparchie, „daß Schräger und Revolutionäre in Erkenntnis dessen, daß ihr Komplott gegen Rußland hauptsächlich durch den Einfluß des rechten Glaubens bereitet worden ist, beschloßen haben, das Volk gegen seine Seelenhirten aufzuwiegeln und ihm deswegen durch Vermittlung verabschiedeter Soldaten und Matrosen ungereimtes Zeug einflößen“ (Kosowo Wremja, 22. Januar 1908).

Die „Arheber“ der religiösen Krise waren also entdeckt: Es sind das die „Feinde der Kirche“, und zwar Juden, Revolutionäre, ehemalige Soldaten und Matrosen. Auf diesem Polizeistaatspunkte basieren auch die einschlägigen Maßnahmen des regierenden Synods zur Bekämpfung der „Erzfeinde der Kirche“. Zu diesem Zweck hat der Synod ein Reglement über die Errichtung innerer Missionen der rechtgläubigen Kirche erlassen und im Juli dieses Jahres einen allrussischen Missionkongreß.

Diesem Reglement gemäß bestehen die Aufgaben der Kirchspielmissionen in „Festigung der Rechtgläubigen im Glauben und guter Sittlichkeit, Säuberung der Rechtgläubigen gegen die Irrlehren Andersgläubiger, Dissidenten, Sektierer und Atheisten und schließlich auch in der Wiederbelebung Verirrter in den Schoß der Kirche“. Der Synod will angeblich in diesem Kampf nur geistig-moralische Waffen gelten lassen. Doch es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kirchspielmissionen gegen weltliche, z. B. politische Kampfmittel nichts einzuwenden haben werden. Daß diese Annahme nicht ganz unbegründet ist, beweist folgende Stelle aus dem Synodreglement: „Die Mitglieder der geistlichen Kirchspielbehörden erhalten dem Priester Bericht, wenn im Kirchspiel Leute erscheinen, die Irrlehren predigen, ferner über Gemeindeglieder, die im Glauben wandelnd oder gar demselben bereits abtrünnig geworden sind.“ Bei den russischen Verhältnissen bedeuten nun aber „Berichte über solche, die im Glauben wandeln“, eben nichts anderes als Spionage und geheimpolizeiliche Aufsicht über die Landesbewohner, namentlich solche, die nicht gewillt sind, die Liebedienste der Geistlichkeit freigeigig zu begähnen. Daß es so kommen wird, ist um so wahrscheinlicher, als ein zweiter Punkt des „Reglements für Geistliche“ die Empfehlung enthält, die Gemeindeglieder in ihren Wohnungen zu besuchen und mit ihnen Gespräche über religiöse Fragen zu führen.

Ferner empfiehlt der Synod den örtlichen Missionen, freiwillige Gehilfen zu beschaffen oder, wie es im Reglement heißt, „Männer aus dem Volke, die sich im Interesse der Mission abmühen, materiell zu entschädigen.“ Hier eröffnet sich ein ergiebiger Tätigkeitsfeld nicht bloß für Polizeibeamte, sondern auch für Freiwillige im Dienste des Verrats und der Provokation, — auf den Kopf eines jeden „im Glauben Wandlenden“ wird voraussichtlich ein ansehnlicher Preis gesetzt werden. . . .

Der Missionkongreß, der im Juli stattfand, war der vierte. Die ersten zwei Kongresse tagten in Moskau in den Jahren 1886 und 1891, der dritte in Kasan 1896. Alle diese Kongresse zeichneten sich durch ihre grimmige Intoleranz gegen die sogenannten „Allgläubigen und die Sektierer aus. Seine Arbeiten durchdrang in deutlichster Weise ein drohender Ton der Aufhebung zur Bekämpfung religiöser Spaltungen mit den schrecklichsten Waffen des Mittelalters. So wurde z. B. ernsthafte Beratung gehalten über die Frage, ob es nicht ratsam wäre, den „Allgläubigen“ die Kinder abzunehmen und sie zum Zweck der Erziehung in rechtgläubige Häuser zu stellen. Verhandelt wurde ferner über die Konfiskation der Dissidentengüter und ihre zwangsweise Uebersiedelung nach dem Weihen Keere. Die Verhandlungen des Kasaner Kongresses wurden von den „Russija Wedomosji“ veröffentlicht und erzeugten einen solchen Sturm des Unwillens in der Gesellschaft, daß sogar Robodonschew erklärte, er würde nie wieder einen Missionkongreß zulassen, solange er als Oberprokurator des Synods die Macht dazu haben würde.

Das Programm des letzten Kongresses enthielt u. a. auch folgende Fragen: „Ueber das Sektierertum“ — „Erforschung der Lehren, Lebensweise und Art der Propaganda in den verschiedenen Sekten Rußlands“ — „Die neue konfessionelle Politik des Staates“ — „Aufgaben der Missionäre im Kampf mit der sozialdemokratischen Lehre“ — „Ueber die Mission bei den Juden“ usw.

Von der herrschenden Priesterkaste, also der eifrigsten Befürworterin der Interessen des „ancien régime“ organisiert, in einer Epoche des triumphierenden Faustrechts einberufen, hat der Kongreß sowohl in seinem Personalbestand als in seinen Tendenzen den reaktionären Charakter deutlich offenbart. Seine Beschlüsse fordern den Staat zur Einschränkung der in den Missionen vom 17. April und 17. Oktober 1905 verheißenen — aber noch gar nicht durchgeführten — Gewissensfreiheit auf. Neben Verboten, die den Uebertritt aus der orthodoxen Kirche zu anderen Kirchen oder Sekten untersagen sollen, haben die Prommen auch Gelder für die der Kirche Getreuen in den bedrohten weltlichen Gebieten in Form von Landzuteilungen vorgeschlagen — die nötigen Ländereien sollen durch Zwangsversteigerung Ungläubiger beschafft werden. In einer Resolution werden die „patriotischen Organisationen“, d. h. die schwarzen Hundert, aufgerufen, der Kirche Hilfe zu leisten und im Schoß des Kongresses erwachsene Gedanken, eine Massenbewegung gegen die Verfassung, gegen die Duma ins Leben zu rufen. Ein bedeutender Teil des Kongresses-

hat für diesen „heiligen Krieg“ seine Kräfte zur Verfügung gestellt. Die Ungläubigen werden in wüster Weise beschimpft. Besonders wider die Sozialdemokratie war die zehelische Philippika gehalten. Die russische Geistlichkeit vertritt es sehr wohl, daß die Arbeiterpartei durch die Propagierung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus und durch ihre leitende Rolle in der Arbeiterklasse der Kirche starken Abbruch tut. Freilich haben die Missionäre äußerst geringe Chancen, in dem geplanten Kampfe gegen die Sozialdemokratie wesentliche Erfolge zu erzielen; die Geschichte des russischen, von Subatoff und Japon inszenierten Polizeisozialismus, die Erhebung der von Agenten der Regierung bearbeiteten Arbeitermassen gegen die eigenen Lehrer und den Absolutismus haben zur Genüge bewiesen, wach eine unzuverlässige und zweifelhafte Waffe die Agitation unter den Arbeitern in den Händen der Regierung ist. Eine Verschärfung der Repressalien gegen die Sozialdemokratie aber ist unmöglich. Noch grausamere Verfolgungen lassen sich überhaupt gar nicht erdenken. Die gerichtliche Praxis straft ja, wie bekannt, in letzter Zeit für die bloße Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit Zuchthausarbeit.

Ueberhaupt sind alle künftigen Maßnahmen der Regierung zur Wiederbelebung und Festigung des „rechten Glaubens“, welcher Art sie auch sein mögen, zu völliger Unfruchtbarkeit verdoamt. Die Kirche stirbt, die Zeiten ihrer Herrschaft über die Massen sind vorbei und kommen nicht wieder.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August 1908.

Erparungen im Militäretat.

Es ist bekannt, daß nirgends mehr draußlos gewirtschaftet wird, als beim Militär. Obgleich das Reichsdefizit stetig wächst, werden ohne Rücksicht auf die Finanzlage die überflüssigsten Ausgaben verlangt, die für die Schlagfertigkeit der Armee ganz unwesentlich sind und nur den Zweck haben, die Vorliebe für äußerlichen Prunk zu befriedigen. Das sieht sich selbst Freiherr v. Zedlig im „Tag“ zugeben genötigt, dem man kaum Unkenntnis auf diesem Gebiete, noch Voreingenommenheit gegen das Militärwesen vorwerfen kann. Er schreibt:

Wenn dem Hinweis auf die luxuriöse Ausstattung einzelner höherer Kommandostellen mit Dienstwohnungen, Adjutanten und Nationen oder auf die zahlreichen Verjegungen höherer Offiziere ohne Rücksicht auf Reise und Umzugskosten und ähnliches mit dem Bemerken begegnet zu werden pflegt, daß es sich dabei nur um Einzelheiten von geringer finanzieller Tragweite handelt, so kann dieser Einwand als durchschlagend nicht angesehen werden. Einmal summieren sich zahlreiche kleine Beträge doch zu recht beträchtlichen Summen, vor allem sind jene Einzelfälle aber ein sicheres Zeichen dafür, daß aus dem Volken gewirtschaftet wird und der rechte Geist sparsamer Wirtschaft verloren gegangen ist. Hier wird mit eiserner Hand durchgegriffen werden müssen. Der Reichssekretär allein ist dazu schwerlich stark genug. Seine Stellung gegenüber den Reichsresorts ist ungleich schwächer als die des preussischen Finanzministers gegenüber seinen Kollegen, umgekehrt die der Heeres- und Marineverwaltung vermöge ihres Rückhaltes bei dem obersten Kriegsherrn sehr viel stärker als die irgendeines preussischen Ministeriums. Der Reichsanzler wird sich also persönlich dafür einsetzen müssen, wenn der Sparsamkeitsgedanke in den Reichsverwaltungen in die Tat umgesetzt werden soll.

Warum sollte man denn auch sparen? Wenn vor den sogenannten militärischen „Sachverständigen“ die Vermittlung neuer Ausgaben im Reichstag gefordert wird, kennt die Mehrheit keine Finanznot. —

Der badische Landtag

wurde Freitag, den 14. August, geschlossen; er trat am 20. November vorigen Jahres zusammen und hat in den nahezu neun Monaten 127 Plenarsitzungen abgehalten. Dem Landtag lagen vor: 32 Gesetzentwürfe, welche mit Ausnahme einer Novelle zum Polizeistrafgesetzbuch sämtlich ihre Erledigung fanden. Die wichtigsten, wohl die einzigen über die Änderungen des Beamtengesetzes, der Gehaltsordnung und des Gehaltstarijs. Im Zusammenhang damit fand auch eine Vorlage betreffs Aufhebung der gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln die Zustimmung des Landtages. Den Volksschullehrern dagegen blieb der von der Zweiten Kammer befürwortete Wunsch, in den Gehaltstarij der Beamten eingereiht zu werden, auch diesmal wieder versagt, da die Regierung ihre entschieden ablehnende Haltung nicht aufgeben wollte.

Als volkswirtschaftlich bedeutsam sind hervorzuheben die Gesetze betreffs Erweiterung des Staatsbahnnetzes, betreffs die Benutzung der natürlichen, nicht öffentlichen Wasserläufe, wozu letzteres jedoch nur bis zu einer gründlichen Uenderung des badischen Wassergesetzes in Kraft bleiben soll, ferner ein neues Disziplinargesetz, eine Novelle zum Entgeltungsgesetz und ein Gesetz betreffend Versicherung gegen Hagelkaden.

Auf dem Gebiete des Steuerwesens sind zu erwähnen ein Gesetz betreffend das Höchstmaß der allgemeinen Kirchensteuer, sowie eine Novelle zum Verkehrssteuergesetz. Die Rechtspflege betreffen Gesetze über die Uänderung des badischen Einfuhrungsgesetzes zu den Reichshofgerichtsgeboten, über das Amt des Gemeindeglieders und Schiedsmannes, über die Zuständigkeit zur Verhängung von Unterschriften und zur Aufnahme von Protesten über den Wassengebrauch der Gefängnisbeamten sowie über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Drei Gesetzentwürfe verlag die Eingemeindung bisheriger Dorfgemeinden in die Städte Karlsruhe, Baden und Pforz; ein Gesetz übernimmt die Pension mehrerer Hofbeamten des Großherzogs auf die Staatskasse. Die übrigen Gesetze sind von geringerer Bedeutung.

Während die Erste Kammer von ihrem Initiativrecht fast gar keinen Gebrauch gemacht hat, sind seitens der Zweiten Kammer eine ganze Reihe von Initiativanträgen und Interpellationen und auch einige Gesetzesvorschläge eingebracht worden. Die Interpellationen betrafen hauptsächlich Wünsche der Arbeiter, des gemeinlichen Mittelstandes und der Landwirte, zum Beispiel die Errichtung von Arbeitskammern, die Beschäftigung der Arbeitslosen, die Kohlennot, die Warenhaussteuer und die Verwendung niederwertiger Futtergerste als Vorrangstoffe. Im Wege des Initiativantrages fordert die Zweite Kammer ferner eine gründliche Reform der Gemeinde- und Städteordnung, sowie ein entschiedenes Eintreten der Regierung für die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten. Abgelehnt wurde ein Antrag auf Uänderung der konfessionellen Lehrerseminare in Simultane.

Eine Aufforderung an die Regierung, im Bundesrat gegen jede Steuer auf Elektrizität und Gas zu stimmen, fand bei zahlreichen Stimmenthaltungen mit knapper Mehrheit Annahme. —

Erholung auf Staatskosten.

Dr. Diederich Sohn, der streitbare Direktor des Bundes der Landwirte, ist auf der Suche nach einem Ruheposten. Als solchen

Betrachtet er die Stelle eines Landeshauptmanns der Provinz Hannover, um die er sich beworben hat. Der „Deutsche Völk“ bestätigt, daß Herr Dr. Hahn deshalb ansprechen will, weil die bündlerische Agitation seine Nerven stark mitgenommen habe. Mit seinem Versuch, diese Situation zu erhalten, hat er freilich anscheinend keinen Erfolg, denn die nationalliberale Presse erklärt, daß seine Ernennung eine Bräuterei der nationalliberalen Partei wäre.

Warum verlangt man nicht ein staatliches Gesehensheim für erholungsbedürftige Agitatoren des Bundes der Landwirte?

Erhöhung der Soldatenlöhning.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus sicherer Quelle erfährt, soll kommenden Herbst vom Reichstag eine Erhöhung der Löhning der Soldaten gefordert werden.

Es dürfte sich dabei um eine Zulage von 8 Pf. für den Tag handeln, wodurch Mehrausgaben für den Heeresetat von jährlich 16 Millionen entstehen. Außerdem soll in Zukunft den Mannschaften auch das bisher von ihnen beschaffte Putzzeug kostenfrei geliefert werden.

Die Aufbesserung der Soldatenlöhning ist als ein Erfolg der Sozialdemokratie zu betrachten. Ihre Mitglieder in der Budgetkommission hatten dieses Frühjahr den Antrag gestellt, der nur deshalb abgelehnt wurde, weil er von den Sozialdemokraten ausging. Nun kommt der Kriegsminister selbst mit diesem Antrag. Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Erhöhung der Soldatenlöhning auf eine sozialdemokratische Anregung hin erfolgt. Unbeschadet unserer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Militarismus hielt es unsere Fraktion für ihre Pflicht, nach Kräften für unsere Brüder im Waffenrock, die diesen Rock ja nicht freiwillig tragen, einzutreten.

Die Dividendensteuer.

Auf die Mitteilung der „Deutschen Reichs-Korr.“, daß sich das Reichsfinanzamt zurzeit sehr eingehend mit dem Projekt einer Banksteuer befaßt, antwortet höflich die „Deutsche Tageszeitung“:

„Daß das Reichsfinanzamt sich mit dem Gedanken einer Bankumsatzsteuer beschäftigt hat, ist möglich. Es hat sich in der letzten Zeit mit vielen Klagen befaßt. Auch die von und empfohlene Dividendensteuer unterliegt der Erwägung. Wie es scheint, ist man dem Grundgedanken dieser Steuer nicht abgeneigt.“

Die Vorsichtigkeit des Reichsfinanzamtes.

Zu den in der letzten Zeit in der Presse aufgetauchten und erörterten Steuerplänen nimmt endlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Stellung. Das Organ Willows erklärt:

„Die verhängten Regierungen werden die Vorlagen zum Beginn der parlamentarischen Kampagne veröffentlichen, und es wird damit zu einer mehrmonatlichen eingehenden Diskussion im Parlament und Presse Zeit und Spielraum gegeben sein. Nichts ist falscher als die Annahme, mit den neuen Steuerentwürfen solle der Reichstag oder sollten die deutschen Steuerzahler überrollt werden; im Gegenteil, eine möglichst gründliche Behandlung der Finanzfragen liegt im allgemeinen vaterländischen Interesse. Halbfertige einzelne Entwürfe aus dem Zusammenhang zu reißen und zu publizieren ist aber niemals löblich gewesen und entspricht auch wohl kaum dem Ernst der Lage. Werden aber die Entwürfe selbst nicht veröffentlicht, so kann natürlich nicht jede neue Steuerentwurf berücksichtigt werden. Denn daraus entsteht eine halbe, mißverständliche Öffentlichkeit, die in niemandes Interesse liegt. Aus dieser Neugierde im Dementieren wird sich die Regierung auch dann nicht herauslösen lassen, wenn einmal eine 100prozentige Vermögenssteuer oder die Enteignung der Kraftwerkstoffe von Reichswegen gemeldet wird.“

Steuerpläne, die tief in das Wirtschaftsleben der Nation eingreifen werden, werden also erst dann veröffentlicht, wenn die Veröffentlichung nicht mehr zu umgehen ist. Gerade darin liegt die Ueberrollung.

Die Disziplinarverhandlung gegen den Bürgermeister Schüding

Auf den 19. August angesetzt. Die Verhandlung wird in Schleswig sein. Wie mitgeteilt wird, hat Schüding die Herausgabe der „Stadtezeitung“ in Berlin übernommen; die Richtigkeit klagt sehr sonderbar. Der Mann, um deswillen doch immerhin sowohl in Zukunft wie auch in fortgeschrittenen gestimmten, politischen Kreisen ziemlich Aufregung entstand, wird doch nicht vor dem Disziplinarverfahren seinen Posten verlassen? ...

Pofadomsky's Kandidatur in Andwigschafen.

Nach einer Münchener Meldung soll Graf Pofadomsky bereit gewesen sein, eine Kandidatur zu übernehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß ihm dieselbe gleichzeitig auch vom Zentrum angeboten werde.

Das Zentrum soll aber abgelehnt haben, eine Kandidatur Pofadomsky's zu unterstützen.

Soldatenmißhandlung

In zwei Fällen hatte sich der Unteroffizier Paul Martens von der 4. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 151 vor dem Oberkriegsgericht in Königsberg zu verantworten. Am 12. Mai d. J. mußte der Musikant Albert einen Eimer scheuern; als er damit fertig war, fand die Arbeit keine Gnade vor den Augen des Herrn Unteroffiziers. Deshalb mußte der Eimer noch einmal geschworen werden. Als nun Albert abermals zur Besichtigung vor dem Unteroffizier erschienen war, und dieser die Arbeit abgenommen“ hatte, ging Albert zu seiner Mannschafsstube zurück. Er hatte einen engen Gang zu passieren, in dem der Unteroffizier Martens stand. Natürlich wollte der Soldat seinen Vorgesetzten nicht berühren; deshalb machte er sich möglichst dünn. Aber das half ihm nichts; er geriet doch mit dem Unteroffizier zusammen. Dieser hob seinen Säbel auf und mit den Worten: „Willst Du nicht schneller vorbei?“ hieb er den Soldaten mit dem Säbel in den Leib. Das Opfer erklärte vor dem Oberkriegsgericht, daß es noch jetzt — besonders wenn es beim Laufen tief Atem hole — Schmerzen empfinde.

Ferner hatte eines Tages der Musikant eine Arbeit zu machen, die er nach Ansicht seines Vorgesetzten nicht schnell genug erledigte. Der Unteroffizier schlug dem Soldaten den Helm auf den Kopf und hieb ihm auch mit dem beschützten Fuß in die Seite, wobei er ausrief: „Stammst Du Schwein, es nicht besser machen.“ Beide Vorgänge spielen sich unter vier Augen ab. Der Mißhandelte brachte die Angelegenheit aber doch zur Anzeige.

Vom Kriegsgericht wurde der Unteroffizier wegen des ersten Falles freigesprochen, da ihm das Gericht glaubte, daß der Soldat versehentlich auf sein Seitengewehr gerannt sei. Wegen des zweiten Falles bekam er ganze — acht Tage Mittelarrest. Das Urteil wurde aber vom Gerichtsherrn angefochten. Das Oberkriegsgericht glaubte dem Angeklagten nicht, daß die erste Mißhandlung nur auf ein Versehen zurückzuführen sei. Es hielt es für ganz unerklärlich, wie ein Mann versehentlich in die Spitze eines Seitengewehrs rennen könne, das ein anderer vorgeführt habe. Milde genug kam der Soldatenmörder aber auch vor dem Oberkriegsgericht weg, denn er erhielt eine Gesamtstrafe von drei Wochen Mittelarrest für beide Fälle.

Schweiz.

Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Nach den kürzlich für 1906/07 erschienenen Amtsberichten der schweizerischen Fabrikinspektoren hat die Industrialisierung der Schweiz in der Berichtsperiode weitere Fortschritte gemacht und waren Ende 1907 7278 Betriebe und 307 128 Arbeiter dem Fabrikgesetz unterstellt. Im Jahre 1901 ergab die amtliche Statistik 6080 Betriebe und 242 534 Arbeiter, so daß in den verfloffenen sechs Jahren 1198 neue Betriebe und 64 594 Arbeiter hinzugekommen sind. Da in dieser Zeit in der Anwendung des Fabrikgesetzes keinerlei Abänderung vorgenommen wurde, so haben wir es in diesen Zahlen mit einem reinen Zuwachs zu tun. Diese Tatsache ist die beste Widerlegung der althergebrachten Behauptung, daß die Arbeiterbewegung die Industrie schädige und ihre Entwicklung hemme. Im Gegenteil ist diese durch die Arbeiterbewegung gefördert worden und erscheinen daher die Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zur Erziehung der Streiks um so frivoler.

Auffallend rasch vollzieht sich der Uebergang von Einzelunternehmungen in Aktiengesellschaften. „Der Einzelunternehmer“, sagt Dr. Wegmann, „wird namentlich in großen Betrieben immer seltener. Gesellschaften treten mehr und mehr an seine Stelle. Auch die Vereinigung früherer Konkurrenten zu Verbänden gleichartiger Interessen und damit die Konzentration des Großkapitals hat weitere Fortschritte gemacht.“ Und der Fabrikinspektor Kaufschubach in Schaffhausen konstatiert ebenfalls den unaufhaltsamen Aufsaugungsprozess, durch den die Großen die Kleinen verschlingen. Daneben ist in einigen Industrien, so in der Stiderei- und Tabakindustrie, die Beobachtung zu machen, daß die industrielle Tätigkeit aus der Fabrik in die Hausindustrie verlegt wird, um die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Arbeitszeit umgehen zu können. Der Aufsichtsbeamte, der früher selbst Fabrikant war, bemerkt sachkundig dazu: „Die guten Leute merken nicht, daß sie damit ihr eigene Existenz untergraben, denn die nächste Folge dieses Vorgehens ist eine ruinöse Preisdrückerei. Die schwachen Organisationen der Stiderei- und Tabakarbeiter vermögen diese Vorgänge, die ihre Lage immer mehr verschlechtern werden, leider nicht zu verhindern.“

Die verfloffene wirtschaftliche Hochkonjunktur verursacht einen allgemeinen Mangel an Arbeitern, der die Heranziehung von Arbeitermassen aus Italien, Rußland, Polen, Bulgarien, Griechenland und sogar aus Montenegro zur Folge hatte. Die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitern begünstigte die Lohnkämpfe der organisierten Arbeiterschaft, deren in den letzten zwei Jahren circa 1400 mit mehr oder weniger Erfolg geführt wurden. Die Arbeitslöhne stiegen wohl in allen Industrien, aber Herr Dr. Wegmann hält es für sehr fraglich, ob das Verhältnis zwischen Verdienst und Kosten der Lebenshaltung ein für den Arbeiter günstigeres geworden sei, denn die letzteren sind auf der ganzen Linie ebenfalls gestiegen. Was unerschwinglich sind an manchen Orten die Wohnungsmieten und daß die Lebensmittel erheblich teurer geworden sind, hat jeder selbst beobachten können.“ In der Tat ist die Lage der schweizerischen Arbeiterschaft in der Zeit der Hochkonjunktur materiell nicht gehoben worden, da die Lohnerhöhungen von der Forderung vollständig absorbiert wurden. Dabei kommen ja, namentlich in der Textilindustrie, noch immer Tagelöhne von 2 Frank vor und erklärte ein Webereifabrikant einen Tagelohn von 2,50 Frank für einen jungen Mann als einen „schönen Lohn“!

Schöne Fortschritte hat die Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Das am 1. Januar 1906 in Kraft getretene neue Gesetz mit dem Neunstundentag und Feiertag und spätestens 6 Uhr nachmittags an den Sonnabenden hat sich sehr gut eingebürgert und bewährt.

Eine Wirkung der verfloffenen Hochkonjunktur auf die Arbeiterschaft ist über alle Zweifel festgestellt, die ganz bedeutende Vermehrung der Unfälle, deren Darstellung Dr. Wegmann als ein schwarzes Blatt bezeichnet. So ist in seinen Kreise die Zahl der Arbeiter von 1905 bis 1907 um 10 Prozent, die der erheblichen Unfälle dagegen von 1904 bis 1908 um 28 Prozent, auf 24 012 gestiegen. Die Ursachen dieser großen Unfallhäufigkeit werden u. a. in dem Hasten und Jagen und der Ueberbürdung des einzelnen Arbeiters erblickt. Die Vermehrung der Unfälle und der verletzten Arbeiter ist auch eine „Wohltat“ der wirtschaftlichen Prosperität für die Arbeiterschaft.

Bei der Besprechung der Durchführung des Fabrikgesetzes wird die strenge Aufsicht der Arbeiterorganisationen über die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften anerkannt und konstatiert, daß ohne sie an manchen Orten sich überhaupt niemand um den geschlichen Arbeiterschutz kümmern würde. So erhebt der Eifer der Gewerkschaften die Pflichtvergessenheit der Behörden!

Belgien.

Ein Eingeständnis.

Brüssel, 15. August. Das offizielle „Journal de Bruxelles“ gibt jetzt zu, daß in Kongo die Sklaverei in der Nähe der Eisenbahnen noch fort dauert. Die Frauen dieser Sklaven werden gezwungen, sich in der Nähe der Arbeitsstellen ihrer Männer niederzulassen.

Türkei.

Gegensätze.

Die allgemeine Harmonie, die die ersten Tage der Revolution kennzeichnete, ist, wie zu erwarten war, nicht von langer Dauer gewesen. Die gegensätzlichen Interessen beginnen sich zu sondern. Parteien und Klassen wollen sich bilden. Das Proletariat tritt mit Lohnforderungen auf, was den revolutionären Organisationen der bestehenden Klasse sehr unangenehm ist. Schon wird berichtet, daß die jungtürkischen Komitees Streikenden, die Arbeitende bedroht haben sollen, Militär entgegengezogen haben.

Auch der junge Friede zwischen den Nationalitäten scheint bedroht durch die stark zentralistischen Tendenzen eines Flügels der Jungtürken; ein anderer Flügel dieser Partei soll den Autonomieforderungen der christlichen Nationalitäten günstiger gegenüberstehen.

Unzufrieden sind die Beamten, die durch die Reformen, die mit vielen überflüssigen Posten aufräumen, die Stellung verlieren oder deren Gehalt gekürzt wird. Sie haben auch schon zu Demonstrationen gegriffen und die Ordnung mußte durch Gewalt und Verhaftungen wieder hergestellt werden. Diese entlassenen Günstlinge und Schmarotzer werden die Partei der Alttürken, der der Konstitution Abgeneigten verstärken.

Marokko.

Die Lage.

Die Franzosen rüsten zu neuen Kämpfen an der Südgrenze Algeriens. Eine Meldung aus Oran vom 15. August sagt: General Lyautey brach gestern Abend nach dem äußersten Süden auf, von wo die Annäherung marokkanischer Truppen gegen Aoufouz, 15 Kilometer von Ou Denis, gemeldet wurde. Starke Truppenansammlungen werden auch aus dem Tafelgebirge signalisiert.

Zwei kasidische Abteilungen sollen im Gebiet der Moudjadia von zwei schereidischen Mahallas vernichtet worden sein. Nach einer Meldung aus Tanger soll Mulan Hajid ernstlich erkrankt sein.

Amerika.

Regerhege.

Ein wilder Rassenkampf wüthet in der Stadt Springfield im Staate Illinois. Das Rabel meldet am 15. August: Der (angebliche) Angriff eines Neger auf eine weiße Frau veranlaßte gestern einen Kampf zwischen Weissen und Negern, der die ganze Nacht hindurch andauert. Nachdem eine weiße Menschenmenge zahlreiche Häuser im Regerviertel in Brand gesteckt und verschiedene Geschäfte erbrochen hatte, ergriff sie einen Neger, schoß zahlreiche Kugeln auf ihn ab und knüpfte die Leiche an einen Baum auf. Die Menge tanzte dann unter ungeheurem Jubelgeschrei um die Leiche herum. Während der wüthen Szenen wurden zwei Weiße getödtet und 75 Personen verletzt. Der Hilfsstaatsmeister des Bezirks ist von einer Regermenge angegriffen und tödtlich verletzt worden. Da die Miliz der Lage nicht Herr wurde, wurden Truppen aus Chicago herbeigeordert. Sie feuerten über die Köpfe der Menge hinweg und vertreiben sie endlich. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder verlassen die Stadt. Die größeren Geschäfte sind geschlossen.

Die Unruhen haben sich am Sonnabend erneuert. Dabei wurden sechs Weiße getödtet, ein Neger getödtet. An verschiedenen Stellen brach Feuer aus. Der Rabel beherrscht die Stadt. Das Militär fuhr Maschinengewehre auf. Der Gouverneur hat alle Milizen des Staates nach Springfield beordert.

Aus der Frauenbewegung.

Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft.

Ueber die Lage der Arbeiterinnen im Bäcker- und Konditorgewerbe erschien dieser Tage in einem Parteiblatt ein Artikel, der große Streiflichter auf den kapitalistischen Raubbau wirft, der mit der weiblichen Arbeitskraft in diesem Berufe getrieben wird. Das immer wieder aufgewärmte Märchen von der Verstärkung und Auflösung der Familie und den demoralisierenden Folgen wird durch den betreffenden Artikel in trefflicher Weise illustriert. Wie in fast allen Gewerben, so hat auch im Bäcker- und Konditorberuf die Großindustrie ihr Hauptaugenmerk auf die Heranziehung williger und billiger Arbeitskräfte gerichtet, die zum größten Teil vom weiblichen Proletariat gestellt werden. Nicht weniger als 14 200, also 66,6 Prozent aller im Bäcker- und Konditorberuf beschäftigten Arbeiter sind weiblichen Geschlechts. Die Löhne, die da gezahlt werden, müssen auch von solchen, die nicht im Verdacht der sozialdemokratischen Hezerei stehen, als geradezu schandwürdige Hungerlöhne bezeichnet werden.

Der Lohn beträgt 7—25 Pf. Nur in zwei Betrieben erhalten die Arbeiterinnen 20—25 Pf. Wie die Frauen und Mädchen bei einem solchen Einkommen ihren Unterhalt bestreiten, wird für viele ein Rätsel bleiben, wenn man von den beiden einzigen Auswegen absieht, entweder hungern oder sich der Schande hingeben. Die Firma Bock u. Co. in Leipzig entlohnt ihre Arbeiterinnen gar mit 9 Pf. pro Stunde. Drafischer kann wohl die vielgerühmte Fürsorge des Unternehmertums für seine Arbeitsklaven nicht zum Ausdruck kommen. Durchschnittlich beträgt der Wochenverdienst der im Bäcker- und Konditorberufe beschäftigten Arbeiterinnen 8—8 M., in seltenen Fällen 12—14 M.

Die humanen Arbeitgeber scheinen aber selbst der Meinung zu sein, daß diese „horrenden“ Löhne es nicht ermöglichen, davon den Lebensunterhalt zu bestreiten, denn die Arbeiterinnen müssen auch noch die entehrende Prozedur einer Leibesvisitation auf sich nehmen.

Daß in den Betrieben auch ein raffiniertes Prämissensystem besteht, das den alleinigen Zweck hat, die Sklaven an der Arbeitsstelle festzuhalten, macht dem verschämigten Unternehmertum alle Ehre. Der Artikel schließt:

„Leider war bisher ein großer Teil der Arbeiterinnen bemüht, statt durch Macht der Organisation durch Ueberarbeit und Mitnahme der Arbeit nach Hause (!) (Waden) ein höheres Einkommen zu erzielen.“

Wie gültig vom Unternehmertum, daß es die Lage der Arbeiterinnen dadurch verbessern hilft, indem es noch Ueber- und Heimarbeit „gestattet“. Solche Leute liebt das Kapital, die sich 12—14 Stunden in der Fabrik für einen Hundelohn abradern, dann noch abends bis in die späte Nacht schuften und somit gegen aufwiegende Agitation gefeit sind.

Was aber, fragen wir, sagt die Gesundheitskommission dazu, daß Schwären nach Hause mitgegeben werden? Ganz abgesehen davon, daß ein solches Verfahren unappetitlich wirkt, kann es auch von unheilvollen Folgen begleitet sein. Im Namen des Volkswohls muß dagegen protestiert werden.

Achtung, 5. Kreis! Am Montag, den 17. August, abends präzis 7 Uhr, findet bei Kaufsch. Wilsstr. 12, für die Genossinnen des 5. Kreises eine wichtige Besprechung statt. Die Wahlvereinskarte ist mitzubringen. Ferner wollen die Genossinnen, welche noch im Besitz von Beitragsmarken sind, dieselben abrechnen. Die Vertrauensperson.

Gewerkschaftliches.

Wenn zwei „Christliche“ sich zanken!

Im Lager der gelben Arbeiterschaft ist ein Zwist so tiefgehender Art entstanden, daß er zur Spaltung führte. Der Weiersdorf hat dem Ledius Fehde angefangt. Weiersdorf und seine Gefolgschaft verbreiten folgendes Flugblatt:

Zur Aufklärung!

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß die unterzeichneten Organisationen ihren Arbeitsnachweis nach Blankenfelder Straße 4 vorn im Laden verlegt haben.

Kollegen! Durch das Verhalten des Bundesvorstandes waren wir gezwungen, uns selbständig zu machen. Lange haben wir uns wie Kinder bevormunden lassen, haben gesehen, wie unsere Interessen mit Füßen getreten wurden. Kollegen! Diese Fesseln mußten wir uns abwerfen. Wir wollen mit unseren Arbeitgebern in Frieden leben, wollen aber ehrliche Arbeiter bleiben, die sich auch die Achtung der Gegner verschaffen wollen. Mögen die Herren „Bürger“ sehen, wie sie ihr Geschäft weiter betreiben können. Wir wollen einem arbeitslosen Kollegen nicht für eine wertlose Sache 50 Pf. abnehmen und dann wochenlang ohne Arbeit laufen lassen. Macht eure Augen auf und gebt denselben die richtige Antwort, wenn sie ehrliche Arbeiter verkleinern wollen. Daß Euch nicht erzählen, daß unsere Organisationen polizeilich nicht genehmigt sind. Alles Schwindel! Jeder kann die polizeiliche Genehmigung bei unserem Arbeitsnachweis einsehen.

Macht die Kollegen auf und bleibt was Ihr seid:

ein ehrlicher, nationaler Arbeiter.
Deutscher Handwerker- und Schuhverband
Gelber Metallarbeiter-Verband
Deutscher Automobilfahrer-Verband.

Diese „Aufklärung“ ist für die Arbeiterschaft nach mehreren Richtungen hin interessant. Der Bund wird als ein „Geschäft“ bezeichnet und gesagt, daß den Arbeitslosen dort für eine wertvolle Sache 50 Pf. abgenommen werden. Also hat Herr Petersdorf in einem Anfall von Ehrlichkeit das Lebius'sche Geschäft verlassen? Oder brachte die Kompagnieschaft nicht den erwarteten Gewinn? Macht sich die Krise auch bei den „Gelben“ bemerkbar? Und versiegen in der Zeit, wo die Not allein die Masse der Arbeiterschaft schon gefügig genug für das Unternehmertum macht, auch die Goldquellen in Scharfmacherkreisen?

Alles Fragen, auf die uns wohl die Zukunft Antwort bringen wird. Denn Herr Lebius und Herr Petersdorf sind sehr für das Silber des Lebens, wenn ihnen das Schweigen nicht goldbringend erscheint.

Berlin und Umgegend.

Die Antwort der Direktion der A. G. G.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in den Brunnen- und Voltastraße hielten am Sonnabend bei Pankow wieder eine Versammlung ab. Wie im „Vorwärts“ berichtet wurde, waren die Arbeiter bei der Direktion vorstellig geworden, weil sie mit der Stellung des Arbeiterausschusses im Betriebe nicht länger zufrieden waren. Die Reumerkommission wurde beauftragt, bei der Direktion dahin vorstellig zu werden:

1. Daß die Bestimmungen, welche in dem § 7 der Satzungen für die Arbeiterausschüsse festgelegt sind, von der Direktion revidiert werden.

2. Daß der statutenwidrig zusammengesetzte Gesundheits- und Sicherheitsausschuß beseitigt wird.

3. Daß die Mitglieder des Gesundheits- und Sicherheitsausschusses nach dem klaren Wortlaut der Satzungen durch den Arbeiterausschuß bestimmt, nicht aber von der Direktion ernannt werden.

Am Montag fand die Konferenz der Kommission mit dem Direktor Eltes statt. Aus den Berichten der Teilnehmer der Konferenz über die Antwort des Direktors ergaben sich einige Unstimmigkeiten. Eltes scheint sich in einigen Punkten etwas gewonnen und unklar ausgebracht zu haben, er wolle seine Antwort sogar als ein „Entgegenkommen“ aufgefaßt wissen, während die Arbeiter eine Ablehnung, mehr oder minder scharf, herausgehört haben. Die Direktion will dem Arbeiterausschuß nicht die Stellung und Bedeutung einräumen, die er nach Ansicht der Arbeiter haben muß, wenn kein Vorhandensein nicht einem Komödientenspiel gleichkommen soll. Dies kam auch in der Diskussion zum Ausdruck. Die Arbeiter sind nicht länger damit zufrieden, daß der Ausschuß zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist; lieber wollen sie überhaupt darauf verzichten. Die folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

Die Antwort, die der Reumerkommission auf die wichtigsten Punkte der Resolution vom 8. August seitens der Direktion des Werkes gegeben ist, entspricht nicht den gerechten Forderungen, die in der Resolution festgelegt waren betreffend § 7.

Auch die weitere Erklärung des Direktors Eltes, daß die Generaldirektion erst die entscheidende Antwort geben kann, kann die Arbeiter des Werkes nicht befriedigen, weil die Generaldirektion durch Schaffung und Betätigung der bestehenden Satzungen die Funktionen des Arbeiterausschusses festgelegt hat, und die Arbeiter weiter nichts als die Innehaltung dieser Satzungen verlangen. Die heutige Betriebsversammlung steht in der Antwort des Direktors Eltes einen weiteren Schritt in dem bisherigen unwürdigen Komödientenspiel, und weil sie nicht gewillt ist, dies weiter mitzumachen, fordert die Versammlung die Mitglieder des Ausschusses auf, ihre Posten niederzuliegen.

Die Sonntagsarbeit im Photographengewerbe.

Die zur Ausführung der Vorschriften des § 105b Abs. 1 und 106e der Gewerbeordnung erlassene Verordnung vom 11. März 1896 bestimmt, daß die Beschäftigung von Arbeitern in photographischen Anstalten gestattet werden kann: 1. an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten zum Zweck der Aufnahme von Porträts, des Kopierens und Retouchierens für zehn Stunden bis spätestens 7 Uhr abends; 2. an allen übrigen Sonn- und Festtagen zum Zweck der Aufnahme von Porträts im Sommerhalbjahr für sechs Stunden bis spätestens um 5 Uhr nachmittags, im Winterhalbjahr für fünf Stunden bis spätestens um 3 Uhr nachmittags. Die Ausnahme unter 2 findet keine Anwendung auf den ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag. Die Verordnung enthält dann noch Bestimmungen über die unter gewissen Voraussetzungen zu gewährenden freie Zeit.

Innerhalb dieser Rahmen sind nun die Arbeitsverhältnisse an Sonntagen örtlich sehr verschieden geregelt worden. In einer Anzahl von Städten ist um 2 Uhr Schluß der sonntäglichen Arbeitszeit. Zu den Orten, wo im vollen Umfange von der Befugnis der Verordnung Gebrauch gemacht ist, wo also die Verhältnisse für die Gehilfen am ungünstigsten liegen, gehört Berlin. Der Deutsche Photographengehilfenverband, der mit Ernst und Ausdauer die Interessen der Angestellten vertritt, hat auf seinem Delegiertentag am Pfingsten in bezug auf die Sonntagsarbeit als nächstes Ziel die Durchführung des Arbeiterausschusses um 12 Uhr mittags aufgestellt. Einige einschlägige Prinzipale haben nun in Berlin beim Polizeipräsidenten beantragt, die erforderlichen Schritte zur Durchführung wenigstens des Arbeiterausschusses zu tun. Natürlich haben die von der Polizei gutachtlich gehörten Vertreter des Gehilfenverbandes dessen Standpunkt gewahrt und den Antrag als einen Schritt nach vorwärts gegenüber dem bisherigen Zustande bezeichnet. Anderen Atelierbesitzern ist der Schreck in die Glieder gefahren; sie bildeten ein Komitee zur Bekämpfung des Arbeiterausschusses und zur Erhaltung des bestehenden Zustandes.

Um eine Besprechung der Angelegenheit herbeizuführen, hatte der Deutsche Photographengehilfenverband zum Donnerstag eine öffentliche Versammlung der Gehilfen, Atelierinhaber und Interessenten nach Wendisch-Friedrichs. Am Königsgarten, einkerkeln, Genosse Gänlein referierte. Er legte unter eingehender Beachtung der Berufsverhältnisse dar, daß gar kein Grund vorliege, den Photographen eine besondere Ausnahmestellung einzuräumen. Das Publikum würde sich bei einem frühen Sonntagschluß danach richten. Auch viele Prinzipale würden es als einen Vorteil empfinden, des Sonntags frühzeitig aus dem Geschäft zu kommen. Scharfe Kritik übte Redner an denjenigen Prinzipalen, die die Vorschriften über die Sonntagsruhe häufig übertreten. Um das Geschick zu umgeben, kriege man es sogar fertig, Gehilfen als Teilhaber anzumelden, da ja heute die Prinzipale auch außerhalb der für Gehilfen zugelassenen sonntäglichen Arbeitszeit das Atelier offenhalten dürften. Der heutige Zustand sei auf jeden Fall unhaltbar. Nur durch geregelte Arbeitsbedingungen könne der Beruf gefunden. — Das Referat fand lebhaften Beifall.

An der sehr regen Debatte, in der mehrere Photographengehilfen und Interessenten aus dem Publikum sich den Ausführungen des Referenten anschlossen, beteiligten sich auch einige Geschäftsinhaber, die sich dagegen aussprachen, weil sie immer noch des Wahns sind, bei einem früheren Atelierchluß geschäftlich geschädigt zu werden. — Als Gänlein in dem Schlusssatz gemäß der Auforderung, Namen zu nennen, als einen Gehilfenüberreter auch den Diskussionsredner Pein (Frankfurter Allee) nannte, erhob dieser im Verein mit einigen anderen Gehilfen solche Geschrei, daß die Versammlung in große Erregung geriet und der Redner erst fortzueilen konnte, als jene Herren das Lokal verlassen hatten.

Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen:

Die versammelten Berufsangehörigen und Interessenten erachten den Zwangsbeschluß der photographischen Ateliers für eine dringende Notwendigkeit, und zwar nicht nur deswegen, um die Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern und den Angestellten ihre freie Zeit zu garantieren, sondern auch, weil das Offenhalten der Ateliers rückwärts ist auf andere gewerbstätige und hausangestellte Personen. Die Ausnahmestellung der Inhaber photographischer Ateliers ist durch nichts gerechtfertigt. Sie öffnet nur der Gesetzesverletzung alle Wege. Nur dann, wenn wirklich geregelte Verhältnisse in der Sonntagsarbeit eingeführt werden, werden auch die sonstigen Verhältnisse des Berufs eine Besserung erfahren. Die Versammlung beauftragt die leitenden Personen, bei den Behörden entsprechend vorstellig zu werden.

Achtung, Töpfer!

Die Firma Konrad Viel u. Klemm, Pankow, Florastr. 25, läßt die altheimischen Arbeiten — es kommen nur Autokennen in Frage — in Lohn ausführen, die Maschinen dagegen in Afford. Dies verfährt gegen den Tarif, weil die Defen dadurch im Preise gedrückt werden. Wir verhängen deshalb hiermit über die Firma die Sperre.

Stehen geblieben sind: Hermann Diekmann, Gustav Grebenstein, Otto Haußmann und Virc.

In Betracht kommt der Bau Reinholdsdorf-Str. an der Holländer Straße.

Weiter gehen wir bekannt, daß die Firmen Witt u. Neubert und Runge immer noch gesperrt sind.

Die Verbandsleitung.

Lebius, der Eisenfirme.

Auf unsere neuliche Festinagelung einer gelben Bundesgröße erklärt der „Bund“, das Organ des Herrn Lebius, in seiner Nummer 33 vom 16. August:

„Der „Vorwärts“ bringt in seiner Donnerstagnummer einen Anklageartikel gegen den Werkzeugmacher Ernst Schmidt, den er in dem Artikel zum Vorsitzenden des Bundes der gelben Metallarbeitervereine in Berlin macht. Ein solcher Bund existiert nun nicht, weswegen Schmidt auch nicht Vorsitzender desselben sein kann. Schmidt gehört der gelben Arbeiterbewegung, deren Vertretung der „Gelbe Arbeiterbund“ ist, nicht an. Infolgedessen erlähren sich alle Schlussfolgerungen des „Vorwärts“.

Vielleicht blättert die Redaktion des „Bund“ einmal die Nummer 32 ihres Blattes vom 9. August nach. Da wird sie auf Seite 3 des Hauptblattes folgenden Bericht finden:

Am Sonntag, den 2. August 1908, fand im Kriegervereins-haus die erste Generalversammlung des Gelben Arbeiterbundes statt, die sich eines recht starken Besuches erfreute. Zum ersten Vorsitzenden wurde Bürger Ernst Schmidt wiedergewählt. Stellvertreter wurde Kollege Keul.“

Vielleicht geht der „Bund“ nun nachträglich doch auf unsere Schlussfolgerungen ein. Oder wird er eine neue Ausgabe finden? Dann, bitte, keine so oberfläch!

Deutsches Reich.

Das Ende des Stettiner Nietereisstreiks.

Zwischen den Stettiner Nietern und der Direktion des „Vulkan“ ist gestern endlich Frieden geschlossen worden. Volle vier Wochen hat der Kampf angehalten. Ein Telegramm aus Stettin meldet uns:

Stettin, 15. August.

Ueber Nacht sind die streikenden Nietner zu einem anderen Entschluß gekommen. In einer heute vormittag im „Volksgarten“ abgehaltenen neuen Nieterverammlung zeigte sich keine Kriegsstimmung mehr. Alle Anwesenden stimmten darin überein, daß es die höchste Zeit sei, einzulisten. Es wurde geltend gemacht, daß sich nach der Erklärung der Gewerkschaftsführer, es gäbe keinen Streik, also auch keine Streikbrecher mehr, in der nächsten Woche doch genug Arbeitswillige auf dem „Vulkan“ finden würden, wodurch die Organisation leicht zersplittert werden könne.

Bei der schließlich vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die überwältigende Majorität für die Beilegung des Streiks. Die Arbeit soll am Montag früh wieder aufgenommen werden. Gleich nach Schluß der Versammlung begab sich die Nieterkommission nach der Direktion des „Vulkan“, wo in Gegenwart der drei Direktoren ein Protokoll aufgenommen wurde des Inhalts, daß die Direktion, sobald die Nietner am Montag die Arbeit auf dem „Vulkan“ wieder aufnehmen, unverzüglich die Gruppe deutscher Seeschiffswerften hiervon verständige und ferner dafür Sorge, daß die Vereinigung der Stettiner Eisenindustriellen die Aussparungen rückgängig mache. Außerdem wurde auf besonderen Wunsch der Nieterkommission in das Protokoll aufgenommen, daß Maßregelungen nicht stattfinden.

Der Inhalt des Protokolls wurde von der Direktion noch im Laufe des heutigen Tages durch Maueranschlag bekannt gegeben.

Ausland.

Die Aussparungen in Dänemark und der Streik in den Zeitungsdruckereien.

Die Buchdruckeraussparung ist wohl die größte Dummheit, die die dänische Arbeitgebervereinigung jemals begangen hat. Diese nun in der Zeit der Wirtschaftskrise wieder außerordentlich komplizierte Unternehmerorganisation lebte wohl in der törichten Hoffnung, daß die Zeitungsseher und -Drucker ruhig zusehen würden, wie ihre Kollegen dem Buchgewerbe auf's Pfahler geworfen wurden, weil einige hundert Lithographen und Steindrucker streikten. Aber wie alle anderen Arbeiter Dänemarks, so stehen auch die Typographen solidarisch im Kampfe. Die Zeitungsherausgeber, die es für zweckmäßig ansahen, der allgemeinen Arbeitgebervereinigung beizutreten, sind außer Stande gesetzt, ihre Blätter drucken zu lassen. Die sozialdemokratische Presse beherrscht den Markt. Nur eines ihrer Blätter, „Lolland-Falsters Socialdemokrat“, das in einer Privatdruckerei hergestellt wird, ist von dem Streik mit betroffen; die Abonnenten erhalten jedoch als Ersatz Kopenhagens „Socialdemokraten“ zugestellt. Dem Unternehmertum fehlt es an der Presse, die seine Gewaltmaßregeln mit den üblichen Schwindelstücken zu verteidigen sucht. Die wenigen bürgerlichen Blätter, die noch erscheinen können, weil ihre Herausgeber und Druckereiprincipale nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, beurteilen mehr oder minder scharf die Aussparungsmaßregeln. So erklärt es das „Kritikert Dagblad“ für „ganz vernunftwidrig, daß Hunderte von Principalen und Tausende von Arbeitern zur Untätigkeit mit ihren nur Unglück bringenden physischen und moralischen Folgen gezwungen werden sollen, lediglich weil 2. einige Arbeiter nicht nach Verlauf von zwei Jahren eine um eine Stunde längere Arbeitszeit erhalten können.“ Ebenso äußert sich die radikale Provinzpresse dahin, daß die Arbeitgebervereinigung und die Zeitungsherausgeber allein die Schuld tragen an der gegenwärtigen Situation. Dagegen suchte das große radikale Organ „Politiken“, solange es noch in der einen oder anderen Weise erscheinen konnte, die Öffentlichkeit irrezuführen. Dieses Blatt hatte bei Ausbruch des Streiks mit der Kalmder Zeitung „Staanens Afson-

bladet“ einen Vertrag geschlossen, wonach die letzte Seite mit „Politiken“ dänischen Nachrichten bedruckt in Dänemark verbreitet werden sollte. Das gelang aber nur einmal, am Dienstag, dem nächsten Tag, weigerte sich das Druckereipersonal im Einverständnis mit dem Schwedischen Typographenverband einstimmig, das Blatt in dieser Form und in größeren Auflagen als bisher fertigzustellen. Der Herausgeber mußte sich fügen, daß allerdings die Sache der „Allgemeinen Schwedischen Buchdruckervereinigung“ berichtet, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß diese Prinzipalsorganisation Gegenmaßregeln veranlassen. In Kopenhagen versuchen die Zeitungsherausgeber gemeinsam keine Blätter herauszugeben, geschickt und gedruckt von Streikbrechern aus den Reihen der Kleinmeister im Buchdruckgewerbe. So haben verschiedene große Zeitungen ein gemeinsames Blättchen „Presse“ („Die Presse“) hergestellt, aber nun beschloßen die Zeitungsträgerinnen, die Bestellung an die Abonnenten abzulehnen, aus Solidarität mit den Aussparierten und Streikenden. Die große 150 Jahre alte „Berlingske Tidende“ ist dieser Tage in der Größe eines halben Bogens Briefpapier herausgekommen, einseitig beschrieben mit der Schreibmaschine. Die Presseausstellung, die demnächst in Kopenhagen stattfinden wird, durch den Streik mit allerlei dergleichen Schwierigkeiten bereichert werden.

Das Unternehmertum sucht nun durch Boykott auch die sozialdemokratische Presse lahmzulegen; man will ihr die Papierlieferung entziehen. „Socialdemokraten“ ist jedoch so gut darauf vorbereitet, daß sein Erscheinen auch bei längerer Dauer des Kampfes gesichert ist. Voraussichtlich wird aber der bereits in der Donnerstagnummer des „Vorwärts“ erwähnte Vermittlungsvorschlag des Ministers des Innern zu einer Beilegung der Kämpfe führen. Die Vertreter der an den verschiedenen Konflikten beteiligten Gewerkschaften haben am Mittwoch zwar die endgültige Anerkennung der ministeriellen Vorschläge abgelehnt, aber die Entscheidung der Repräsentantschaft des Gesamtverbandes der Gewerkschaften überwiegen, deren Vertreter aus dem ganzen Lande dann am Freitag nach Kopenhagen zusammenberufen wurden.

Die Vorschläge selbst enthalten die Verkürzung der Arbeitszeit im Stein- und Buchdruckgewerbe auf 8½ Stunden. Diese Arbeitszeit soll bis zum 1. Januar 1910 gelten, dem Datum, mit dem für die Buchdrucker der Achtstundentag in Kraft tritt. Auch bei den übrigen Konflikten kommen die Vorschläge des Ministers den Forderungen der Arbeiter einigermaßen entgegen, jedoch berühren sie das Interesse der gesamten Arbeiterschaft dermaßen, daß diese Verufe allein nicht über Annahme oder Ablehnung entscheiden können. Vermutlich wird die „Arbeitgebervereinigung“ sich nun doch zur Verhandlung bereit finden, nachdem die am Montag über mehr als 5000 Buchdrucker, Buchbinder und Papierfabrikarbeiter verhängte Aussparung einen so unerwarteten Kampf herausgeschworen hat, und von der Generalausparung Abstand nehmen, die am 24. August über mehr als 21 000 Arbeiter der verschiedensten Berufe verhängt werden soll.

Der Streik in den Zeitungsdruckereien hat übrigens auch eine Bewegung unter den arbeitslos gewordenen Journalisten hervorgerufen, die energisch fordern, daß ihnen Ersatz auch für das verlorengehende Zeilenhonorar zuteil werde.

Versammlungen.

Die Filiale Berlin des Töpferverbandes hielt am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab, in der der Bericht vom zweiten Vierteljahr auf der Tagesordnung stand. Dem Bericht, den der Ortsvorsitzende Segawe gab, ist unter anderem zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit noch in Zunahme begriffen ist, die Krise sich offenbar verschärft hat. Am 1. April waren 405 Arbeitslose eingeschrieben, neu eingeschrieben ließen sich im Laufe des Monats 592 und am 30. April war die Zahl der Arbeitslosen 518 gegenüber 464 am selben Datum vorigen Jahres. Im Mai ließen sich 508 Arbeitslose einschreiben, und am Ende dieses Monats zählte man 801 Arbeitslose gegenüber 280 im Jahre 1907. Im Juni meldeten sich 542 Arbeitslose, die Zahl der Arbeitslosen sank allerdings im Laufe des Monats auf 186, jedoch waren Ende Juni vorigen Jahres nur 97 Arbeitslose eingeschrieben. Gegenwärtig ist die Zahl der Arbeitslosen wieder auf über 300 gestiegen. Bei dem Vergleich mit den Zahlen vom vorigen Jahre ist zu bedenken, daß eine Menge von Mitgliedern teils abgereist ist, teils einen anderen Beruf ergriffen hat, so daß die Krise tatsächlich viel verberlicher wirkte, als es nach der Arbeitsnachweisstatistik anzunehmen wäre. Dazu kommt, daß ein Teil der Mitglieder die An- und Abmeldung der Arbeitslosigkeit vernachlässigte; der Redner forderte die Mitglieder dringend auf, doch auch in dieser Hinsicht im eigenen wie im Interesse der Gesamtheit ihrer Pflicht nachzukommen. Von der Bibliothek berichtete der Redner, daß im Laufe des Quartals 111 Bände ausgeliehen wurden. Die Bibliothek wird nun renoviert und ergänzt.

Die Abrechnung der Filiale die bereits im „Töpfer“ veröffentlicht wurde, schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 10 544,48 M. Unter den Ausgaben sind 1282,65 M. für Krankenunterstützung und 5200 M. wurden an die Hauptkasse des Verbandes abgeliefert. Die Lokalkasse hatte 9129,44 M. Einnahmen und 8060,45 M. Ausgaben. Das Vermögen der Filiale belief sich am Quartalschluß auf 36 306,89 M. Die Mitgliederzahl war zur selben Zeit 1884.

Dem Kassierer Bohndammel, der zu der gedruckten Abrechnung eine Reihe Ergänzungen und Erläuterungen gab, erteilte die Versammlung einstimmig Decharge.

Sodann wurde auf Vorschlag des Vorstandes ein Antrag angenommen, wonach Mitglieder, die zu einem anderen Beruf übergehen, ihrer alten Organisation weiter angehören, jedoch nicht zum Lokalfonds beizutragen müssen, erst eine einjährige Karenzzeit durchmachen oder die Lokalbeiträge nachzahlen müssen, ehe sie wieder Anspruch auf die Leistungen des Lokalfonds machen können. Ferner wurde beschloßen, daß Darlehensgesuche von Mitgliedern zunächst an ihren Bezirksleiter zu richten sind, der sie dem Vorstand zur Entscheidung überweist, und außerdem wurde ein Regulativ über die Gewährung und Rückzahlung von Darlehen angenommen. — Im übrigen beschäftigte die Versammlung sich mit einigen inneren Angelegenheiten der Organisation.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reflexexplosion.

Paris, 15. August. (B. T. W.) Auf der Lokomotive eines Vergnügungszuges von Paris nach Boulogne-sur-Mer ereignete sich heute vormittag zwischen Louvres und Surbilliers eine Reflexexplosion. Der Führer wurde getötet, der Heizer und ein Schaffner schwer verletzt, zwölf Wagen entgleisten; die Reisenden blieben unverletzt.

Die Cholera.

Petersburg, 15. August. (B. T. W.) Vom 8. bis zum 14. d. M. sind in den von der Cholera ergriffenen Bezirken 508 Erkrankungen und 270 Todesfälle vorgekommen. Die Stadt Rishniinowgorod ist für Cholergefährlich erklärt worden.

Immer wieder: giftige Pilze!

Fürth, 15. August. (B. T. W.) Durch Genuß selbstgepflückter Pilze erkrankte hier eine fünfköpfige Familie. 4 Kinder befinden sich auf dem Wege der Genesung, ein zehnjähriger Knabe jedoch ist gestorben.

Der Disziplinbruch und die Parteipresse.

Die Erklärung der bayerischen Fraktion

liegt nunmehr im Wortlaut vor:

„Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer größeren Anzahl von Kulturaufgaben, u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte und die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, auch erhebliche Beträge für die Verbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufwendungen in zahlreichen Einzelheiten selbstverständlich keineswegs genügen können, so erblicken wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben ihnen deshalb zugestimmt.“

Obwohl wir keinen Anlaß haben, unsere grundsätzliche Stellung dem herrschenden System gegenüber zu ändern und diesem irgend welches Vertrauen auszusprechen, erkennen wir doch an, daß durch Ertragssteuern, wie die des direkten Wahlrechts für den Landtag, der Verhältniswahl für die Gemeinden und die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern, sich Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen, die wir im Interesse des bayerischen und des deutschen Volkes mit allen Kräften fördern wollen.“

Deshalb werden wir, ohne damit vor dem Volke die Verantwortung für die Regierungspolitik oder den Gesamterfolg des Budgets zu übernehmen und ohne damit unserer künftigen Stellung irgendwie vorzugreifen, dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben.“

An anderer Stelle unserer heutigen Nummer finden die Leser eine Würdigung dieser Erklärung. Besonderer Erwähnung aber scheint uns folgende Verteidigung der Budgetabstimmung durch die „Frankl. Tagespost“ wert zu sein. Das genannte Parteiorgan schreibt:

„Diese Erklärung schließt sich insofern eng dem Lübecker Parteibeisatz an, als jener Beschluß ausschließlich die normale Ablehnung des Budgets mit der Verweigerung der staatsbürgerlichen Gleichheit begründet hat. Der „Fall Hofhauser“ allein ist allerdings schon geeignet, in Vollstreckung des Wortlauts und des Sinnes des Lübecker Beschlusses die Zustimmung zum Budget zu rechtfertigen.“

Aber das Verfahren der bayerischen Fraktion ist nicht nur durch die Lübecker Entschliessung bedingt, sie ist auch eine äußerst wirksame politische Demonstration gegen die Einzelstaaten, die noch nicht die bescheidensten Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen; es ist nicht minder ein verpflichtender Ausruf an die Regierung, durch ihre künftige Politik nun auch dieses Votum zu verdienen. Unsere Zustimmung ist keine Vertrauensabstimmung für die Regierung und ihr System, sondern eine einfache Feststellung der Tatsache, daß die Regierung und die Parteien in Bayern die Arbeit und die Macht der Sozialdemokratie zu respektieren begonnen haben.“

Den „engen“ Anschluß an die Lübecker Resolution bringt die „Frankl. Tagespost“ nur durch eine — sagen wir einmal höflich — Vertauschung der Begriffe zustande. Die Lübecker Resolution soll — so behauptet das Nürnberger Parteiorgan durch Sperrdruck — die „normale Ablehnung“ des Budgets mit der „Verweigerung der staatsbürgerlichen Gleichheit“ begründet haben. In Wirklichkeit aber lautet der betreffende Absatz der Resolution:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind!...“

Kleines Feuilleton.

Der Unterricht durch das Bild. In England verfolgt man mit wachsendem Interesse alle Bestrebungen, die auf eine Umgestaltung des Jugendbildungswesens abzielen, und insbesondere ist es die von Alexander Divine geleitete Clarendon School in Bangbourne, die in letzter Zeit die Aufmerksamkeit auf sich zieht durch ihre „neue Erziehung“, durch reformatorische Bestrebungen, die die lebendige Anschauung als ein Hauptmoment des Kinderunterrichts mit aller Konsequenz in den Vordergrund stellt. Von der Weisheit, mit der in dieser Anstalt die bildliche Anschauung den Geschichtsunterricht begleitet, gibt ein englischer Schriftsteller, der kürzlich die Schulräume besucht hat, eine feiseltende Schilderung. In einem großen Saale laufen längs den Wänden zwei schmale Regale aus Eichenholz. In diesem Rahmen sind eine reiche Menge von Bildern und Photographien eingeschoben, Darstellungen berühmter Meister, Schlachtenbilder, kulturhistorisch interessante Szenen aus dem Leben vergangener Zeiten oder bildliche Darstellungen von entscheidenden Augenblicken aus dem Leben berühmter Persönlichkeiten. Sie hängen nicht wahllos nebeneinander, sondern stets ist es eine einheitliche Gruppierung aus einer bestimmten Geschichtsperiode, die hier längere Zeit im Klassenunterricht ausgeht wird und deren Erläuterung nun eine Art Geschichtsunterricht begleitet, bei dem die Kinder von den Bildern ausgehend, also auf konkreten Vorstellungen fußend, die geschichtlichen Ereignisse und ihre Verhältnisse kennen lernen. Als der Besucher die Schuleinrichtungen besichtigte, war es die Periode der Stuart, die hier den Augen der Kinder vorgeführt wurde und die dann nicht nur wenige Unterrichtsstunden, sondern längere Zeit die lehrbegierige Jugend beschäftigt. „Unser erstes Ziel ist es“, so äußerte sich der Leiter der Anstalt, „in den Kindern unter 14 Jahren das Interesse und die Wissbegier zu wecken und zu entwickeln. Bis zu diesem Alter bekommen unsere Zöglinge, was das „Vollstapfen“ mit Tatsachen anbetrifft, allerdings nur eine langsame und gemächliche Erziehung; dagegen suchen wir alle ihre Anlagen zu wecken und zu entwickeln, ihren Verstand, ihre Phantasie, ihre Denkfähigkeit. Kinder unter 14 Jahren streben von konkreten und bringen der Welt des Abstrakten nur geringeres Interesse entgegen. Nehmen sie ein Beispiel aus dem geographischen Unterricht. Man kann einem Kinde wohl sagen, daß Liverpool ein berühmter Hafenplatz am Mersey ist, so und so viel tausend Einwohner hat und daß es ungemein bedeutend ist als das hundertjährige ältere Chester, das kaum Handel treibt und nur wenig Einwohner hat. Das Kind wird das nicht interessieren und anregen; es wiederholt die Zahlen und wird sich mechanisch in seinem Gedächtnis einprägen. Aber nun zeigen sie ihm ein Bild von der Mündung des Mersey und ein zweites von der Mündung des Dee. Es beginnt zu fragen. Der Knabe begriff den Vorrang, den Liverpool vor Chester hat. Er sieht Photographien, die ihm das hässliche Treiben der großen

Das heißt also klar und deutlich: Weil der Klassenstaat dem Arbeiter nicht die volle Gleichberechtigung (also nicht nur die äußere politische, sondern auch die soziale Gleichberechtigung) nicht einräumt und seinem Wesen nach nicht einräumen kann, ist das Budget abzulehnen! Wäre das nicht der (für einen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Genossen selbstverständliche) Sinn, so bestände ja für die Genossen in kapitalistischen Staaten mit einem wirklich liberalen Verwaltungssystem (wie Frankreich, England, selbst Holland!) keinerlei grundsätzliches Bedenken, den Etat zu bewilligen!

Aber auch abgesehen von dieser Vertauschung der Begriffe ist der Kommentar der „Frankl. Tagespost“ geradezu erstaunlich! Die bayerische Fraktion will danach durch ihre Anerkennung der bayerischen Regierung auf die anderen Staaten erzieherisch wirken. Offenbar soll Bülow neidisch auf die bayerischen Regierung gesendete Anerkennung gemacht werden! Wenn das uns nicht von der preussischen Reaktion befreit, hilft gar nichts mehr! Aber auch die bayerische Regierung soll vor künftigen Rückfällen ins Preussische dadurch bewahrt werden, daß ihr bei gelegentlichen Rückfällen mit einer schlechten Zensur gedroht wird! Als ob das Votum von Lob oder Tadel auch nur den geringsten Einfluß auf eine Regierung auszuüben vermöchte, sofern nicht die Sozialdemokratie an sich eine Macht repräsentiert. Die „Frankl. Tagespost“ behauptet das nun. Wie aber kann dann diese in den politischen Verhältnissen wurzelnde Macht dadurch beeinträchtigt werden, daß die einflussreiche Sozialdemokratie ihrem Klassenprinzip gemäß den Klassenstaatlichen Etat ablehnt?

Ob die bayerischen Genossen sich wirklich durch solch sinnloses, feuilletonistisch aufgepumptes Warum-Blenden lassen werden?!

Die „Leipziger Volkszeitung“

bemerkte zu der bayerischen Abstimmung:

„Wir ahnten ungefähr, was kommen würde, und gerade, weil wir das ahnten, suchten wir von den süddeutschen Parteigenossen möglichst schnell eine Antwort zu provozieren. Jetzt wird man ihr tagelanges hartnäckiges Schweigen besser „würdigen“ können und auch auf die so völlig inhaltsleere, gestern von uns wiedergegebene Erklärung der „Nürnberger Post“ fällt jetzt ein ebenso bezeichnendes Licht, wie auf die Weigerung der „Frankfurter Tagespost“, sich zur Sache zu äußern. Man wußte, was in der bayerischen Kammer bevorstand, man wollte aber die Partei vor vollendete Tatsachen stellen; deshalb schweig man listig und suchte eine Auseinandersetzung über die Frage der Staatsbewilligung so lange hinauszuziehen, bis eben in der bayerischen Kammer der entscheidende Schlag gefallen war. Bei der Beurteilung des Falles ist diese Seite der Affäre nicht aus dem Auge zu lassen.“

Liegt der Fall der badischen Kammerpolitik schlimmer, so liegt der der bayerischen unendlich viel schlimmer. Die bayerische Kammer hat bekanntlich, worauf wir wiederholt hingewiesen haben, auch den Militäretat für Bayern zu beraten und zu bewilligen. Die Zustimmung zu diesem Etat, wie er jetzt vorliegt, steht im schärfsten Widerspruch nicht nur zu der jahrelangen Praxis der Reichstagsfraktion, sondern auch zu dem grundlegenden Gesichtspunkt proletarischer Politik. Wer an diese Dinge rüttelt, der greift der Partei ans Mark und gehört geistig nicht mehr zu ihr. Daß es sich hier keineswegs etwa um ein sogenanntes „Klademisergegnis“ handelt, das für die Praxis der Partei keine große Bedeutung hat, womit man bekanntlich von gewisser Seite aus seit Jahren jede grundsätzliche Erörterung abtun will, das geht nicht nur aus der Haltung der Parteipresse, sondern aus der Sache selber hervor.“

Hamburger „Echo“.

„Die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion hat das Budget offenbar bewilligt, weil sie es eben bewilligen und sich an den Parteitagbeschlüssen nicht lehren wollte. Vielleicht betrachtet sie diesen als einen Ausfluß jener „grauen Theorie“, die, weil Konsequenz, Disziplin und Programmtreue verlangend, von manchen Leuten als ein Hemmnis ihrer „praktischen Politik“ angesehen wird.“

Safenstadt veranschaulichen und andere, in denen er das gemächliche, schläfrige Leben beim Markt in Chester kennen lernt. Er wird in Liverpool Ballen mit Baumwolle sehen, wird nach der Herkunft der Baumwolle fragen und sieht dann Photographien von den Erntearbeiten auf amerikanischen Baumwollfarmen. Eine große Landkarte veranschaulicht ihm die Verbreitung der Kautschukindustrie; hier sind die Gebiete, die Kautschuk produzieren, schwarz angezeichnet; allerlei Proben verschiedener Gummisorten usw. veranschaulichen dann die Vorstellungen des Kindes, dessen Phantasie angeregt wird und ganz von selbst immer neue Fragen findet, die Antwort verlangen. Die Schule besitzt eine große Sammlung in derartigem Anschauungsmaterial; gegen 20 000 Bilder, Stiche und Photographien für alle Unterrichtszweige sind gesammelt, in jedem Semester wird in den verschiedenen Räumen das Material gewechselt und die neue Sammlung bietet dann den Ausgangspunkt für den Unterricht des nächsten Schulabschnittes. Prüfungen werden während der Schulzeit nicht abgehalten, und nur bei der Entlassung, also bei den ältesten Schülern, die zu ihrem Uebertritt zur Universität oder zur Armee dessen bedürfen, kommt es zu einem Examen. Selbstverständlich werden des öfteren sozusagen Stichproben angefertigt, um ein Bild zu gewinnen über die Fortschritte der Schüler, aber von einem Examen ist keine Rede. Denn nach Ansicht Davines verschüchtern das Examen die Knaben und macht sie einseitig; „sie sehen dann nichts vor sich als eine Liste von Fragen und die Gedächtnisprobe, die sie ablegen sollen. Man frage einen Durchschnittsschüler, mer Dante oder Savonarola gewesen ist; er wird den Kopf schütteln. Bei unserer Methode erhalten die Kinder gewissermaßen unbewußt Kenntnis über Menschenwerk und Geschichte durch lebendige Anschauung. Im Alter von 14 Jahren bilden sie dann für den weiteren Unterricht ein unvergleichliches Material, ihr Interesse ist geweckt, ihr Bild geweitet und alle Dinge fesseln sie.“ Handwerksübungen geben den Kindern Gelegenheit, sich manuelle Fertigkeiten anzueignen; Bänke, Kulte, Spielgeräte, alles wird von den Schülern selbst angefertigt. Sie haben ihre Chorvereinigungen, ihre Streichquartette und lernen es von früh auf, durch ein nahes Verhältnis zur Kunst gute Musik von schlechter zu scheiden. In den Ferien aber ziehen die Jünglinge in großen Karawanen durchs Land, sie lernen toben, der Aufenthalt im Freien bietet Anlaß zu naturgeschichtlichen und geographischen Betrachtungen, und eine robuste Gesundheit verbindet sich dann zwanglos mit der Aneignung praktischen Sinns und praktischer Kenntnis.

Humor und Satire.

— Kindermund. Der Rektor einer Volksschule geht durch die Korridore seiner Schule und findet vor einem Klassentür ein weinendes Mädchen. Auf seine teilnehmende Frage, was ihm denn fehle, antwortet es schluchzend: „Ich kann dem Fräulein über drei Männer nicht behalten.“ — Es wurde in der Religion die Geschichte von den Erzbrüdern durchgenommen.

Leider darf man gar nicht annehmen, daß es sich um einen unüberlegten Seitenhieb, um einen durch zufällige Stimmung oder augenblickliche falsche Auffassung verurteilten Fehler handelt. Denn das Verhalten der Fraktion sieht ja ganz zweifellos in innerem Zusammenhang mit der Stuttgarter Konferenz und ist aus deren Geist, wie die badischen Abgeordneten ihn auffaßten, geboren. Die Berufung auf das Schweigegebot, vom Parteivorstand richtig, aber mit dem mildesten Ausdruck als Minderheit bezeichnet, bestätigt nur, daß überlegt worden war, was man tun wollte, daß man aber den Plan geheim zu halten für nötig fand, weil man die Stimme der Genossen fürchtete.

Die badische Landtagsfraktion fand aber vor keinem Ausnahmefall. Ihre Erklärung stellt ebendies noch fest, daß die Regierung den Arbeitern die politische Gleichberechtigung nicht gewähre und wichtige Volksrechte schädige. Lediglich um die Mittel für Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne nicht zu verlagen, sei das Mißtrauen nicht durch Budgetverweigerung ausgedrückt worden. Nun finden sich zwar in jedem Budget, auch dem des Reiches, immer Ausnahmeposten, die die Sozialdemokraten billigen und für die sie eintreten; aber deswegen mit diesen Posten auch die anderen im Gesamtbudget annehmen, das hat die Reichstagsfraktion, das haben die meisten Landtagsfraktionen noch nicht getan, und das würden die in ununterbrochenem Klassenkampf stehenden Genossen auch nie verstehen. Zudem — es bedurfte der Zustimmung der Sozialdemokraten nicht einmal, um die größeren Mittel für die Beamten und Arbeiter zu sichern. Auch ohne sie hätte das Budget die Bewilligung des Landtages gefunden. Wenn also an diese Ausrede gedacht würde, müßte sie von vornherein zurückgewiesen werden.“

Die Schieber an der Arbeit.

In einigen süddeutschen, auch ein paar norddeutschen Parteiblättern regt man sich bereits über den „schlechten Ton“ des „Vorwärts“ und derjenigen anderen Parteiblätter auf, die, statt diplomatisch zu säufeln und die Rebellion süddeutscher Parteiführer mit frohgläubiger Bomadigkeit zu behandeln, die Dinge beim rechten Namen nannten und ihrer leider nur zu begründeten Entrüstung ehrlich unerbittlichen Ausdruck gaben. Diese sanften, diplomatisch temperierten Blätter entrüsteten sich bereits über die Grobheit des Parteivorstandes und die Leidenschaftlichkeit des „Vorwärts“. Die Gründe dieser Grobheit und Leidenschaftlichkeit existieren für diese Partei-Knigge nicht — was in Baden und Bayern geschah, war ja ganz in der Ordnung. Nur der Parteivorstand war ein Grobianus, und die scharfe Kritik übenden Parteiblätter machen „Kraquel“, zur Freude der Gegner! Als ob nicht die bürgerlichen Preßstimmen bewiesen, wer ihr Wohlgefallen erregt. Ueber diesen Versuch, das Kampffeld nach gewohnter Revisionistenmanier zu verschieben, findet das

„Hamburger Echo“

beherzigenswerte Worte:

„Leider macht sich schon wieder das Bestreben bemerkbar, die Behandlung der eminent wichtigen Frage zu einer Streiterei zu machen. Daß dem Partikularismus und dem Opportunismus im Interesse der Partei entgegengetreten wird, das suchen nun einzelne Leute, um vom Kern der Sache abzulenken, so darzustellen, als hätte die Bösen „Kadifalen“ aus purer Faulheit einen Stempel veranlassen oder, wie die Mainzer „Volkszeitung“ höhnisch schreibt: „So hätte die Partei also endlich wieder einen „Fall“, der geeignet erscheint, in der Parteipresse und wohl auch auf dem Parteitage den Ton zu „beleben“. Und auch das Bochumer „Volksblatt“ weiß sich sehr pilant auszudrücken: „Endlich haben wir den fälligen Parteikrach. Es ging wie immer: die „Leipziger Volkszeitung“ piffte vor und der „Vorwärts“ tanzte nach. Am 8. August stellte die „Leipziger Volkszeitung“ in durchschossenem Druck die hochnotpeinliche Frage, ob es wahr sei, was sie gehört habe, daß nämlich die sozialdemokratischen Mitglieder der süddeutschen Landtage beschlossen hätten, für die Landesbudgets zu stimmen. Das ließ den „Vorwärts“ nicht schlafen.“

— Wahres Geschichtchen. Leutnant B., nach der kleinen Garnison R. in Schleswig versetzt, hat das erste Mittagessen im Kasino genommen und wird nun von den Kameraden auf die Veranda geführt, wo man zwanglos plaudert. Ausfahrt über Heden hinweg auf einen Weideplatz, auf dem eben — da Melzeit ist — die Kühe zusammengetrieben werden. Gelangweilt wendet er sich ab.

Da werden die Kameraden lebhafter, Gelächter, Ausrufe, wie „Ich halte fünf auf die rote!“ „Ich auf die Schwarze!“ „Ich sehe zehn auf die Bunte, wer hält dagegen?“ dringen an sein Ohr. Keugierig tritt er näher. Auf seine Frage erklärt man ihm lachend: „Was soll man hier tun? Man muß die Heste feiern, wie sie fallen. Dort zur Melzeit die Weide ist unser Totalfaktor. Wir wetten täglich, welche Kuh zuerst den Schwanz hebt.“

— Stillblüte. In dem Roman „Die Nacht der Vergangenheit“ findet sich folgende hübsche Stelle: „Etwas ganz anderes zerrie an ihren Ketten, trotz der erstaunlichen Herrschaft, die sie darüber behielt, und schlenderte ihr wild klopfendes, geängstigtes Herz gleich einem im Käfig gepöppelten Vogel gegen die beengende Wand ihres Korsets.“ (Jugend.)

Notizen.

— Friedrich Paulsen, Professor der Philosophie an der Berliner Universität, starb am Sonnabend im 63. Lebensjahre. Paulsen vertrat kein selbständiges philosophisches System, sondern war Effektiv. Unter den Berliner Dozenten war er infolge seiner rednerischen Gewandtheit einer der beliebtesten. Von seinen zahlreichen Schriften ist am meisten gelesen worden die „Einleitung in die Philosophie“.

— Vom Tiger. In der indischen Zeitschrift „Modera Review“ werden einige interessante Mitteilungen über die Bedeutung der Tigerplage gemacht. Danach sind in den Jahren 1900 bis 1904 nicht weniger als 4000 menschliche Wesen der Raubtiere dieser Raubtiere zum Opfer gefallen. Während der Hungersnot zeigt die Statistik eine Vermehrung der menschlichen Opfer, da die halbverhungerten Tiere aus den Bergen in die Ebene vordringen und in diesen Zeiten doppelt gefährlich werden. So leidet die Statistik z. B., daß in der Zeit von 1880 bis 1884 nicht weniger als 190 000 Stück Vieh den Tigern zum Opfer fielen. Die Gesamtzahl der menschlichen Opfer, die von Tigern getötet wurden, bildet für sich allein 37 Proz. der Gesamtzahl von Menschen, die überhaupt wilden Tieren erlegen sind. Uebrigens gelten keineswegs alle Tiger als Menschenfresser, aber hat der Tiger einmal Menschenfleisch gestofft, so wird er außerordentlich gefährlich und richtet in ganzen Gegenden fürchterliches Unglück an. So wird von einem südlichen Tiger berichtet, der allein gegen 300 Menschen getötet hat, und von einem Himalajatischer, der nicht weniger als 300 Menschenopfer forderte, ehe es endlich gelang, das Raubtier zu erlegen.

Gewiß: Wenn niemand ein Wort sagte über das Verhalten einzelner Personen oder Körperschaften, wenn es jedem überlassen bliebe, nach seiner Fassung „sozialdemokratisch“ zu sein, wenn keinerlei Kritik geübt würde, dann wäre es ruhig in der Partei „entwikkelt“ bis zur höchsten Vollendung der Staatsmännlichkeit. Nur wäre dann eben die Partei keine sozialdemokratische mehr, sondern ein Konglomerat von „Individualitäten“.

Im Voraus verwahren wir uns dagegen, daß wiederum die Streitfrage verschoben wird und daß Nebenächlichkeiten, wie der „Ton“, den Lesern der Parteipresse als das Wesentliche vorgeführt werden. Dies Manöver beginnt nämlich auch schon wieder. So gibt das „Norddeutsche Volksblatt“ in Vant seinen Lesern folgende „Aufklärung“: „Der „Vorwärts“ läßt in seiner Kritik der Geheimnisträumer, die auch wir für falsch halten, das parteigenössliche Verhalten wieder einmal vermissen. Wenn man das Verhalten von Parteigenossen, die Jahrzehnte im Kampf stehen, sich bewährt und Opfer für die Partei gebracht haben, einfach für Amdereien erklärt, kurzum einen Schulmeister-ton anschlägt, der verlegen muß, so ist das nicht parteigenösslich und muß die Diskussion ganz unmäßig verschärfen. Gewiß muß Parteidisziplin herrschen, gewiß dürfen Demokratie und die Einheit der Partei nicht untergraben werden. Aber die Aenderung der fraglichen Beweise der Parteitage von Frankfurt und Lübeck anzustreben, ist ein Recht jedes Parteigenossen, und wenn er diese Absicht nicht gleich an die große Glocke hängt, so ist das kein Parteiverrat.“ Natürlich muß nun der Leser glauben, die badischen Genossen seien vom „Vorwärts“ oder anderen Blättern des Parteiverrats beschuldigt worden, und man wolle ihnen verwehren, die Aenderung eines Parteitagsbeschlusses anzustreben. Weides ist gleich falsch; aber wer nur das „Nordd. Volksbl.“ liest, muß daran glauben. So wird es gemacht und so entsteht die „Vergiftung der Diskussion“, über die dann dieselben zahmen und sanften Organe klagen.“

Positive Vorschläge zur Jugendorganisationsfrage.

Die Vorschläge des Gewerkschaftsbeamten Macclawiat sind insofern zu begrüßen, als sie möglicherweise den Anlaß zu einer gründlichen Verhandlung aller an der Jugendorganisationsfrage hervorragenden Beteiligten bieten. Die Jugendorganisationsfrage aber den Vorschlägen des Genossen Macclawiat nicht zustimmen. Soweit sie sich auf die Hauptmittel zur Gewinnung und Erziehung der Jugend, wie Jugendheime, Bibliotheken usw. beziehen, wird kein vernünftiger Mensch Einwendungen gegen sie zu erheben wagen. Solche Institute haben bereits schon vor vier Jahren die freien Jugendorganisationsfrage. Daß diesen berechtigten Wünschen der Jugend in Gewerkschaftskreisen jetzt offenbar mehr Sympathie entgegengebracht wird als früher, ist sicherlich auch ein Erfolg der freien Jugendorganisation. Allerdings sind mit den Vorschlägen die schönen Jugendheime noch nicht geschaffen.

Die Frage der Organisation der Jugend will Genosse Macclawiat augenscheinlich so geregelt wissen, daß neben den Jugendorganisationsfrage der Gewerkschaften Jugendvereine bestehen sollen, die alle jugendlichen Berufsangehörigen und auch die Mitglieder der gewerkschaftlichen Jugendsektionen zu umfassen haben. Damit wären wir einverstanden. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation jugendlicher Arbeiter der Gewerbe, in denen solche in den wirtschaftlichen Kämpfen entscheidend mitwirken, haben wir stets anerkannt. Bedinglich dagegen mußten wir uns wenden, daß die gewerkschaftlichen Jugendsektionen als Ersatz der bestehenden Jugendorganisationsfrage gelten sollten.

Der Jugendverein soll nach den Vorschlägen Macclawiat's ein reiner Bildungsverein sein. Davor ist nicht entschieden genug zu warnen! Aus agitatorischen und erzieherischen Gründen muß ein Jugendverein auch praktischen Jugendschutz betreiben. Schließlich ist die Aufklärung über die wirtschaftliche Lage auch für die geistige Fortbildung der Jugendlichen von einschneidender Bedeutung. Niemand wird leugnen, daß alles, was in dieser Beziehung bisher versucht worden ist, mehr oder weniger verfehlt oder Stückwerk geblieben ist. Warum? Weil es fast nie gelang, die Jugendlichen dauernd für ihre freiwillige Weiterbildung zu interessieren. Man hat die Jugendlichen Deutsch, Stenographie, Geschichte, Naturwissenschaft, selbst fremde Sprachen gelehrt, immer aber fehlte der einheitliche Boden, aus dem das alles hätte wie natürlich herausgetrieben werden können, der gemeinsame Sinn, der alle diese Lerngegenstände als ein lebendiges Ganzes zusammenhielt, der sie den Jugendlichen fesselnd, verständlich und erstrebenswert machte. Die starke und vorwiegende Aufklärung über die wirtschaftliche Lage in den Vereinen schafft meines Erachtens das bisher fehlende Interesse dauernd. Denn die Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Dingen ist Lebensbedürfnis. Ja, diese Beschäftigung und Einführung der Jugendlichen in die Erkenntnis ihrer eigenen sozialen Verhältnisse ist selbst schon Unterricht, und zwar der grundlegende Unterricht in dem gerade für den modernen Arbeiter wichtigsten Zweige des Wissens und Lebens. Auf dieser Grundlage baut sich dann ganz von selbst die Betrachtung anderer ökonomischer Vorgänge, eine Uebersicht über die moderne Arbeiterfrage, das verständnisvolle Anhören einfacher nationalökonomischer Vorträge auf. Und daran schließt sich dann weiter ebenso folgerichtig, natürlich und fesselnd Unterricht in Geschichte und Naturwissenschaft an. So gibt die Betonung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Jugendlichen für und in ihren Vereinen geradezu die Grundlage und Elemente einer geschlossenen und verständlichen proletarischen Bildung, die dann später auch der Erwerbsebene lieber und erfolgreicher weiterverfolgt wird, als es bisher meist der Fall war. Obgleich die freien Jugendorganisationsfrage keine Jugendheime und ähnliche Annehmlichkeiten der Jugend bieten konnten wie ihre christlichen Gegner, haben sie dennoch eine ansehnliche Zahl Jugendlicher zu sammeln und den gewerkschaftlichen Vereinen abzurufen vermocht. Der Erfolg der Jugendorganisation erklärt sich zum Teil daher, daß sie der Jugend materielle Not zu lindern suchten. Das ist die eine Lehre, die wir aus unserer und des Auslandes Jugendorganisationsbewegung zu ziehen haben. Auch die gewerkschaftlichen Vereine haben den Jugendschutz in ihr Programm aufgenommen.

Ebenso zeigt die Praxis, daß den Jugendlichen die weitestgehende Selbstverwaltung ihrer Organisation einzuräumen ist — zwecks Anziehung und Erziehung der Jugend. Sehr richtig schreibt der Reichstagsabgeordnete Pieper in dem kürzlich im Verlag des Volksvereins für das katholische Deutschland erschienenen Buch: „Jugendfürsorge und Jugendvereine“: „... Nicht aus Willkür, nicht aus Ueberhebung, sondern dem Zwang der ihn umgebenden Verhältnisse folgend, sozusagen weil er eine freibewilligere Luft atmet, weist der Jugendliche heute einen härteren Drang nach Selbstständigkeit, Selbstbestimmung, Selbstbetätigung auf. Wollten wir in der Jugend diese Grundstimmung unterdrücken, so würden wir, selbst wenn uns das gelingen könnte, den künftigen Männern das nehmen, ohne was sie sich heute in den neuzeitlichen Verhältnissen nicht mehr behaupten können. Aber es würde uns auch nicht gelingen, da alles gegen ein solches Bestreben arbeitet; vielmehr würden wir die Jugend uns nur entfremden und unserer Einflus entziehen.“

Das schreibt ein liberaler Jugendbergeier! Selbst der preussische

Handelsminister äußert sich in einem kürzlich an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß, der für die schulentlassene Jugend die Schaffung von Einrichtungen an den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen fordert, die neben dem eigentlichen Ziel der Fortbildungsschulen der körperlichen und geistigen Weiterbildung, wie dem Unterhaltungsbedürfnis der jungen Leute dienen sollen, also:

„Häufig wird es zur Förderung der Fortbildungseinrichtungen wesentlich beitragen können, wenn die Fortbildungsschüler an ihrer Verwaltung selbst beteiligt werden. Ich würde kein Bedenken darin sehen, sondern es vielmehr willkommen heißen, wenn die Fortbildungseinrichtungen sogar auf Vereine gestützt werden, die sich zum Zwecke der gemeinsamen Verwaltung der zu ihrem Besten bestimmten Einrichtungen unter den Schülern bilden. Selbstverständlich müssen Leiter und Lehrerschaft der Fortbildungsschule an diesen Vereinen beteiligt sein. Diese Teilnahme kann, wenn sie ohne Engherzigkeit und mit verständigem Eingehen auf die Art und Weise der Jugend erfolgt, dazu beitragen, ein Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Schülern zu bilden und zu befestigen, das für beide Teile gute Früchte trägt. Sodann müssen von den Fortbildungseinrichtungen jedes Streben nach Uniformität und jedes bürokratische Schema fernbleiben.“

Zwar ist auch Genosse Macclawiat für die „freie geistige Entwicklung des jugendlichen Menschen“. Aber folgende im selben Atemzuge gehaltenen Ausführungen: „Der einzelne Jugendliche braucht sich dann nicht etwas darauf einzubilden, daß er Karten auszusuchen und 2-300 R. revidieren darf“, lassen erkennen, daß er nur in beschränktem Maße die Jugendlichen bestimmen lassen möchte. Deshalb ist zu betonen: Nicht Heranziehung der Jugend zur Mitarbeit, sondern vollständige Selbstverwaltung der Organisation durch die Jugend — natürlich unter Aufsicht älterer, pädagogisch gebildeter Genossen, die mit keinem Taft die Jugendlichen beraten, nicht nach dem Grundsatz: So will ich, so befehle ich! Der erzieherische Wert der Selbstverwaltung ist genügend in der Arbeiterpresse und der „Arbeitenden Jugend“ dargelegt worden.

Auch die gewerkschaftlichen Jugendvereine erheben mehr und mehr das Selbstverwaltungsrecht der Jugend zum Prinzip. Die Form ihrer Organisation dürfte für uns lehrreich sein. Die christlichen (evangelischen) Jünglingsvereine hatten sich ursprünglich „wild“ entwickelt. Allmählich traten sie in nähere Beziehung zueinander. Heute gehört jeder Verein einem Bund an (gleichbedeutend mit einem Gau unserer Gewerkschaften). Diese, sagen wir Landesbünde, sind einem Rationalbund (Sich Varnen) angeschlossen, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Und dieser gehört dem Weltbunde an.

Daß das von Macclawiat vorgeschlagene Programm des Jugendvereins sehr bedeutend der Korrektur bedarf, sei nur nebenbei erwähnt. Er legt zu sehr Wert auf die Unterhaltung der Jugend. Nicht Regitationsabende, humoristische Vorträge und ähnliche Darbietungen, sondern Vorträge aus dem Gebiete der Rationalökonomie, Geschichte sind an die erste Stelle zu setzen. Gewiß soll auch die Jugend fröhlich sein. Aber sie soll auch zur edlen Arbeit an der eigenen geistigen Bereicherung erzoget werden. Die praktische Ausführung des Programms wollen wir heute unerörtert lassen.

Was Macclawiat Bildungsverein nennt, besteht heute in der freien Jugendorganisation, nur daß diese selbständig ist und praktischen Jugendschutz pflegt. Da letztere Tätigkeit nur im Verein mit den Gewerkschaften auszuüben ist, also nicht diese ersetzen soll, dürfte eine Einigung über diese Frage leicht zu erzielen sein. Den Gewerkschaften soll ja nichts genommen werden, im Gegenteil, sie werden von dieser Arbeit der Jugendorganisation nur gewinnen. Als Grundlage der weiteren Diskussion und eventueller Verhandlungen könnten folgende Punkte gelten:

Die Jugendorganisation hat alle unter 20 Jahre alten Jugendlichen ohne Unterschied des Berufes, des Geschlechts und der Konfession aufzunehmen. Die Mitglieder der Jugendorganisation sind, wenn aufnahmefähig, den Gewerkschaften zuzuführen. Andererseits müssen die jugendlichen Mitglieder (Befehlige und ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren) der Gewerkschaften zugleich Mitglieder der Jugendorganisation sein.

Die Jugendorganisation beruht auf demokratischer Grundlage. Dem Vorstande der Jugendorganisation ist ein von den örtlichen Arbeiterorganisationen zu errichtender Bildungsausschuss zur Seite zu stellen.

Um die Arbeit der Jugendorganisationen einheitlich zu gestalten, sind die örtlichen Vereine zu einer Zentralorganisation zusammenzuschließen, die ebenfalls auf demokratischer Grundlage beruht. Die Zentralleitung der Jugendorganisationen ist ebenfalls durch einen von den Zentralleitungen der Arbeiterorganisationen zu wählenden Bildungsausschuss zu beraten und zu unterstützen.

Der Zentralbildungsausschuss hat in Gemeinschaft mit der Zentralleitung der Jugendorganisationen eine einheitliche Jugendzeitung herauszugeben, zu deren Mitarbeit (nicht nur Expedition) die Jugend heranzuziehen ist.

Die Tätigkeit der Jugendorganisationen hat im Rahmen der Gesetzgebung zu geschehen. Die Aufgaben der Jugendorganisation sind: Pflege proletarischer Jugendbildung im Sinne der modernen Weltanschauung, körperliche Ausbildung der Jugend und Pflege des Jugendschutzes — letzteres in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften.

Mit diesen meinen Vorschlägen dürften alle Jugendorganisationsleiter einverstanden sein. Wenn die Gewerkschaftsführer dem berechtigten Ruf der Jugend nach relativer Selbstständigkeit und Pflege des Jugendschutzes verständiges Entgegenkommen zeigen, dürfte eine alle Beteiligten zufriedenstellende Einigung erreicht werden. Im Interesse der Arbeiterbewegung wäre eine solche noch vor Nürnberg erwünscht! Mag Peter S.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In einer stark besuchten Parteiverammlung für den ersten Hamburger Wahlkreis unterzog am Freitagabend Genosse Stolten die Tagesordnung des Parteitages einer eingehenden Betrachtung. Er ist der Meinung, daß die Sonderorganisation der Frauen aufzuheben sei. Mit dem Schematismus in der Frage der Jugendorganisation auf dem Gewerkschaftskongress könne er sich nicht befreunden. Von einer Aufgabe der Raifeier könne unter den heutigen Umständen keine Rede sein, das würde nur den Hohn der Gegner auslösen; die Unterhaltungsfrage werde man nicht aus den Augen lassen dürfen. Was die Frage der Budgetbewilligung in Baden und Bayern anlangt, so werde hierzu der Parteitag ein erstes Wortlein zu sagen haben. Die in der Lübecker Resolution ausgedrückte Voraussetzung für eine eventuelle Etatbestimmung liege dort durchaus nicht vor. So wie in Baden und Bayern hätten die Verhältnisse in Hamburg und anderen Bundesstaaten schon oft gelegen, ohne daß man daran gedacht hätte, dem Etat zustimmen zu lassen. Mit den in Süddeutschland geltend gemachten Gründen könnte schließlich jede Zustimmung zum Etat gerechtfertigt werden. Man sollte doch stets im Auge behalten, daß die Arbeiter im Klassenstaat immer als minderen Rechts angesehen würden. (Allseitige Zustimmung.)

Alle Redner äußerten sich in dieser Angelegenheit im Sinne Stolten's. Genossin Pich bemerkte, sie habe schon im Juni in Süddeutschland vernommen, daß man gegen den Lübecker Beschluß Sturm laufen wolle; sie habe aber geglaubt, daß man die Frage vor den Parteitag bringen würde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Als Delegierte wurde Stolten, Frau Pich und Schumann erwählt.

Der zweite Wahlkreis wählte als Delegierte Paul Hoffmann und Frau Heuer.

Im dritten Wahlkreis, der distriktweise wählt, ist das Resultat noch nicht zusammengefaßt.

Der zweite und dritte Wahlkreis, die schon vorige Woche zum Parteitag Stellung genommen haben, nahmen folgenden Antrag an:

„Die Institution der weiblichen Vertrauensperson ist aufzugeben und der Parteivorstand um eine resp. zwei Personen zu verstärken. Unter den Mitgliedern des Parteivorstandes muß ein weibliches Mitglied sein, welches die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen zu betreiben hat.“

Der dritte Kreis beschloß: „Die Raifeier ist nach den Beschlüssen des internationalen Kongresses sowie des letzten Parteitags unter Fortfall der Unterhaltungsfrage zu regeln.“

Im Distrikt Eilbe (3. Kreis) wurde ein von Paul Lange begründeter Antrag angenommen, der in seinem ersten Teile sich in Uebereinstimmung mit dem Parteitagsbeschlusse in München für die staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waiserversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung erklärt und sich gegen eine Sonderversicherung der Privatangehörigen — wie sie vom Reichsamt des Innern vorgeschlagen wird — wendet. Gefordert wird in dem Antrage eine ausreichende Versicherung der genannten Angehörigen im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und Errichtung höherer Lohn- und Beitragsklassen.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg-Stadt erzielte Genosse Hugo Haase über den Parteitag. Nach lebhafter Diskussion wurden folgende Anträge an den Parteitag beschlossen:

Der Parteitag wolle beschließen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen: „Die Landarbeiterfrage und die Landarbeiterorganisation.“

Der Parteitag empfiehlt allen Parteiortern, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres, möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften, eine Rekrutenabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben geselligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klassen Genossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.“

Gemäß dem Mannheimer Parteitagsbeschlusse werden die Parteigenossen aufgefordert, Gründung und Ausbau von unpolitischen Jugendorganisationen zu fördern, welche Weiterbildung, Pflege geselliger Unterhaltung und die im Einverständnis mit den zuständigen Gewerkschaften zu bewirkende wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeiterjugend zur Aufgabe haben sollen. In Parteiortern, wo solche Organisationen nicht bestehen können, soll ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann der Arbeiterjugend im Einverständnis mit dem örtlichen Bildungsausschuss und Gewerkschaftsleiter die Jugendbewegung leiten. Die Verpflichtung der Arbeiter über 18 Jahren, sich politisch und der jugendlichen Arbeiter, sich nach Möglichkeit gewerkschaftlich zu organisieren, bleibt unverändert bestehen.“

Für die Regelung der Unterstützung von Raifeier-Gemahregelten sollen in erneuten Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission folgende Grundsätze maßgebend sein:

1. Ueber die Arbeitsruhe wird nach zu vereinbarenden allgemeinen Grundsätzen, für die bei einigen Gewerkschaften bereits bestehende als Vorbild dienen, entschieden.

2. Den Gemahregelten wird die Unterstützung vom dritten Parteitag ab gezahlt, und zwar a) für sechs Tage aus lokalen Mitteln, die durch obligatorische Beiträge der am 1. Mai arbeitenden Organisierten, Sammlungen usw. aufgebracht werden; reichen die Mittel dieses Monats nicht aus, so sind die noch erforderlichen Summen am Orte auf die Parteiororganisation und die Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, angemessen zu verteilen; b) vom neunten Tag ab aus den zentralen Hauptkassen der Partei und der Gewerkschaften in angemessener Verteilung. Als angemessene Verteilung gilt die Zahlung der Unterstützung für die allein politisch Organisierten aus Parteimitteln, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus Gewerkschaftsmitteln und für die beiden Organisations Angehörigen von beiden Seiten zu gleichen Teilen.

3. Die Gewerkschaften werden ersucht, von Erhebung besonderer Beiträge für anderer Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

Die beiden letzten Anträge stehen im Widerspruch zu den Resolutionen, wie sie über diese Punkte zwischen Parteivorstand und Generalkommission vereinbart sind. Die Generalversammlung war aber hier eines Sinnes mit den Ausführungen des Genossen Haase, der erklärte: „Es ist gewiß sehr erfreulich, daß sich Parteivorstand und Generalkommission über Fragen, die Partei und Gewerkschaften gemeinschaftlich berühren, verständigen. Aber es wäre eine schlechte Praxis, wenn sich unser Parteitag, nachdem auch noch der Gewerkschaftskongress das Siegel unter jene Vereinbarung gesetzt hat, sich in seiner Entscheidung gebunden fühlen würde.“

Einmütig erfolgt auf Vorschlag der Königsberger Parteileitung die Wahl des Genossen Haase als Delegierter für den Nürnberger Parteitag.

Zwiftigkeiten im Wahlkreis Dortmund. Das Telegraphenbureau hier verbreitet über Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei Dortmund's Nachrichten, die die bürgerliche Presse übernommen und mit der sensationellen Ueberschrift „Kraus im roten Lager“ aufgeführt hat. Danach gegen eine Anzahl hervorragender Genossen Anträge auf Ausschluß aus der Partei gestellt sind, und zwar befinden sich darunter zwei führende Genossen vom Lande. Was diesem Streit zugrunde liegt, ist bis jetzt noch nicht zu erfahren gewesen, aber man darf wohl die Anfrage stellen: hängt die Geschichte etwa mit dem ständisch verfolgten, früheren Geschäftsführer Weder zusammen?

Auf diese Lebenswürdigkeit hohlerer Gegner antwortet die Dortmunder „Arbeiterzeitung“: Es beziehen allerdings zurzeit Zwiftigkeiten rein persönlicher Natur unter einigen Genossen des Landkreises Dortmund-Hörde. Diese Zwiftigkeiten, die mit prinzipiellen und tatsächlichen Parteiangelegenheiten nicht das allergeringste zu tun haben, verdrängen sich in der letzten Zeit zu der Artung auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes. Ob sich die Kreisorganisation hiermit beschäftigen wird, bleibt der am 23. dieses Monats stattfindenden Generalversammlung überlassen. In dieser, als der allein zuständigen Instanz wird von der die Öffentlichkeit nicht in geringsten interessierenden Angelegenheit Kenntnis gegeben werden.

Unsere Leser werden, daß die Affäre sich keineswegs in dem von der „Dortmunder Zeitung“ behaupteten Stadium befindet. — Mit dem früheren Geschäftsführer H. Weder von der „Arbeiterzeitung“ hat die ganze Sache nichts zu tun.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 8.	am 13. 8.	Wasserstand	am 14. 8.	am 13. 8.
Wemel, Aist	120	-1	Saale, Großh.	112	-6
Regel, Zusterburg	-5	+5	Saale, Spandau	42	-2
Weichsel, Döbeln	140	-4	Elbe, Rathenow	40	-2
Oder, Rastow	149	-13	Elbe, Sternberg	72	0
Elbe, Havel	144	+2	Elbe, Westum	81	-1
Elbe, Frankfurt	146	-8	Elbe, Müden	-24	-12
Elbe, Lauenburg	73	-7	Elbe, Müden	-14	+2
Elbe, Lauenburg	52	-13	Elbe, Magdeburg	440	-6
Elbe, Barmstedt	-22	+1	Elbe, Rauh	241	-10
Elbe, Lauenburg	-90	-10	Elbe, Rauh	247	+5
Elbe, Dresden	-107	-10	Elbe, Havel	54	+1
Elbe, Barmstedt	85	-1	Elbe, Havel	54	-
Elbe, Magdeburg	93	-5	Elbe, Havel	23	-1

+ bedeutet Waß, - Fall, -) Unterpegel.

*) Beigl. „Der Weg zum Licht“. Ein Wetztruf an die arbeitende deutsche Jugend“, von Max Peters. Buchhandlung Vorwärts. 2. Auflage. S. 5 und 6 des Vorworts von Paul Köhler.

Bitte aufbewahren!

Jede Sendung frisch hergestellt.

Apotheker A. W. Kumbier's

Drucksachen kostenlos.

Berliner Stahlbrunnen

enthält das Eisen — im Gegensatz zu den aus Vadeorten verfertigten Brunnen — in dauernd gelöster und leicht verdaulicher Form; ist frei von den Verunreinigungen der natürlichen Brunnen.

Er erzeugt guten Appetit, fördert die Verdauung, regt den Stoffwechsel an, verbessert das Blut.

Aus diesem Grunde bewährt sich derselbe nachweisbar seit über 22 Jahren ganz besonders gegen Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden aller Art, Schwäche, Kopfschmerz, Appetitlosigkeit, Erbrechen, Magen-, Leber-, Gallenkein-, Nieren-, Darm- u. Blasenleiden selbst allerhöchster Art, Abmagerung, Hals-, Kehlkopf- u. Luftröhren-Verstopfung, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofeln, Drüsenanschwellungen, leichten Lungenkatarrh, Atembeschwerden (Asthma), Schlaflosigkeit, Lähmungen, Rückenmarkleiden, unreines Blut, Flechten, Fettleibigkeit, Herzverfettung, Sterilität, Unterleibsleiden aller Art, Leiden der Wechseljahre, Hysterie, Epilepsie, Menstruationsstörung, Schwächezustände, Verhärtung des Blutes, Zuckerkrankheit.

Die Haustrinkkur mit „Berliner Stahlbrunnen“ ist zu jeder Jahreszeit ohne Berufsstörung, ohne strenge Diät und ohne Brunnenpromenade gleich wirksam; Misserfolg bei regelmässiger Durchführung der Kur ausgeschlossen.

Preise für Berlin: Füllung von 30 Fl. M. 10 prän. Füllung von 60 Fl. M. 18 prän. Füllung von 90 Fl. M. 25 prän. Füllung von 120 Fl. M. 30 prän. Anschließende Fortsetzung: 30 Fl. M. 8; 60 Fl. M. 15. Zustellung der Flaschen in Berlin (Stadtinneres) einzeln frei Haus, volle Flasche hin, leere zurück, ohne Pfand. Lieferung für Berlin (Stadtäusseres) und die näheren Bezirke (Gross-Berlin) zu demselben Preise frei Haus 30 Fl. zusammen, zusätzlich 10 Pf. Pfand pro Flasche. Nach auswärts: Kiste mit 30 Fl. frei zur Bahn M. 15, 2 Kisten zugleich M. 28 gegen Einzahlung oder Nachnahme des Betrages. Anschließende Fortsetzung: 1 Kiste M. 13. Für frankiert zurückgeschickte Kisten mit Flaschen werden je 4 M. vergütet.

A. W. Kumbier, Mineralbrunnenfabrik, Berlin NW, Marienstr. 30.

Gegründet 1885. Geschäftszeit: 9-1, 4-7 Uhr, Sonntags geschlossen. Fernsprecher: Amt III, Nr. 5031.

Erfolgsbestätigungen.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Mit Freuden teile ich Ihnen mit, dass ich durch Ihren Stahlbrunnen wieder arbeitsfähig geworden bin. Ich bin herz- und lungenleidend, und die Verdauung lag bei mir vollständig darnieder. Appetit hatte ich gar nicht mehr. Ich habe das Nachts oft nur eine Stunde geschlafen, und bei der geringsten Arbeit hatte ich Mühsal, es war also ausgeschlossen, dass ich auch nur leichte Arbeit verrichten konnte. Nachdem ich 4 Monate vom Arzt ohne Erfolg behandelt wurde, verlor ich Ihren Stahlbrunnen, den ich vor Jahren einmal wegen meines Herzleidens getrunken hatte, obwohl ich keine Hoffnung hatte, dass der Brunnen auch gegen meine Krankheit helfen könnte. Von dem Tag an, als ich den Brunnen zum ersten Mal getrunken, da merkte ich, wie der lästige Nachtschweiß nachliess und ich wieder Appetit zum Essen bekam; und so allmählich stellte sich auch regelmässiger Stuhlgang ein. Ihrem Stahlbrunnen verdanke ich es, dass ich jetzt wieder meiner Beschäftigung nachgehen kann ohne große Beschwerden. Der Blutdruck ist sämtlich vornehmlich, nur blühe ich mich mitunter sehr müde, doch hoffe ich, dass ich durch Ihren Brunnen noch weitere Fortschritte machen werde. Ich gestatte Ihnen, sehr geehrter Herr, von meinem Schreibe weigehendsten Gebrauch zu machen, damit allen ähnlich Leidenden Ihr Brunnen die Gesundheit zurückbringen kann. Zudem ich Ihnen noch die persönliche Biegung meines herzlichsten Dank ausdrücke, verbunden mit größter Hochachtung Berlin N, Equilstraße 4, IV, den 25. Juni 1908. Marg. Werschitzke.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Nachdem ich 120 Flaschen Ihres „Berliner Stahlbrunnen“ getrunken, teile ich Ihnen mit, dass mein Asthmaleiden, an welchem ich seit circa zehn Jahren litt, mit dem Brunnen fast ganz verschwand. Ich bin jetzt in der besten Gesundheit, die ich je erlebt habe. Ich bin sehr dankbar für die Biegung Ihres Stahlbrunnen, die ich vor dem Brunnen nicht vertragen konnte. Auch die Ausübung meines Berufes ist mir in dieser Hinsicht nicht mehr schwer. Es kann und muß ich denn, wenn ich offen sein will, wohl sagen, dass ich diesen meinen letzten Zustand, welcher meiner Familie auch so viel Freude bereitet, dem Gebrauche Ihres „Berliner Stahlbrunnen“ zuschreiben darf. Ich werde den Brunnen, wenn ich noch einige Monate pausieren darf, ganz bestimmt weitertrinken. Ich bin der Überzeugung, dass jeder Leidende, welcher Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ in regelmäßiger Weise betrunket, auf den Erfolg nicht zu warten braucht. Oblige Ihnen bitte ich Sie, in Ihren Anzeigen zu veröffentlichen, und erlaube Ihnen die unbeschränkte Ermächtigung dazu. Mit herzlichem Dank hochachtungsvoll Berlin N 12, Behmstr. 33, den 20. Mai 1908. F. Gerlach, Oberpostkammer.

Sehr geehrter Herr! Ich habe Ihren Berliner Stahlbrunnen gegen nervöse Störungen verschiedener Art (Folgen eines Unfalls) verbunden mit Appetitlosigkeit und häufigem Erbrechen, mit sehr gutem Erfolge angewandt. Auch ein damals bestehender Katarrh ist überaus günstig beeinflusst worden, und habe ich nach der Kur (3 Sendungen) eine Gewichtszunahme von 10 Pfd. zu verzeichnen. Ich fühle mich seitdem bedeutend wohler und habe ein viel gesünderes Aussehen als früher. Angehängt dieser Kur bringe ich Ihnen ein Foto, in dem ich vornehmlich 3 Sendungen zu tunen; ich bitte Sie hiermit gleichzeitig, mir zum Sonntag, dem 2. d. M., eine neue Sendung schicken zu wollen. Mit Hochachtung verbleibe ich Ihr dankbarer Paul Gaudat, Architekt. Berlin O 112, Niederbarnimstr. 14, IV, r., den 6. März 1908.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Ich bezeuge hiermit die Wahrheit gemäß, dass Ihr „Berliner Stahlbrunnen“ bei meinem schweren Leber- u. Gallensteinleiden wahrhaft überraschende Erfolge hervorgerichtet hat. — Vor 10 Jahren erkrankte ich an Gallensteinleiden, dass ich zeitweilig täglich mit den graulichsten Schmerzen verbundene heftige Krampfanfälle bekam. Meine Farbe war erdfarblich mit dunklen Schattungen unter den Augen, das trat Gelbsucht hinzu, so dass das Weisse im Auge gelb war. Die Behandlung mehrerer Ärzte nacheinander brachte mir keine Hilfe, nur Linderung auf kurze Zeit, auch im Krankenhaus erlitt ich solche nicht. Eine Operation sollte das einzige sein, das mir helfen sollte. Da mir aber ein solcher Versuch bei untrüglichen Schmerzen auch nicht in Aussicht gestellt wurde, so sah ich von der Operation ab und unternahm eine Kur mit Ihrem Stahlbrunnen, der mir von anderen Leidensgefährten warm empfohlen wurde, weil er ihnen grosse Erfolge gebracht hatte. Ich trank nun 4 Monate hintereinander Ihren Stahlbrunnen, er bekam mir vorzüglich, ich konnte wieder essen, verdauete wieder gut, kam wieder zu Kräften, die Schmerzen, denen nach, die Anfälle wurden seltener, auch weniger schwer.

und nach etwa 6 Wochen blieben dieselben ganz fort. Mein Leben wurde wieder ein gutes, und ich fühle mich seitdem wohl; ich habe bis heute keine Anfälle mehr gehabt, was ich jedoch bemerke, das ich um eine Viertelstunde vor dem Essen, wenn ich jedoch bemerke, dass 2 Jahre mit 90 Flaschen wiederholt habe. Nach diesen Erfolgen kann ich Ihren Stahlbrunnen allen ähnlich Betroffenen nur warm empfehlen, und gebe Gott, dass noch recht viele leidende Menschen durch den Gebrauch desselben ihre Gesundheit wiedererlangen werden. Ich habe auch in diesen Jahren eine Kur mit dem „Berliner Stahlbrunnen“ durchgemacht und habe wieder seine außerordentlich günstige Wirkung auch zur Beseitigung des Allgemeinleidens bemerkt. Ihre Ihnen sehr dankbare Frau Agnes Finster. Berlin, Theodorstr. 2, den 17. Dezember 1907.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Ich kann nicht umhin, Ihnen mitzutellen, dass ich mit Ihrem Stahlbrunnen bereits nach 14 Tagen guten Erfolg erzielt habe, alle ärztliche Hilfe war vergebens. Ich litt seit 3 Jahren an Zuckerkrankheit — hatte 7% Prozent Zucker — seit einem Jahre an schwerer Nierenentzündung, vorer furchtbar Elweiss. Als ich 14 Tage Ihren Brunnen getrunken hatte (alle Tage 4 Flaschen), war alles gehoben, und ich fühle mich kräftig und gesund. Ich habe vielen Leuten, welche dieselben Leiden haben, Ihren Brunnen warm empfohlen; denselben hat er ebenfalls gute Dienste geleistet. Meine Frau litt seit Jahren an nervösen Kopfschmerzen, auch an Rheumatismus; sie war so matt, konnte sich nicht mehr erheben. Sie hatte viele Ärzte zu Rate gezogen; diese haben ihr ja Linderung verschafft, sie aber nicht geheilt. Nun hat meine Frau zwei Monate Ihren Brunnen getrunken und ist wieder froh und munter und hat keine Schmerzen mehr. Das haben wir nur Ihrem Stahlbrunnen zu verdanken, der ja im Verhältnis viel billiger ist als Arzt und Medizin. Derselbe kann allen leidenden Menschen nur helfen; denn der Brunnen ist für alles gut. Wir sagen Ihnen, Herr Kumbier, unseren warmsten Dank dafür, wir sind wieder irrliebliche Menschen geworden. Hochachtungsvoll Martin Sporn und Frau. Berlin SW, Großbrennstr. 44, den 20. Oktober 1907.

Alle leidenden Menschen können sich persönlich bei uns erkundigen; wir haben alle 6 Wochen den Urin untersuchen lassen auf Zucker und Elweiss, aber nichts ist mehr vorhanden — ohne Diät zu halten. Nochmals besten Dank. Sehr geehrter Herr Kumbier! Meine Frau lagie häufig über Kreuz- und Kopfschmerzen und außerdem im schwangeren Zustande über Lähmung der Arme und Beine, ich über rheumatische Schmerzen und Atembelaustungen. Da wurde uns Ihr Berliner Stahlbrunnen von meiner Schwägerin, welche denselben schon jahrelang im Gebrauche hatte, empfohlen. Die Wirkung Ihres Stahlbrunnen blieb nicht aus; denn wir wurden von den quälenden Leiden befreit. Außerdem trank meine Frau den Brunnen auch als Wöchnerin; dies hat zu ihrer eigenen wie zur Stärkung des Kindes sowie zur Förderung des Stuhlganges beigetragen. Meine vierjährige Tochter liess ich den Brunnen wegen Appetitlosigkeit und Stuhlstopfung trinken, und blieb auch hier die Wirkung nicht aus. Einen Versuch mit Ihrem Berliner Stahlbrunnen kann ich nur dringend empfehlen. Zugleich kann ich Ihnen mitteilen, dass ein Kollege von mir, dem ich den Brunnen empfohlen habe, ebenfalls guten Erfolg gehabt hat. Fälle a. E., Volkmannstr. 10, II, r., den 14. April 1908. Hochachtungsvoll G. Falk.

Sehr geehrter Herr! Auf Ihre werbe langstge wegen meiner Krankheit kann ich Ihnen mitteilen, dass ich den Brunnen gegen Gicht, Rheumatismus, auch körperliche Schwäche trinke. Seit Oktober vor 4 Jahren lag die Krankheit damit an, dass ich eines Morgens steife Glieder hatte. Ich habe dann gebittet, habe Einreibungen und Bäder genommen, wurde aber immer schwächer, so dass ich zuletzt bald nicht mehr imstande war, die Treppen zu steigen; ich sah gelb und fahl aus und hatte nachts keinen Schlaf. Weisheiten vor einem Jahre lasen mir dann von Ihrem Brunnen; mein Mann kam zu Ihnen selbst und behandelte ihn, wusste auch von meiner Schwester, dass er dieser vor etwa 12 Jahren gut bekommen war gegen Schwäche und Blutarmut. Als ich dann 2 Literungen (60 Flaschen) getrunken hatte, fühlte ich mich schon bedeutend wohler, mein Aussehen wurde besser, und ich konnte dann im Sommer schon wieder kleine Spaziergänge mit meiner Familie machen. Bin ja nun wieder so weit, dass ich meine Wirtschaft besorgen, auch zeitweise meinem Mann beim Verdienen etwas beistehen kann. Auch in bezug auf den Stuhlgang ist es jetzt besser bei mir; während der Brunnen bei anderen vielleicht mehr zum Führen dient, war es bei mir das Gegenteil; ich musste vorher immer viel laufen, da die Verdauung wohl eben schlecht war, daher trug mich auch viel die Schwäche der. Ich kann den Brunnen nur allen ähnlich leidenden Personen sehr empfehlen. Hochachtungsvoll Frau M. Jänicke. Berlin, Watterstraße 12, den 3. September 1907.

Sehr geehrter Herr! Der Wahrheit muß ich die Gerechtigkeit tun und teile Ihnen ergebenst mit, dass ich mit Ihrem Stahlbrunnen sehr zufrieden bin. Ich danke bestens für die persönliche Zuführung. Erstaunt bin ich über den guten Erfolg und die Wirkung und kann allen ähnlich Magenleidenden Ihre Stahlbrunnenkur nur aufs wärmsten empfehlen. Zur Information über mein Magenleiden teile ich mit, dass ich seit über fünf Jahren an starkem Aufstoßen, Blähungen, wenig Appetit, wenig Schlaf und schwerem Stuhlgang gelitten habe. Erstaunt war ich über die sofortige Wirkung; schon nach der zweiten Flasche habe ich eine bedeutende Erleichterung empfunden, und nach dem Verbrauch von 60 Flaschen fühlte ich mich wieder wie neu belebt, gekräftigt und gesund. Behandlung von 5 verschiedenen Spezialärzten für Magenkrankheiten, die mit wiederholten qualvollen Magenuntersuchungen verbunden waren, hat mir keine Besserung gebracht, trotzdem ich als leibhaftiger Mann sehr solide und diät lebte, Wein, Bier, Spirituosen und schwer verdauliche Speisen nicht zu mir nahm und wenig esse und trank. Dagegen hat Ihre so angenehme häusliche Stahlbrunnenkur mir geholfen, so dass ich mich wieder vollständig wohl fühle. Der „Berliner Stahlbrunnen“ hat bei meinem Leiden wie ein Wunder gewirkt. Ich habe mich infolge Vertrauen zu Ihrem Fabrikate entschlossen, noch weitere 60 Flaschen zu trinken, um die Wirkung zu einer um so nachhaltigeren zu machen. Mit bestem Danke hochachtungsvoll St. Petersburg, Waler. Berlin NO, Silesenstr. 2, I, den 12. November 1907.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Unterrichtet über meine Krankheit vom H. B. Dr. bin ich sehr dankbar, Ihnen die Art meines Leidens, bei welchem mir Ihr Stahlbrunnen so vorzügliche Dienste getan, mitzutellen. Ich litt an hartnäckiger Stuhlstopfung, hatte oft 4-5 Tage lang keinen Stuhlgang, dazu Kopfschmerzen u. Ohrensausen ferner litt ich an Verdauungsstörungen; beim oder vielmehr während des Essens hatte ich kolossalen Appetit, wahren Hitzschauer, eine Stunde nach dem Essen dann fortwährende Magenbeschwerden, ein Gefühl, als wenn ich einen heißen, schweren Stein im Magen hätte, verbunden mit heftigem, heissem Aufstoßen; dass war der Leib in der Magenregion angeschwollen. Ferner hatte ich sehr an Schlaflosigkeit zu leiden. Schon nach dem Gebrauche von 15 Flaschen Ihres Stahlbrunnen verspürte ich Besserung; nach fast zwei Wochen der Gebrauch von schon 30 Flaschen wieder hergestellt, was ich Ihnen hiermit dankbar bezugehen kann, Essen und Trinken schmeckt, und schlafen kann ich auch sehr gut. Ich werde Ihre Gelegenheit wahrnehmen, Ihren Stahlbrunnen bei Kollegen und Bekannten zu empfehlen. Hochachtungsvoll Fr. Hensehke, Berlin, Köpenickerstr. 5, den 21. November 1907.

Sehr geehrter Herr Kumbier! Ueber den bisherigen Erfolg der Kur folgendes: Ich bin sehr zufrieden. Das erste, was sich einstellte, war ein kräftiger Appetit. Dann ich fühlte mich dem Brunnen, vermehrte ich dann infolge der Spannung zu essen. Jetzt habe ich einen wahren Hitzschauer. Früher litt ich stets an kalten Händen und Füßen; jetzt sind Hände und Füße warm, und die Empfindlichkeit gegen Witterungseinflüsse hat sehr nachgelassen. Dazu erweise ich mich jetzt auch einer besseren gestrigen Frische, einer allgemeinen Kräftigung, eines bessoren Aussehens. Magenbeschwerden habe ich durch den Brunnen nicht gehabt; der Stuhlgang wurde gut geregelt. So kann ich mit gutem Gewissen sagen: Ihre Versprechungen haben sich erfüllt. Ich habe auch schon Gelegenheiten genommen, den Brunnen weiter zu empfehlen. Mit Ihnen bedingt empfehle, geizig Ihr erp. Otto Seiffert, Lehrer. Schönberg, den 30. Juni 1907.

Derselbe Herr schreibt auf die Bitte um Erlaubnis dazu, am 2. Juli 1907: Sehr geehrter Herr! Ich gestatte Ihnen gern, meinen Dank für die Veröffentlichung; denn das darin Gesagte sind Tatsachen. Hochachtungsvoll O. Seiffert. Sehr geehrter Herr! Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich Ihr „Berliner Stahlbrunnen“ den ich bisher in drei Wiederholungen gebraucht, so wirklich vorteilhaft bei mir bewährt, dass ich denselben einem Verwandten gegen ein Magenleiden bestens empfehlen konnte, worauf mir eine gleich gute Wirkung auch in diesem Falle ganz bestätigt wird. Ich habe beim andauernden Gebrauche des Brunnen eine ganz wesentliche und offensbare Besserung meines durch „nervöse Magenkrankheit“ sehr beeinträchtigten Allgemeinbefindens veraport. Gegen früher ausgeprägte Unlust zum Essen empfand ich bald einen Ausserat gegen Appetit; der Stoffwechsel wurde regelmässig, und in merklich weitausgehender Weise wirkte der Brunnen auch auf die Nierenstätigkeit ein und schaffte mir allgemein eine seither langentbehrte Ruhe in den Verdauungsorganen. Ihr Stahlbrunnen erscheint für mich also als das Mittel, mir Wohlbefinden zu schaffen und zu erhalten, und ich werde denselben stets gern gebrauchen. Hochachtungsvoll G. Hasenbark. 20. August 1907. O. Wirthstr. 44. Herrn H. B. Kumbier, Marienstr. 30. Auf Ihre Anfrage vom 2. März d. J. teile ich Ihnen höflich mit, dass mir Ihr Stahlbrunnen, welchen ich seit sechs Monaten infolge meines nervösen Magen- und Darmleidens trinke, sehr gut bekommt und sich mein Leiden bedeutend gebessert hat, was ich dem regelmässigen Trinken des Brunnen zuschreibe. Ich möchte Sie bitten, mir noch eine Sendung von 30 Flaschen möglichst bald zuschicken zu wollen. Hochachtungsvoll Frau Lamia. Ropenburger Str. 11, IV, den 1. Mai 1908. Herr Herr Kumbier! Bitte Sie höflich, die 30 leeren Flaschen abholen zu lassen. Ihr Stahlbrunnen hat mir für Blasenkatarrh sehr gute Dienste getan, wofür ich bestens danke. Hochachtungsvoll Carl Thilo. Berlin O, Scheelstr. 13, den 22. August 1907.

Viele weitere Originalaufschreiben aus neuerer und neuester Zeit liegen zur Einsicht bereit.

Herbstoli - Raucher! Von einer Seite wird die falsche Nachricht verbreitet, daß unsere Arbeiter streiken. Wir erklären, daß dies eine Lüge ist und daß Differenzen mit unseren Arbeitern überhaupt nicht bestehen. Zigarettenfabrik Herbstoli.

Paul Littins Restaurant und Festsäle Memeler Str. 67. Fernsprecher Amt VII 1075. Empfehle den geehrten Vereinen Saal mit Bühne sowie Tunnel für Sonnabende und Sonntage im Herbst und Winter. 39962* Hochachtungsvoll Paul Littins.

Rauchen Sie Phänomenen Cigaretten! Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

A. WERTHEIM

WÄSCHE

Damenhemden 2 Mk., 2.10, 2.85 Mk.
 Achselchluss mit Besatz oder Stickerei
 Damenhemden 2.10, 2.50, 3 Mk.
 Achselchluss mit handgestickten Madeira-Passan
 Damenhemden Achselchl., Fason-2.65, 2.85 Mk.
 achmitt mit Stick.
 Untertaillen mit Stickerei-Vorderteil 85 Pf.
 Beinkleider kurze Form mit Stickerei-Volsat von 1.65 bis 2.65 Mk.

Garnituren.

Damenhemden 2.75 bis 3.85 Mk.
 mit Stickerei-Ein- und Ansatz
 Beinkleider dazu passend 2.20 bis 4.50 Mk.
 Damenhemden mit Stickerei und Spitzen- 5.60 Mk.
 Einsätzen reich garniert
 Beinkleider dazu passend 5.60 Mk.
 Nachthemden dazu passend 8.25 Mk.

Nachtjacken Renforcé mit Stickerei 2.30, 2.85 Mk.
 Nachtjacken Renforcé mit Stickerei, 3.10 Mk.
 halbfrei
 Nachthemden Renforcé mit Stickerei 4.65 Mk.
 Nachthemden 3.50, 5.40, 6.50 Mk.
 Renforcé mit Stickerei, halbfrei
 Weisse Barchent-Röcke 2.50, 2.75 Mk.
 mit Stickerei

Weisse Barchent-Röcke mit Langetten 1.90 Mk.
 Weisse Stickerei-Röcke 6.75, 8.50 Mk.
 mit Ein- und Ansatz

Deckbettbezüge Louisi- 3.65, 3.95 Dimiti 5.45
 anastuch
 Kissenbezüge Louisi- 1.05, 1.10 Dimiti 1.60
 tuch
 Daulas-Bettlaken
 Größe ca. 150x200 2.10 150x225 2.35 160x225 cm 2.75 Mk.

Damenhemden Achselchluss mit Stickerei, 1.90 Mk.
 in verschiedenen Fassons

TASCHENTÜCHER

Batist-Taschentücher Dtz. 1.90, 2.90 Mk.
 mit Hohlsaum und farbiger Borte
 Reinlein. Taschentücher Dtz. 3.60, 4.50 Mk.
 mit Hohlsaum
 Reinleinene Taschentücher 3.60 Mk.
 mit Hohlsaum, 1/2 Dtz. im Karton
 Reinlein. Taschentücher Dtz. 4.50, 5 Mk.
 feinfädige Qualität
 Reinleinene Taschentücher 3.25 Mk.
 mit handgestickten Buchstaben, 1/2 Dtz. im Karton
 Schweizer Batist-Taschentücher
 gestickt, 1/2 Dtz. im Karton 1.65, 2 Mk.

Schweizer Batist-Taschentücher
 gestickt Stück 40, 65 Pf.
 Herren-Taschentücher Dtz. 3.60, 4.50 Mk.
 mit Hohlsaum und Seidenglanz, buntkantig
 Seidene Spitzen-Taschentücher
 Stück 45, 60, 95 Pf.
 Seidene Taschentücher Stück 50, 85 Pf.
 mit Hohlsaum, farbig
 Kinder-Taschentücher Dtz. 1.30 Mk.
 mit farbiger Borte
 Kinder-Taschentücher Dtz. 1.80 Mk.
 mit gestickten Buchstaben

Ein großer Posten
Valencienne-, Tüll- und Spachtel-Stoffe,
Tüllspitzen und Einsätze
 bedeutend unter regulären Preisen.

HANDARBEITEN

Garnitur „Stelermark“
 Decken mit Hohlsaum, vorgezeichnet 1.25 Mk.
 Läufer mit Hohlsaum, vorgezeichnet 1.50 Mk.
 Tablettecken mit Hohlsaum, vorgezeichnet 28, 33 und 45 Pf.

weiss, Garnitur „Richelleu“
 Tischdecken fertig 2.75 Mk.
 Tischläufer fertig 2.90 Mk.
 Tablettecken fertig 70 Pf. und 1 Mk.

Ein großer Posten
Läufer und Decken auf Russisch Leinen mit doppelten
 Hohlsäumen, vorgezeichnet 1.60 Mk.

Läufer und Decken auf Aidastoffen, abgepaßt
 besonders preiswert.

Ein Posten

Damen - Paletots

engl. melierte Stoffe 7 Mk.
 früherer Wert 10—15 Mk.

Ein Posten

Damen - Gürtel

Gold-Gummiband, glatt und gemustert

95 Pf. 1.65, 2.45

SCHÜRZEN

Tändelschürzen weiss Etamine 45 Pf.
 türkisch gemustert 85 Pf. modelfarbig, mit Spitze 1.25 Mk.
 Tändelschürzen mit Träger, mode Satin mit Besatz 95 Pf.
 weiss mit Stickerei 1.25, türkisch gemust. 1.45 Mk.
 mode Satin mit Spitze 1.75, weisser Batist mit Spitzen 2.60 Mk.
 Farbige Miederschürzen
 Gingham 1.45, Hausmacher-Gingham 1.85 Mk.
 meliert Gingham 2.50 Mk.
 Reformhänger Gingham 1.90 Mk.
 Kretonne m. Besatz 2.10, Hausmacher-Gingham 2.90 Mk.
 Kimono-Schürzen
 Kretonne 3.50, türkisch gemust. 4.75 Mk.

KORSETTE

Langhüftige Korsette
 grau Satin, mit 2 Strumpfhaltern 1.95 Mk.
 grau Drell 3 Mk.
 geblümt, mit 4 Strumpfhaltern 3.50 Mk.
 grau Drell, mit 4 Strumpfhaltern 4.75 Mk.
 Gürtel-Korsette grau Drell 1.40 Mk.
 geblümt 1.95, creme Satin 2.20 Mk.
 Empire-Korsette
 geblümt, mit 2 Strumpfhaltern 2.75 Mk.
 geblümt Stoff 3.40 Mk.

Weintrauben Kiste ca. 8 Pfund 1.40 Mk.

Pfirsiche Pfund 30 Pf.

Tafelbirnen Pfund 18 Pf.

Tomaten Pfund 8 Pf.

In der Lebensmittel-
 Abteilung, soweit
 der Vorrat reicht:

Recht gesetzl. geschützt.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 15. August.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus wird am Montag, den 17. August, der zehnte Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands eröffnet. Der Delegierten hat eine reiche Arbeit, umfasst doch die Tagesordnung nicht weniger als 18 Punkte. Unter diesen sind neben den Geschäftsberichten die wichtigsten: Die Entwicklung der Tarifverträge in unserem Beruf; Stellungnahme zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung; die Agitation in der Wäscheindustrie; Generaledebatte über die zum Statut gestellten Anträge. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen eine fast endlose Zahl von Anträgen vor. Zur Tagesordnung selbst beantragen die Filialen Bremen, Klost und Wilhelmshaven, die Frage der Gründung eines Industriebundes mit zur Beratung zu stellen. Mit dem Abschluss von Tarifverträgen befasst sich 13 Anträge. Nicht Filialen beantragen „Der Verbandstag wolle die Uebernahme der Tarifverträge durch die Hauptvorstände ablehnen.“ Diese Mitgliedschaften sind der Ansicht, dass es heute noch ein Umding sei, die Verantwortung über Hunderte von Tarifverträgen, die in ihrem Inhalt noch sehr verschieden sind, von einer einzigen Zentralinstanz zu übernehmen. Jeder Filiale solle es freigestellt sein, eventuell Tarifverträge mit den Arbeitgebern am Orte selbst abzuschließen. Mit den Abmachungen des Hauptvorstandes und des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes sind viele Mitglieder nicht einverstanden und wird eine Aenderung der Vereinbarungen beantragt. — Eine größere Debatte wird voraussichtlich der Punkt Einführung einer Arbeitslosenunterstützung von besonderer Bedeutung, weil die Schneider Saisonarbeiter sind und mit den eigenartigen Verhältnissen — Heimarbeit usw. — in ihrem Berufe rechnen müssen. Einem Beschlusse des Dresdener Verbandstages im Jahre 1904 nachkommend, hat der Hauptvorstand eine Vorlage für eine einstufige Arbeitslosenunterstützung ausgearbeitet. Er beantragt, im Falle der Erwerbslosigkeit, je nach Dauer der Mitgliedschaft, 6 bis 10 M. für männliche und 3 bis 5 M. Unterstützung pro Woche für weibliche Mitglieder. Die Beiträge müßten bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung bedeutend erhöht werden. Der Vorstand beantragt bei der Einführung eine Beitragserhöhung um 25 bezw. 15 Pf. Bei den Mitgliedern ist anscheinend ebenfalls wie beim Vorstand keine große Sympathie für die Einführung vorhanden. Nur 3 Mitgliedschaften beantragen sie; ebenfalls beantragen aber auch, die Einführung abzulehnen resp. vorläufig abzulehnen. — Eine Beitragserhöhung wird wohl aber auch kommen, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt wird. Außer dem Vorstand haben 42 Filialen beantragt, den Beitrag zu erhöhen. Davon wünschen 18 einen Staffelpbeitrag und 24 eine Erhöhung des Einheitsbeitrages. Fünf Filialen haben sich gegen eine Erhöhung des Beitrages erklärt. Die beantragte Beitragserhöhung bewegt sich zwischen 5 und 15 Pf. pro Woche (mit Ausnahme des Vorstandsantrages bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung). Die Einführung einer Steuerunterstützung wünschen 15 Filialen, und haben diese Anträge Aussicht auf Annahme. Von Allgemeininteresse ist noch ein Antrag Düsseldorf, der besagt: „Bei Maßregelung wegen

Teilnahme an der Meißener zählt die Hauptkasse die Unterstützung in der Höhe der Streikunterstützung.“

Der Geschäftsbericht

liegt gedruckt vor. Er beginnt mit einer historischen Schilderung der Entwicklung des Verbandes. Bei Zusammentritt des Verbandstages sind gerade 20 Jahre seit der Gründung des Schneiderverbandes verstrichen, und der zehnte Verbandstag beginnt seine Verhandlungen an demselben Jahrestag, an dem 1890 in Galberstadt der erste Verbandstag eröffnet wurde. In diesem zwanzigjährigen Werdengang hat sich der Verband gewaltig ausgedehnt und an Macht gewonnen. Zählte er am Jahresabschluss 1888 3470 Mitglieder, so am Ende des Jahres 1907 32 631 männliche und 7640 weibliche, insgesamt 40 271 Mitglieder. Der Geschäftsbericht erstreckt sich über die Geschäftsperiode vom 1. Juli 1906 bis zum 30. Juni 1908. In dieser Zeit schlossen sich dem Verbands Berliner Schneidervereinigung und der Verband der Wäschearbeiter an. Seine Haupttätigkeit mußte der Vorstand in der Berücksichtigung des Streiks und Lohnbewegungen widmen. In der Berücksichtigung fanden insgesamt 169 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 20 368 Beteiligten statt. Diese wurden sämtlich erfolgreich durchgeführt und erreichte man für 838 Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung um 5220 Stunden, oder für eine Person um rund 5 1/2 Stunden. Eine Erhöhung des Arbeitslohnes wurde für 20 368 Beteiligte um 46 229 M., oder für eine Person um 2,26 M. pro Woche erzielt. Angriffstreiks wurden 56 inszeniert und davon 45 erfolgreich durchgeführt. Es beteiligten sich an ihnen 5316 Personen und wurde für 785 Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung um 2514 Stunden und für 3261 Beteiligte eine Arbeitslohnerrhöhung von 7800 M. pro Woche errungen. Abwehrstreiks und sonstige Lohnbewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen fanden 7 mit 3198 Beteiligten statt. Für 3173 Personen wurde dadurch eine Lohnverschlechterung um 3293 M. pro Woche abgewehrt. Die Zahl der Ausperrungen betrug 56 mit 11 783 Beteiligten, und endeten sämtliche mit einem Erfolge des Verbandes. Für 4225 Personen wurde dabei eine wöchentliche Erhöhung des Arbeitslohnes um 8450 M. erzielt.

Tarifverträge wurden im Jahre 1907 122 abgeschlossen. Am 1. Januar 1907 bestanden 136 von dem Verbands abgeschlossene Tarife für 4790 Betriebe mit 44 202 Personen, und am 31. Dezember 1907 217 Tarife für 6395 Betriebe mit 55 044 Personen. Im Jahre 1908 (bis 30. Juni) wurden 94 Tarife abgeschlossen, darunter 50 erstmalige Tarife. Am 30. Juni 1908 bestanden 276 Tarife für 7579 Betriebe mit 59 050 Personen. Und zwar beziehen sich diese Tarife auf folgende Branchen:

Table with 2 columns: Branch (e.g., Herrenmaß- und Uniformbranchen, Herrenkonfektion, Damenschneiderei, Korsettbranche) and Tarifs (244, 17, 14, 1). Total: 244 Tarifs für 7154 Betriebe mit 40 918 Pers.

Der Kassenbericht schließt mit einem Saldo von 168 061,31 M. mit 1 285 133,14 M. Einnahmen und 1 117 071,83 M. Ausgaben ab. An Beiträgen wurden 926 326,90 M. vereinnahmt. Von den Ausgaben heben wir hervor: Sachgeheim für Schneider 68 236,75 M., Reiseunterstützung 29 378,53 M., Krankenunterstützung 121 891,49 M., Lohnbewegungen im eigenen Beruf 474 437,70 M., Agitation rund 28 000 M., Unterrichtskurse 2240,80 M. Ein Vergleich des Kassenberichts mit dem für die vorhergehende Geschäftsperiode zeigte eine Steigerung der laufenden

Einnahmen um 423 245,86 M. Die laufenden Ausgaben haben eine Steigerung um 356 793,48 M. erfahren. Die Mehrausgabe für Lohnbewegungen betrug allein 193 644,72 M.

Internationale Beziehungen werden mit fast allen Bruderorganisationen unterhalten. Für die reisenden Kollegen ist durch die Wegensseitigkeit der Unterstützung namentlich auf der Reise manche Verbesserung geschaffen worden. Auch die Vereinfachung der Mitgliedsbücher, Beitragsmarken usw. hat in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht, so daß die Bücher beim Ueberfahren der Landesgrenze nicht mehr umgetauscht zu werden brauchen, wie dies bei anderen Verbänden der Fall ist. Besondere Vorzüge wurde getroffen, daß bei stattfindenden Kämpfen Arbeitswillige und Streikbrecher ferngehalten werden. Es dürfte nun den Streikbrecheragenten nicht mehr so leicht fallen, für Ausperrte und Streikende Ersatz aus dem Auslande herbeizuschaffen. — An den Verbandstag schließt sich eine Internationale Schneiderkonferenz, die einer weiteren Ausgestaltung der internationalen Beziehungen die Wege ebnet wird.

Versammlungen.

Der Verein Berliner Hausdiener, Vertretungsstelle I des Deutschen Transportarbeiterverbandes, hielt seine Generalversammlung am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause ab. Der Vorsitzende Boppeler gab in seinem Verwaltungsbericht die Liste der Versammlungen und Sitzungen der Kommissionen usw. bekannt. Es fanden unter anderem 10 Vorstandssitzungen, 60 Betriebsbesprechungen und 17 Verhandlungen in dem zweiten Quartal dieses Jahres statt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Einnahme betrug 86 312,46 M. (inkl. Bestand von 57 755,21 M. am 1. April 1908). Die Ausgabe betrug 85 864,89 M. Wirtin bleibt ein Bestand von 50 447,57 M. am 30. Juni 1908.

Die Hauptkasse zahlte im Laufe des zweiten Quartals 1908 an 40 Pf. zahlende Mitglieder folgende Unterstützungen:

Table with 2 columns: Support type (e.g., Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenzuschussunterstützung, Krankenunterstützung) and Amount (e.g., 8578,10 M., 2180,85 M., 2466,20 M.). Total: Summa 15052,75 M.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied S. Henede wegen unolidarischen Verhaltens bei der Meißener und den sich daraus ergebenden Differenzen. Ebenso wurde das Mitglied Jengler ausgeschlossen wegen unwürdigen Betragens gegenüber seinen Arbeitskollegen, die durch seine Schuld in ihren Stellungen geschädigt wurden. Nach genauer Prüfung aller Umstände sah man sich zum Ausschluß gegen diese Mitglieder genötigt.

Der folgende Antrag fand die Zustimmung der Versammelten: „Diejenigen Mitglieder der Verwaltung I, welche 50 Pf. Wochenbeitrag zahlen, erhalten einen örtlichen Zuschuß zur Streik- und Maßregelungsunterstützung, und zwar nach einer Mitgliedschaft von 6 bis 20 Wochen 1 M., bis 104 Wochen 2 M., nach mehr als 105 Wochen 3 M. pro Woche.“ — Die Beitragsleistung von 50 Pf. ist freiwillig und ausdrücklich beantragt von den Handtuchfahrern.

Advertisement for JOSETTI VERA m. Mundstück CIGARETTEN. Includes illustration of people smoking and a dog. Text: Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN neuerdings auch mit Mundstück hergestellt. Josetti-Vera m/M. 10 St. 30 Pfg.

Advertisement for Dampferfahrten von der Waisenbrücke. Includes illustration of a steamship. Text: Täglich außer Sonntag nach Voigts Krampenburg (Berliner Alpen). Jeden Montag u. Donnerstag nach Hessewinkel und Delbeshof.

Advertisement for Pradhinderwagen. Includes illustration of a baby carriage. Text: Versteht sich selbständig auf- u. niedernehmend, erhalt. Sie elegant zum Fahrpreis. 10 Proz. Rabatt direkt von d. Kinderwagenfabrik Jul. Treßler in Grimma 134

Advertisement for Industrie-Fest-Säle. Text: Beuthstraße 20 Tel.: I, 1722. Beuthstraße 20. Hermann Götz.

Advertisement for Bestes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder! Includes illustration of a bicycle. Text: Rein Loden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Large advertisement for Baer Sohn. Includes illustrations of men in suits. Text: Einsegnungs-Anzüge. Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw. Prüfungs-Anzüge. moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. Baer Sohn. Chausseestrasse 29-30 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Für den Inhalt der Anzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Cyprienne.
Luftspiel in 3 Akte v. Sardou u. Rajas.
Montag: Frau Warrens Gewerbe.

Neues Theater.
Wiedereröffnung!
Abends 8 Uhr:

Baccarat.
Morgen u. folgende Tage: Baccarat.

Kleines Theater.
Sonntag, den 16. August cr.,
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Wolf-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: **Der Floh im Ohr.**

Metropol-Theater
Zum 322. Male:
Das muß man seh'n.
Nouve in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. Schauspielhaus, 8 Uhr.
Sommerpielzeit. Leitung v. G. W. P. H.
Sonntag, den 16. August 1908:
Die Diebin. (Rech. Fleckna.)
Sensationsdrama in 4 Akten von
G. R. S. de Lefan.
Montag: Ein Radenwater.
Dienstag: Die Diebin.

Theater des Westens.
Abendbühne 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

Luisen-Theater.
Sonntag, den 16. August 1908,
abends 8 Uhr:

Suse.
Täglich: Suse.
Sonntag, den 16. August, nach-
mittags 3 Uhr, zum erstenmal: **Das Schloß am Meer.**

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Reinfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerrevue.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung, Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Morgen, Montag, d. 17. August:
**Eröffnungs-
Vorstellung.**

The Zanzig — Joseph Josephi, Sänger
— Ephraim Thompson, dressierte
Elephanten — Okabe, Japaner-
Truppe — Olo 5 Mowatta, Kenlen-
Jongleure — Die 12 Tiller Girls,
Engl. Gesangs- u. Tanztruppe —
Cornelia und Eddie, Amerikanische
Excentrics — Der Zukunftspreis,
großes Rennbild — Karl Hertz,
Zauberer — Boyer de Lafory,
franzö. Sängerin — Der Biograph.

Parodie - Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria - Rustikana und
die urkomische Parodie
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Heute zwei Vorstellungen.
Nachm. 3—7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8—11 Uhr.

BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen,
aus Unglaubliche greifenden
Gedankenübertragungen.
Das großartige August-Programm!
Grote Gallus, Fritz Staidl usw. usw.

Schiller-Theater.
Ballner-Theater) Motiv-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen:
Die Zauberröste.
Große Oper von S. A. Rejart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.
Große Oper in 5 Akten von
Giacomo Meyerbeer.
Montag, abends 8 Uhr:
Sinfonie **Heinrich Büchel:**
Der Troubadour.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Fallissement.
Schauspiel in 5 Akten von
Hjörntjerne Björnson.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.
Schwank in 3 Akten v. D. W. W. und
Gustav Kadelburg.
Montag, abends 8 Uhr:
Phyllister. Hierauf: **Die Lore.**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Von der Zugspitze
zum Watzmann.**
Montag 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdigerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Heute Sonnabend: **Letztes Auftreten der
heiligen Dsungusen.**
Morgen Sonntag: **Erstes Auftreten
des Illusionisten Goldini.**
Ohne Extra-Entree. X X X Vereinsbilletts: halbe Preise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Belungünst. Witterung i. Theater.
Großes Progr. Dress. Elefanten.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. d. Gartenfong. 5 Uhr. Al. Fr.

**Apollo
Theater**
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-
Novitäten.
9 1/4
Vera Violetta.
Baudenke-Operette von Ed. Eddler.
10 1/4: **Grat Zepellin** auf seiner
großen Fahrt.
Ab 7 1/2 Uhr: Konzert im Theatergarten.

Reichshallen-Theater
Täglich:
**Stettiner
Sänger.**
Anf. Wochenab. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: **Militär-Konzert.**

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Heute Sonntag: **50 Pf.**
Eintritt:
Kinder unter 10 Jahren d. Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Dopp.-Konzert
Morgen, sowie täglich:
Gr. Militär-Konzert.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Dramenstr. 10.
Angeklagt!
Schauspiel in 7 Akten.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Während u. n. der Vorh.: **Tanz.**
Morgen und folgende Tage: **Angeklagt!** — Donnerstag: **Benefit**
Rothow-Dogall: **Anna-Pfeife.**

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
**Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff**
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
**Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanzfräulein.**
Einakter, Ensemblestücken.
Musik. Vorträge in Wort
und Lied usw.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen:
**Große Glitz-Soiree.
Tanz.**

**Schweizer
Garten.**
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend **Berliner Leben.**
10 Uhr:
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Jeden **Kindersunderfest.**
Volksbelustigungen. Kinetograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

**Max Kliems
Sommer-Theater.**
— Hasenheide 13—15. —
Kritische Leitung: Bernhard Lange
Täglich: **Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwoch: **Kindersfest.**
Donnerstag: **Glitz-Tag.**

Brunnen-Theater
Bodstraße 68. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
**Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.**
Bollini Truppe Kurt Ellis
The 5 Violettes Powell and Powell
Adolf Hartley.
Eröffnung 9 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40-jähriges
Jubiläum von Karl Köder.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: **Ob Regen!**
Das neue und beste Programm Berlins.
Die größte u. beste Raubtiergruppe d. Gegenwart. Gebr. Bügler.
10 Löwen und 8 Bären.
Anfang 3 Uhr. Entree Wochenab. 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg
Roederstr. 11-13. Die breite Kocherstraße verbindet Land-
berger Allee mit der Stadt Lichtenberg.
25 000 Personen fassend. 11 000 qm großer See.
Jahresverbindungen ab Alexanderplatz: Linien 68, 64, 65, 66, 67, 68,
69, 70, 71, 75, 81.
Heute sowie **Gr. Konzert** (sonnt. um 5 1/2, u. 9 1/2
jeden Sonntag: **Gr. Konzert** Uhr: **Aufftreten der
besten Turmseilkünstler der Welt** J. H. Liopoli u. Miss
Mary im Brillant-
Favorwerk.
Grewini's Totenzahnfahrt über den See.
Erstklassiges Spezialitäten-Theater und Ball.
15 Ruderboote. X Nischen-Kassette. X Bier verdeckte Regelbahnen.
Volksbelustigungen. — Anfang 3 Uhr. — **Theater frei.**
Bei unangenehmem Witterung **Tanz** für 6000 Personen.
Entree 20 Pf., Kinder unter 12 Jahren in Begleitung Erwachsener frei.

**Restaurant
Gewerkschafts-
haus.**
Engelster 15.
Menu 75 Pf.
Heute Sonntag:
Rocturleuppe.
Selbstbrot mit Champignonsoße oder:
Blumensohl mit Schmelz.
Kinderfrühstück oder Schinken
in Burgunder.
Kompott oder Salat.
Abends:
50 Pf. Stamm 50 Pf.
Montag:
Kaiserschlamm m. Estragolparfüm.
Dienstag: **Eggschinken** Goulasch.
Mittwoch: **Kaiserschlamm** in Bier.
Donnerstag: **Ungarisch** Kotelette.
Freitag: **Waldschinken** mit Meerrettich-
soße und Röhre.
Sonnabend: **Pöckelsteiner** Fleisch.
R. Augustin.

**Charlottenburg,
Volkshaus, Kolonnen-
straße 3.**
Jeden Sonntag: **Gr. Mittagstisch**
a. 60 Pf., reichhaltige Abendkarte.
Jeden Donnerstag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 15 Pf.
* **Ad. Bartsch, Deconom.**

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

**Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.** Vorverk.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

**Das kommt
davon!**
mit dem Vorspiel:
**Es lebe das
Nachtleben.**
Komödie in 3 Akten von Anton
und Donat Herrnfeld.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Heute:
**Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Der Desperado.**
Sturz durch die Luft aus einer Höhe
von 6 Etagen, ausgeführt von Matr.
Morton, dem wirklichen Gadin II.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Gau 9. — Provinz Brandenburg.
Gau 9. Gau 9.
Sonntag, den 16. August 1908,
im Moabiter Schützenhaus, Plötzensee:
Gau-Sportfest
Doppel-Konzert. * Gesang
ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Gesangvereins
„Vereinte Sangesbrüder von Moabit“ (M. d. A.-S.-B.).
Auftreten der Volkssängergesellschaft Lewandowsky.
Kunst-, Duett- u. Reigenfahren der Bundesvereine.
Kinderbelustigungen:
Kinder erhalten am Eingang zwei Bons zur beliebigen Benutzung des
Karussells oder Luftschaukel und eine Stocklaterne gratis. — Um 9 Uhr:
Kinder-Polonäse. 12/18*
Im Saale **Großer Ball.** Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 12 Uhr.
Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Es ladet freundlichst ein **Der Gauvorstand.**
Fahrgelegenheit: Nordring, Station Beusselstraße. — Straßenbahnlinien:
Nr. 11 und 12 bis zum Festlokal, Nr. 6, 8, 9, 10 und 14 bis Beusselstraße.

**Schwarzer
Friedrichsberg**  **Adler**
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnold. Fernagr. Friedrichsberg No. 3.
Jeden Sonntag:
Gr. Künstler-Konzert und Gr. Spezialitäten-Vorstellung
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Jeden Mittwoch:
Gr. Militär-Konzert ausgeführt von der Jugendwehr und
Soiree der Apollo-Sänger.
Anfang 8 Uhr. 3528L*

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/6*
Täglich abends 8 Uhr: **Große Vorstellung.**
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wechentag ab 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Am **Sonnabend, den 22. August 1908** findet zu Ehren des 25jährigen Wiederbestehens der Zahlstelle Berlin eine

Jubiläumsfeier

im großen Saale der **Brauerei Friedrichshain** (früher Lippes) statt.

Großes Künstler-Konzert

ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester, Kapellmeister **M. Fischer**, unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Nord“ (Al. d. A.-S.-B.), Dirigent Herr Koblenz.

Auftreten des beliebten Berliner Uk-Trio.

gehalten vom Reichstagsabg. Kollegen **H. Molkenbuhr**. Nach dem Konzert: **Großer Sommernachts-Ball**.

Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Billet 50 Pfg. inkl. Tanz.

Den geehrten Gästen steht schon am Nachmittag der große Garten ohne Zuzahlung zur Verfügung.

Die Kollegen und Kolleginnen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.

Das Fest-Komitee.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.

Die Welt ein Paradies

große Ausstattungs-Revue und erstklassige Spezialitäten. Am Sonntag 4 Uhr, Wochentag 4 1/2 Uhr. Im Saale: **Täglich gr. Hall.**

Karls Garten Rixdorf.

Karls Garten-Str. 10-11.

Sommer-Spielplan.

Heute **Apollo-Sänger.**

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Spezialitäten und Theater.**

Fortsetz. **Garten-Konzert.**

Empfehlen den Genossen und Kollegen unser

Beerdigungsanstalt

„Solidi“

H. Fischer & Kreutzberger,

Rixdorf, Pflügerstr. 70. (Ecke Friedellstr. Amt Rixdorf 946)

Blumen- und Kranzbinderei

von Aug. Krause

Wienerstr. 7.

Bereitschaftige Blumen-Anregungen, Girlanden ufo. Befehle zu den billigsten Preisen. 10462

Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort

Westmanns Trauermagazin

Hauptgeschäft:

Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnen, 2. Haus von der Jerusalemstr. und NO., Gr. Frankfurterstr. 115.

2. Haus von der Andreasstr. 115, zweites Auswahld. v. postenben Trauergarben angesetzt.

Um dem Publikum einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähre ich auf diese Anzeige hin bei Kauf

10% Rabatt in bar!

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

10462

Todesanzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Berta Arenhold geb. Rackwitz

im Krankenhause am Urban verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichshain aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen. **Heinrich Arenhold** nebst Kindern. Schreinerstr. 60 III. 10065

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

Landberger Viertel. Bezirk 404, Teil I.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Aufseher Paul Rackow**

Cohenstr. 2 220/4

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

10228

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 13. August verstarb unser Mitglied, der **Lehrer August Feder**

Strammstr. 88.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofs in Friedrichshain aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/18

228/1

JANDORF'S Spitzen- & Gardinen-Woche

Bis Sonnabend den 23. August

Soweit Vorrat

Unser diesmaliger Spitzen- u. Gardinen-Verkauf
übertrifft alles bisher dagewesene

Grosse Posten

Tüllstoffe in neuen Mustern, elfenbein- oder butterfarbig, ca. 45 cm breit Meter 75, 95, 1,25
Spachtelstoffe elfenbein od. butterfarbig, ca. 45 cm breit ... Meter 95, 1,45, 1,95
Valenciennestoffe in feinen aparten Dessins, ca. 45 cm breit Meter 85, 1,50
Glatte Waschtülle weiss, elfenbein, ca. 100 cm breit, Meter 85, 1,10, 1,35
Wäsche-Cambric-Stickerei gutes Deutsches Fabrikat ca. 4 1/3 Meter Kupon 50, 60, 75 Pf.
Schweizer Wäsche-Stickerei prima Ausführung ca. 4,10 Meter Kupon 95, 1,45

Tüllspitzen o. Einsätze in verschiedenen Breiten und Farben, Meter 10, 15, 25, Pf.
Spachtelspitzen o. Einsätze in verschiedenen Breiten und Farben Meter 15, 25, 45 Pf.
Valencienne-Spitzen o. Einsätze in schmalen Breiten ca. 11 Meter Stück 35, 50 Pf.
Spachtel-Einsätze elfenbein oder butterfarbig, ca. 4 1/2 Meter Kupon 95, 1,25
Tüllspitzen elfenbeinfarbig, Kupon ca. 4 1/2 Meter, ca. 9 cm breit 60 Pf., ca. 14 cm breit 95 Pf.
Klöppel-Spitzen oder Einsätze imitiert 15, 25 Pf.

Moderne Einhefte-Rüsche 5, 8, 12 bis 75 Pf.
Spachtel-Bolero-Jäckchen 4,75, 7,50
Spachtel-Doppelpasse Jäckchen-Fasson 2,90

Stehkragen mit Rüschen 75, 95, 1,25
Spachtel-Passe neueste Muster 95 Pf.
Kinder-Garnitur Kragen und Manschetten, ecru Stoff mit Spachtel-Spitze garniert 95, 1,25

Gardinen

ca. 2000 Tüll-Stores Wert Stück bis 4,75 jetzt Stück 2,50
 ca. 3000 Erbstüll-Stores Wert Stück bis 9,75 jetzt Stück 3,75, 5,75
Tüll-Gardinen Wert Fenster bis 7,75 ... jetzt Fenster 4,50
Tüll-Gardinen Wert Fenster bis 10,50 ... jetzt Fenster 6,75

Tüll-Bettdecken ... für 1 Bett, Wert Stück bis 5,25 jetzt Stück 2,65
Erbstüll-Bettdecken für 1 Bett, Wert Stück bis 12,75 jetzt Stück 7,75
Erbstüll-Bettdecken f. 2 Betten, Wert Stück bis 16,75 jetzt Stück 10,50
Scheibenschleier mit Stange und Zubehör Stück 35 Pf.

Ein grosser Posten **Körper-Rouleaux** weiss oder creme Fenster 2 Shaws, Wert bis 3,50 jetzt Fenster 1,75, 2,25

Grosse Posten **Erbstüll-Reste und Abschnitte enorm billig.**

ca. **3000 Erbstüll-Stores** hochmoderne Muster, sehr reich mit Band besetzt, in vielen Farben, Wert Stück bis 35 M., jetzt Stück **7.75**

In der Lebensmittel-Abteilung:

Weintrauben Pfund 24 Pf. ... Kiste ca. 8 1/2 Pfund 1.60
Ital. Pfirsiche Pfund 30 Pf. Original-Korb ca. 6 Pfd. Brutto für Netto, Pfund 27 Pf.
Tafelbirnen Pfund 23 Pf. Original-Korb ca. 18-20 Pfd. Brutto für Netto Pfund 19 Pf.
Mussäpfel prima, gross Pfund 15 Pf. 5 Pfund 70 Pf.

Ganz bedeutend unter regulärem Wert

Gold-Gummigürtel ca. 8 cm breit, in modern gepressten Mustern 1.45
Hochelegante französische Brokat- und Fantasieband-Gürtel in den apartesten Farbenstellungen 1.75, 1.95

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. d. M. findet in Nieder-Schönhausen ein Erntefest in folgenden Lokalen statt: Thiele (Donat Nachst.), Liedemitt, Ketschlag und Seitelorn. Wir bemerken hierbei, daß uns von den genannten Lokalen nur das von Seitelorn, Lindenstr. 1 zur Verfügung steht und erlauben daher, die übrigen meiden zu wollen.

Am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. d. M. findet in Heinersdorf bei Weikensee das Erntefest statt. Das einzige freie Lokal dorthelbst befindet sich Rothendammstraße 51 „Zum Lindenbaum“, Inhaber Otto Neumann. Wir erlauben, dies zu beachten.

In Eichwalde bei Neuthen steht uns nur das Lokal „Wittes Waldschlößchen“ zur Verfügung; „Wicherts Gesellschaftshaus“ und das „Schwedische Blockhaus“ werden uns beharrlich verweigert und sind daher zu meiden.

Außerdem weisen wir nochmals darauf hin, daß in Johannisthal „Erdmanns Waldschänke“ nicht zum danebenliegenden „Vollgarten“ von Senftleben gehört. Ersteres Lokal steht der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung und erlauben wir, dies zu beachten.

Die Lokalkommission.

Treptow-Baumfischweg. Am Dienstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins in Speers Festsaal, Baumfischweg 78, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichterstatterung von der Kreisgeneralversammlung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand macht darauf aufmerksam, daß es in Anbetracht des für den Ort überaus wichtigen Tagesordnungspunktes eines jeden Mitgliedes ist, für guten Besuch der Versammlung zu agieren; denn die Kreisversammlung am Sonntag beschäftigt sich auch mit der weite Kreise interessierenden Trennungsgesetze und soll eine Regelung dieser Angelegenheit in der Ortsversammlung herbeigeführt werden.

Mariendorf-Südende. Dienstag, den 18. August, abends 8 Uhr, im Restaurant Hieros, Kurfürstenstr. 44: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag: Das neue Vereinsgesetz. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Brick-Budow. Am Dienstag, den 18. August, abends 1/9 Uhr, findet im „Landhaus“, Chausseestr. 97, eine Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Revolutionen in der christlichen Religion. Referent: Genosse Störmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Heute Sonntag früh 8 Uhr findet eine Handzettelverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet. Der Vorstand.

Neuthen, Miersdorf. Die Genossen werden auf den am Mittwoch, den 19. d. M., stattfindenden Jahlabend aufmerksam gemacht. Der Neuthener Jahlabend findet bei Lindemann statt. Am pünktlichen Erscheinen wird erlucht. Die Bezirksführer.

Pankow. Am Dienstag, den 18. August, pünktlich 1/9 Uhr abends: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Bericht aus den Kommissionen. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in den Eichborsälen die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tegel. Dienstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, findet in Klippensteins „Seeschlößchen“, Spandauer Str. 4, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Ober-Schöneweide. Dienstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Wilhelmshof“ statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über den bevorstehenden Parteitag und der Bericht über die Kreisgeneralversammlungen in Pankow und Himmelsburg. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Ebenfalls sei nochmals auf das heute stattfindende Volksfest hingewiesen.

Röpenitz. Heute abends 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn L. Scheer („Wilhelmshof“).

Zehlendorf. Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ritzke, Potsdamer Straße 25, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: „Der Parteitag in Nürnberg“. Referent: Genosse Ritter-Schönberg. Diskussion. Gäste haben Zutritt.

Berliner Nachrichten.

Beförderung des Grunewalds.

Statt aufzuforschen, wird die Umgebung von Berlin immer weiter abgeholzt. Verschwunden ist der Hochwald, der sich von Lichtenrade bis nach Klein-Beeren erstreckte und unter dem Namen „Birkholzer Domstorf“ bekannt war. Mit Zustimmung der Regierung wurde der prächtige Hochwald verkauft und vom Holzkontor niedergeschlagen. Von demselben Schicksal ist die Hasenheide betroffen worden. Und nun kommt die Königsheide an die Reihe. Schon ist der Anfang gemacht worden. Mehr als 100 Morgen sind bereits kahl geschlagen. Die Bucheide wird auch bald verschwinden. Große Teile sind schon an Gas- und Wasserwerke, Anstalten und die anliegenden Gemeinden zu Bauzwecken aufgeteilt worden. Der Rest soll nun auch noch verschwinden. Die Verhandlungen über den Verkauf sind dem Abschluß nahe. Köpenitz plant den Verkauf der Forsten an der Müggel. Bereits ist der Anfang gemacht worden. Das Beispiel des Fiskus wirkt anlehnend. Von dem Hochwalde bei Schönwalde hat der Fiskus den wertvollsten Teil um den idyllischen Gortensee in einer Ausdehnung von 4000 Morgen verkauft. Die ausgedehnte Hermannsdorfer Forst hat eine Terrainsgesellschaft erworben und jetzt aufgeteilt zu Bauzwecken.

Die Spandauer wollen nicht zurückbleiben. Mit den Waldungen ist nichts anzufangen. Einen Teil hat das Johannisthal erworben, um nach der Abholzung dort ein neues Heim zu bauen. Der Rest soll nun trockengelegt und dann bebaut werden. Wohin man geht, überall das gleiche Bild. Von dem Grunewald, der noch vor wenigen Jahren von Berlin aus bequem zu Fuß zu erreichen war, fällt ein Stück nach dem andern.

Damals konnte man nach den Halensee umwandern. Und heute? Die Hälfte der Jungfernheide hat Charlottenburg erworben, der Rest ist bereits zu Fabrikzwecken bestimmt und ein Teil schon bebaut worden. Die Zehlendorfer Forst ist eingezäunt, und, wie es heißt, soll nur das östliche Ufer der Krümmenkanäle zu Bauzwecken verkauft werden sein. Wenn das so weiter geht, dann ist in 15 Jahren die Umgebung von Berlin verhandelt, das Tempelhofer Feld der Terrainspekulation überantwortet, der Tiergarten ein Garten ohne Tiere mit Hunderten von Denkmälern, die kein Mensch achtet, der Grunewald die reine Vogelweide, die Schönholzer Heide eine Kaserne, die Jungfernheide eine Fabrikstadt mit ungezählten Schloten, die Müggelberge ein zweites Westend usw. usw., und nur die Namen erinnern noch an die Vergangenheit.

Vom Magen der Kirche.

Die evangelischen Kirchengemeinden Berlins rüsten sich den Mehrbetrag der erhöhten Kirchensteuer in Empfang zu nehmen. Die Stadtkasse macht jetzt bekannt, daß die Kirchensteuer nach dem im Mai gefassten Beschluß fortan in Höhe von 20 Prozent der Einkommensteuer entrichtet werden muß. In den katholischen Kirchengemeinden hatte die Kirchensteuer bereits diese Höhe, die evangelischen Gemeinden sind nunmehr ihrem Beispiel gefolgt.

Die Erhöhung auch für die evangelischen Gemeinden ließ sich nicht umgehen; die Gemeinden brauchen eben Geld, weil die Pastoren, deren Beruf es sonst ist, gegen die Begehrlichkeit anderer zu predigen, selber „begehrlich“ geworden sind und mehr Gehalt haben wollen. Die Pastoren dürften aber den Erhöhungsbeschluß, den sie herbeigeführt hatten und an dem von ihnen selber eingewirkt worden ist, doch nur mit einem heiteren und einem nassen Auge begrüßen haben. Er ist nämlich für sie ein zweischneidiges Schwert insofern, als durch ihn zwar dem Magen der Kirche zunächst die größeren Portionen zugeführt werden, nach denen er hungert, aber andererseits wieder mal recht unsanft jene Gleichgültigen aufgerüttelt werden, die innerlich längst nicht mehr zur Kirche halten und dennoch den Bruch mit ihr immer noch nicht auch äußerlich haben vollziehen wollen. Die Erhöhung der Kirchensteuer auf 20 Prozent muß bewirken, daß die Austritte aus der Kirche sich nun noch weiter mehren werden. Kirchensteuer wird erhoben in den evangelischen Gemeinden von Einkommen über 1500 M., in den katholischen schon von Einkommen über 1200 M. Auch wer ein Einkommen in solcher Höhe heute noch nicht hat, aber darauf rechnet, es einmal zu erlangen, wird heiztzeiten durch Austritt aus der Kirche seine Heranziehung zur Kirchensteuer verhüten wollen.

Freilich bleibt der Kirchensteuerzahler, wenn er seinen Austritt vollzogen hat, der Kirche zunächst immer noch eine Zeitlang tributpflichtig. Bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres, das auf das Jahr seines Austritts folgt, muß er die Kirchensteuer noch zahlen. Diese Bestimmung bewirkt, daß regelmäßig in der zweiten Hälfte des Jahres und ganz besonders in den Monaten Oktober, November, Dezember die Austrittserklärungen sich häufen, weil viele noch vor Jahreschluß den Austritt vollzogen haben wollen, um ein ganzes Jahr früher von der Kirchensteuer frei zu kommen. Wer eine Austrittserklärung abgeben will, der wird das beachten müssen. Schon manchem, der das bis in die allerletzten Monate des Jahres verschoben hatte, erwachsen plötzlich allerlei unvorhergesehene Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Papiere (Taufschein oder Konfirmationschein), so daß er den Anschlag verpaßte und wieder noch ein Jahr länger der Kirche tributpflichtig blieb. Zu beachten ist ferner, daß, wenn nicht auch die Ehefrau ihren Austritt erklärt, diese zur Zahlung der Hälfte des Kirchensteuerbetrages herangezogen wird, auch dann, wenn sie zur Erwerbung des Einkommens nicht durch Mitarbeit beiträgt. Bei Waisen meldet sich die Gemeinde des anderen Elternteiles und nimmt der noch nicht ausgetretenen Ehefrau die Hälfte des Kirchensteuerbetrages ab.

Zur Austrittserklärung ist, wie wir hier auf immerwiederkehrende Anfragen in Erinnerung bringen wollen, erforderlich, daß der Austrittslustige dem zuständigen Amtsgericht schriftlich oder mündlich zu Protokoll gibt, er melde hiernit seinen Austritt aus der (evangelischen oder katholischen) Landeskirche an. Selbstverständlich muß Name und Wohnung genau angegeben werden, damit vom Gericht die Vorladung zum Termin, in dem er dann gewöhnlich seinen Austritt zu erklären hat, übersandt werden kann. Auch wenn er etwa eine solche Vorladung nicht erhält, muß er frühestens am 29. Tage und spätestens am 42. Tage nach Eingang seines Antrages sich mit Ausweispapieren bei dem Gericht persönlich einfinden (in Berlin vormittags zwischen 11 und 1), um seinen Austritt zu erklären. Uebrigens wird nähere Auskunft über alles das an den unseren Lesern bekannten Stellen erteilt, wo auch Formulare zur Austrittsanmeldung unentgeltlich abgegeben werden.

Im katholischen Kirchensteuerbureau hinter der Hedwigskirche bezahlte ich dieser Tage — so schreibt uns eine Protestantin — für einen Bekannten die Kirchensteuer. Schon die fünf Minuten Aufenthalt genügt, um mich zu überzeugen, mit welcher „Geschäftsgemardtheit“ der Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden Groß-Berlins, dem die Steuerveranlagung und Steuererziehung obliegt, arbeitet. Ein Herr protestierte gegen die Veranlagung nach dem Steuerfahne von 12 M., da er seitens der Staatsbehörde nur zu einem solchen von 8 M. veranlagt ist. Der Beweis konnte sofort durch das staatliche Veranlagungsbüro erbracht werden. Also hat sich die Kirche „geirrt“. Ein Wort der Entschuldigung fand man nicht. Gleich darauf beschwerte sich ein zweiter Herr über die Veranlagung zur Kirchensteuer, da sowohl er wie seine Ehefrau nicht der katholischen Kirche angehören. Wieder hörte ich kein Wort der Entschuldigung. Dann berappten drei oder vier Personen mit säkularen Mienen. Und noch ehe ich mich entfernte, erklärte ein Dritter, daß seine allerdings katholische Ehefrau keine Einnahmen habe, auch nicht selbständig zur Staatssteuer veranlagt sei und er als Protestant daher die Kirchensteuer unter keinen Umständen bezahlen werde. Die weitere Erklärung des Mannes, daß er seine Ehefrau zum Austritt aus der katholischen Kirche veranlassen werde, nahmen die Herrschaften achselzuckend entgegen. Man muß wohl hier an so etwas tagtäglich gewöhnt sein. Das alles spielte sich innerhalb fünf Minuten ab. Schade, daß ich hier nicht ein paar Stunden verweilen konnte. Dann wären wohl noch Dutzende von Veräimern zur Sprache gekommen. Zwei Beamte waren nur mit dem Abfertigen ganzer Berge von Veranlagungsbüchern beschäftigt. Wie viele unberechtigte Schröpfungen mögen sich darunter befunden haben!

Ganz ähnliche Schilderungen gehen uns über die Zustände im Bureau für evangelische Kirchensteuern zu. Der einzig richtige Weg, den Kladderellen zu entgehen, ist — Austritt aus der Kirche. Wie wenig muß diese ihre Schäflein kennen, wenn sie fortdauernd ihr nicht Zugehörige zur Kirchensteuer veranlagt.

Endlich soll das Radialsystem XI seiner Vollendung entgegengehen. Die magistratsmäßige Korrespondenz teilt mit: Durch den Bau eines Knotenpunktes für das neue Radialsystem XI war die Sperrung der westlichen Seite der Greifswalder Straße notwendig geworden. Jetzt, nach etwa dreiviertel Jahren gehen die Arbeiten ihrer Vollendung entgegen. Während der Bauzeit ist die Bauleitung bemüht gewesen, die Arbeiten so zu verteilen, daß die Sperrung für die einzelnen Grundstücke immer nur einige Wochen dauerte. Ferner ist dafür gesorgt worden, daß im Falle eines Brandes die Feuerwehr zu jeder Zeit an sämtliche bewohnten Grundstücke heranlannte. Inzwischen sind die Arbeiten so gefördert worden, daß mit der größten Sicherheit zu erwarten ist, sie im nächsten Monat dort beendigen zu können. Der Umzug der Mieter wird danach auf der bisher von der Sperrung betroffenen Seite ohne Schwierigkeiten und Störungen vor sich gehen können. Die dort noch erforderlichen Arbeiten werden eventuell in der geschlossenen Baugrube unter Tage vorgenommen werden. In der Friedenstraße wird jetzt schon unter Tage gearbeitet und ein Stollen von der Preussener Straße durch die Preussener Allee und Friedenstraße nach der Greifswalder Straße getrieben, wobei sehr oft Sprengungen stattfinden müssen.

Die Aufnahme in die städtische Taubstummenschule findet anfangs Oktober statt. Eltern, Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Wintersemester bis spätestens 1. Oktober d. J. bei dem Direktor Gumpmann, Markussstraße 49, anzubringen.

Der gefährdete Tegeler See. Das Schießplatzkommando des Tegeler Übungsplatzes hat eine neue Einrichtung getroffen, um die Schiffe und den Tegeler See benutzende Ausflügler bei Übungsschießen zu warnen. Während bisher bei den den Tegeler See gefährdenden Schießschießen nur eine kleine Flagge, sogenannte Feuerflagge, gezogen wurde, wird vom Montag ab an ihre Stelle ein großer, rot angefarbener Korb treten, der weithin sichtbar ist und im Gegenlag zu der kleinen Flagge so hoch angebracht werden soll, daß er von dem Schießplatzgebäude abliest.

Offentlich trägt diese Vorrichtung zur Verhütung von Unglücksfällen bei.

Ueber den Eifer der Polizei kann man zuweilen die verschiedensten, einander völlig widersprechenden Urteile hören. Der eine findet, daß sie nicht rasch und scharf genug einschreitet, wenn sie gebraucht wird. Der andere klagt, daß sie blind zugreift und dabei eine Schneidigkeit entwickelt, die höchst überflüssig ist. Es kommt eben bei solchen Urteilen immer darauf an, welche persönlichen Beobachtungen von dem einzelnen gemacht worden sind. Jede Sache hat nun mal ihre zwei Seiten, und auch ein Schußmann will von beiden Seiten betrachtet werden. Wir selber sind die letzten, die ihm sein Recht auf Berücksichtigung seiner beiden Seiten freitritt machen möchten. Zum Beweise dessen wollen wir heute ein paar Beispiele mitteilen, aus denen der geneigte Leser ersehen möge, daß der Schußmann bald so, bald anders kann.

Am Weidendam wurde kürzlich aus einem Lokal, das sich „Bayerische Bierchwemme“ nennt, ein angekränkter Gast hinausgeworfen. Das Wort „hinausgeworfen“ ist hier buchstäblich zu nehmen, denn der Mann slog der Länge nach auf Pflaster. Bei seinen Versuchen, noch einmal in das Lokal hinein zu gelangen, ging es ein bißchen sehr kümmerlich zu, so daß er Blut lassen mußte. Man sagt uns, daß von seinen Widersachern der Stod und anscheinend auch ein Gemütschmerz gegen ihn gebraucht worden seien. Selbstverständlich wurde durch die Schlägerei eine große Menschenmenge herbeigelockt, die ihre Entrüstung über die dem Gast widerfahrne Behandlung äußerte. Das Lokal liegt in nächster Nähe der Weidendambrücke, auf der ja wohl jederzeit ein Schußmann postiert ist. Von dort aus kam dann auch schließlich ein Schußmann gemessenen Schrittes herangependelt. Er wandte sich an die Menge mit dem Kommando: „Gehn Sie weiter, es ist alles erledigt!“ und ging dann selber weiter. Im Publikum war man erstaunt darüber, daß ihm diese „Bierchwemme“-Affäre so ohne weiteres als „erledigt“ galt.

Ein anderer Leser unseres Blattes teilt von einem Schußmann zu erzählen, der ihn zu eifrig war. An der Ecke der Andrae- und Blumenstraße war ein Straßenhändler von einem Schußmann aufgefordert worden, mit seinem Kram weiterzugehen. Das ging wohl nicht schnell genug, und so forderte schließlich der Schußmann den Händler auf, ihm zur Wache zu folgen. Der Händler war dazu bereit, nur hätte er gern noch eine Dame bedient, die schon längere Zeit an seinem Wagen stand und kaufen wollte. Nunmehr ging der Schußmann gegen die Dame vor, die ihm mit ihrer Kaufkraft in die Quere gekommen war. Der Händler benutzte diese Gelegenheit, um sich mit seinem Wagen aus dem Staube zu machen. Der Schußmann jagte leichtfüßig hinter dem Ausreißer her, aber er erwiderte ihn nicht. Zurückstehend wurde er von dem wartenden Publikum mit lautem Hallo empfangen. Da bemerkte er, daß auch die Dame noch da war, die ihm diesen Reifall verschafft hatte. Und mit raschem Entschluß nahm er jetzt sie fest und führte sie ab. Warum? fragten die verdutzten Zuschauer. Ja, warum! Lesen wird man's in dem Strafmandat, das der Schußmann dieser Dame besorgen wird.

Da wir gerade dabei sind, die „eifrige Seite“ des Berliner Schußmanns zu beleuchten, so wollen wir noch einen anderen Fall, der hierher gehört, erwähnen. Durch die Dirschen- und Brunerstraße wurde nach dem Polizeipräsidium von vier Polizeibeamten ein angetrunkenen Mann transportiert, der aus einer benachbarten Kneipe hinausgeworfen worden war. An den Armen und den Beinen hielten sie ihn fest und so schleppten und schleiften sie ihn über das Pflaster. Dabei schrie der Mann, sie möchten doch die Fesseln lockern, die sie ihm um die Handgelenke gelegt hatten und durch die er ohnehin wecheln gemacht worden war. Einer der Zuschauer gab seiner Entrüstung Ausdruck, aber da hatte man auch ihn schon beim Krigen und schleifte ihn mit. Auch ein Kriminalbeamter, der in der Menge herumspähte, trat plötzlich in Aktion, als ein anderer Postant sich entristen wollte. Da sagte nach einer, daß die Polizei nicht auf dem Posten sei!

Verlegung von sechs Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn verlegt wegen Gleisarbeiten die Linie 2, Ruhrenring, vom 18. bis 20. August von der Bülow-, Potsdamer, Haupt- und Kolonnenstraße in die Bülow-, Konstein-, Bahn- und Stolomenstraße. Ferner wird in den Nächten vom 17. zum 18. und vom 18. zum 19. August die Linie 79 anstatt über die Verbaudenstraße, den Köllnischen Fischmarkt, den Postenmarkt, die Stralauer, Schidler-, Blumenstraße, den Grünweg, vom Spittelmarkt durch die Seydel-, Alie und Neue Jakob-, Köpender-, Bräuden-, Holzmarkt-, Markussstraße und den Grünweg und zurück geleitet. Vom 18. bis 20. August werden die Linien 68, 66, 66 und 67 statt durch die Stralauer und Jüden- durch die Stralauer- und Königstraße geführt.

Nächste Briefpost nach Südwest. Eine Briefpost nach Deutsch-Südwestafrika geht von Europa wieder am 18. August ab. Sie wird an diesem Tage in Southampton dem Reichspostdampfer der Deutschen Ostafrikanische Linie übergeben, der am 12. August Hamburg verlassen hat, und am 18., abends 8 Uhr, von dort seine westliche Rundfahrt ausführt. Der Dampfer ist am 6. September in Simonsmond und am 7. in Lüderichsbugt. Befördert werden ausschließlich Briefsendungen. Die Heimat verlassen sie am 17. August, abends 6.01 Uhr, in Köln mit der Bahnpost nach Berviers oder 7.54 Uhr in Oberhausen mit der Bahnpost nach Postel, um weiter nach England befördert zu werden. Auch nach Namandrift, Warmbad, Kalkfontein und Ilamas gehen sämtliche Briefsendungen über Lüderichsbugt.

Nachtrag zum Fernsprechverzeichnis. Zu dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend hat die kaiserliche Ober-Postdirektion einen Nachtrag hergestell, der in den nächsten Tagen zur Verteilung kommt. Der Nachtrag schließt mit dem 9. Juli ab. Er bringt 4300 neue Anschlüsse, außerdem zahlreiche Änderungen und Streichungen. In den Vorbemerkungen ist zu ändern, daß jetzt weitere Abbüde des Verzeichnisses nebst Nachträgen sowie Uebersichten über den inländischen Sprachbereich mit Angabe der Gebühren nicht mehr bei der Annahmestelle, sondern bei der Leitungsstelle des Postamtes, oder der Heiligengeist- und Königstraße, gegen Erstattung der Selbstkosten zu beziehen sind. Im Ortsfernsprechverzeichnis von Berlin sind neue öffentliche Fernsprechstellen bei den Postämtern C. 45, Köpstraße 20/30, und C. 78, Gadescher Markt 4, eröffnet worden. Für den Monat Oktober ist eine Neuaufgabe beabsichtigt, die Mitte November zur Ausgabe gelangt. Anträge auf Änderung oder Vermöhlständigung der Eintragungen sind möglichst früh, spätestens bis zum 8. Oktober, schriftlich und frankiert an das zuständige Fernsprechamt zu richten. Der ganze Nachtrag für Berlin und die Vororte im Berliner wie im Potsdamer Bezirk umfaßt 132 Seiten.

Wie mal der Armut geholfen wird.

Unter der Ueberschrift „Die Satten am Tische des Herrn“ berichteten wir in Nr. 185 nach einem hiesigen Wochenblatte, wie eine eheverlassene gebildete Frau, deren Lot auf den Höhepunkt, ja bis zur Obdachlosigkeit gestiegen war, alles mögliche versucht habe, um ihren Hunger zu stillen und ein Unterkommen zu finden. Sämtliche öffentliche Hilfsstellen, die zur Hilfeleistung berufen und verpflichtet sind, verweigerten vollständig. Private Institutionen gaben gerade soviel, daß für ein paar Stunden der Magen befriedigt wurde. Dann fing das alte Elend von neuem an. Kamenslich haben geistliche Stellen, an die sich die Frau wandte, in verächtlicher Herzlosigkeit jede Hilfe verweigert. Wie die Frau schildert, war sie einmal vor körperlicher Schwäche, lediglich aus Hunger, nahe daran, ihren moralischen Halt zu verlieren und im Großstadtkumpel unterzugehen. Im letzten Augenblick fand sie sich wieder und entging der Schande. Von zahlreichen Seiten sind der Frau Spenden zugegangen, nahezu tausend Mark, für eine Frau, der vor acht Tagen noch das Stück trockene Brot fehlte, eine gewaltige Summe.

In diesem einen Falle ist vor der Hand geholfen. Bei der Hilfeleistung mag auch die Enttäuschung über derartige moderne Zustände, über das Verjagen der Hilfslosigkeit bei höchster Not, mitgefühlt haben. Diese goldglänzende Antwort aus der Mitte des Publikums ist die Nüchternung auf den immer wieder zu beobachtenden Bureaokratismus der modernen Armenpflege und auf den faulen Hauber des privaten Wohltätigkeitsdrummels vornehmer Kreise. Erst die Presse muß an gebefreudige Herzen appellieren, um einen einzigen Menschen satt zu machen. Das ist wahrhaft beschämend. Aber wir wollen auch gleich feststellen, daß in ähnlich verzweifelter Lage sich teilweise noch viele andere Großstadtmenschen befinden, denen nicht geholfen wird und nicht ebenso geholfen werden kann. Denn es ist selbstverständlich nur vereinzelt möglich, daß die Presse einen besonders krah liegenden Fall festnagelt. Mögen sich den vorliegenden Fall alle diejenigen amüßlichen und nichtamtlichen Stellen hinter die Ohren schreiben, welche schnell fertig sind mit dem Wort, daß in Berlin niemand zu verhungern braucht.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Ein schrecklicher Betriebsunfall hat sich am Freitagmorgen in einer Maschinenfabrik in der Uferstraße zugezogen. Die 25jährige Arbeiterin Hedwig Wiese aus der Sackstraße, 66 geriet während der Arbeit mit der rechten Hand in das Getriebe einer Presse. Die Finger wurden der Unglücklichen in das Maschinenwerk hineingezogen. Zwei Arbeiter, die sofort hinzuprangen, rissen die Verunglückte zurück. Sie wäre andernfalls vollständig in das Getriebe hineingezogen worden. Es konnte jedoch nicht mehr verhindert werden, daß der Bedauernswerten von der rechten Hand sämtliche Finger abgerissen wurden. Die Schwerverletzte fand in der Kgl. Klinik Aufnahme.

Gestern um die Mittagszeit (11 Uhr 50 Minuten) ereignete sich bei Vorstern in den Germania-Werken Mischerei II in Ziegel ein leider tödlich verlaufener schwerer Unglücksfall. Der Former Ernst Schauer wollte auf Geheiß des Meisters eine 15 Zentner schwere Platte von Hochlaut auf Wagerack wenden. Die Platte fiel aus den Ketten auf den Former. Dieser trug schwere Verletzungen des Rückens und im Innern davon. Die Lungenlunge wurden dem Unglücklichen zusammengequetscht. Nach etwa 20 Minuten erfolgte der Tod das Opfer seines Verfalls von seinen fürchterlichen Schmerzen. Als der Arzt, Dr. Rosenthal, nach 1/2 Uhr erschien, konnte er nur noch den Tod feststellen.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines Schulknaben, dem möglicherweise ein Verbrechen zugrunde liegt, beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Seit dem vergangenen Donnerstag wird der 12jährige Schüler Alfred Bieta aus der Landberger Allee 52 vermisst. Der Knabe hielt sich häufig bei einem Verwandten in der Samariterstraße auf und erledigte für diesen kleine Gänge. Hin und wieder brachte er auch Geldsummen zum Einzahlen zur Post. Am Donnerstagnachmittag schickte ihn der Verwandte wiederum mit einigen hundert Mark nach dem Postamt 112. Er ist aber dort nicht eingetroffen und wird nun vermisst. Er ist ohne Kopfbekleidung von daheim fortgegangen. Daß der Knabe vielleicht das Geld in die eigene Tasche gesteckt haben könnte und auf und davongegangen wäre, ist so gut wie ausgeschlossen. Er hat schon weit größere Geldsummen nach dem Postamt tragen müssen und hätte also schon bessere Gelegenheiten gehabt, das Weite zu suchen. Außerdem ist es bei der Charakterveranlagung kaum anzunehmen, daß er sich vielleicht von einem anderen hätte überreden lassen, mit ihm gemeinsam das Geld durchzubringen. Vielmehr wird befürchtet, daß der Knabe Verbrechen in die Hände gefallen ist. Was nun mit dem Verschwinden geschehen ist, das bedarf vorläufig noch der Aufklärung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Vermisste einem schweren Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Es wäre daher von größter Wichtigkeit, wenn sich solche Personen bei der Polizei oder bei der Mutter des Verschwindenen melden würden, die irgend welche entsprechende Beobachtungen gemacht haben. Er ist 1,20 Meter groß, für sein Alter kräftig gebaut und hat blondes, kurzgeschorenes Haar. Bekleidet ist er mit grauer Zoppe und gleichfarbiger kurzer Anzugsjacke, hohen Schürstiefeln und schwarzen Strümpfen. Eine Mütze trug er, wie bereits erwähnt, nicht.

Vier Tage und vier Nächte hilflos im Walde. Der Fall der unglücklichen Frieda Czerner, über den wir gestern berichteten, scheint nach neueren Meldungen eine Folge unserer inhumanen Armen-gesetzgebung und der Danziger Armenverwaltung zu sein. Es wird nämlich über die Lage des bedauernswerten Geschöpfes folgendes gemeldet: Das verlassene Mädchen hat bis zum 14. April bei den Hallmannschen Eheleuten in der Weihenburger Str. 84 in Berlin in der Schlustelle gewohnt und ihre Wohnung anscheinend aus Furcht verlassen, weil sie gezwungen werden sollte, aus Berlin nach Danzig überzusiedeln. Nach dem Tode der Eltern, die von Danzig nach hier gezogen waren, hat die Cz. sich öfter wochenlang in den Wäldern der Umgebung Berlins aufgehalten, während sie zu anderer Zeit wiederum sich ihren Lebensunterhalt in gefährlicher Weise durch Anfertigung von Handarbeiten verdiente. Im Wald sei sie eines Nachts bei großer Kälte auf Potsdamer Gebiet eingeschlafen, von Arbeitern am nächsten Morgen in besinnungslosem Zustande, fast im Schnee verstreut, aufgefunden und nach dem Potsdamer Krankenhaus gebracht. Beide Beine mußten amputiert werden und die Czerner erhielt dann zwei künstlich konstruierte Beine aus Gummi bis zu dem Oberschenkel. Zwischen dem Magistrat von Potsdam und Danzig, wohin die Cz. heimats-berechtigt war, ist es dann der Kuriositäten wegen zu einem Prozeß gekommen, den Danzig verlor. Auch mußte der dortige Magistrat für die zum Krüppel Gewordene von nun an Armen-unterstützung bezahlen. Diese städtische Behörde ver-langte nun im April dieses Jahres, daß das Mädchen nach Danzig übergesiedelt. Es scheint, daß die Czerner aus Furcht vor der Abschiebung den Tod gesucht hat. Seit Mitte April hat sie ihre feste Wohnung verlassen und es ist bisher noch nicht festgestellt, wo sie sich seit dieser Zeit aufgehalten hat.

Eine Liebessträube, die mit dem Tode zweier junger Menschen endete, hat sich in Grunewald abgespielt. Nicht weit vom Bahnhof Grunewald entfernt wurden in einer Schänke im Zogen 4 die Leichen eines Liebespaars aufgefunden. Ueber die Personalien der beiden Toten konnte bisher noch nichts ermittelt werden. Jedenfalls handelt es sich aber um zwei Berliner. Beide Leichen wiesen in der Brust Schußwunden auf und es ist wohl anzunehmen, daß der junge Mann, der etwa 24 Jahre alt gewesen sein mag, zuerst seine um einige Jahre jüngere Geliebte und dann sich selbst durch Revolvergeschosse getötet hat. Die Leichen wurden nach der Friedhofshalle übergeführt. Die Kleidung des Mädchens bestand aus einer weißen Bluse, dunkelrotem Rock, weißem Strohhut und Knopfstiefeln, während der junge Mann mit einem dunklen Anzug, steifem Hut und Schürstiefeln bekleidet war.

Im Oranienwalde ertränkt hat sich ein unbekannter etwa 23jähriger Selbstmörder. Der Unbekannte, der vermutlich dem Kaufmannsstande angehört, sprang in der Nähe des Schlosses

Grunewald in den See und ging sofort unter. Bald darauf wurde die Leiche des Lebensmüden ans Ufer gebracht.

Aus Not zum „Bledderer“ geworden ist der Schlosser D. aus der Kummelsburger Straße. Infolge andauernder Arbeitslosigkeit war D. in die größte Notlage geraten und da er bald keinen anderen Ausweg mehr sah, so faßte er den unglücklichen Entschluß, sich auf das Gebiet der Bledderei zu begeben. Aber schon bei seinem ersten Versuch ereilte ihn das Verhängnis. D. hatte sich in der gestrigen Nacht einen Möbelpolier, der vor dem Hause Frankfurter Chaussee 8 eingeschlagen war, als Opfer erkoren und ihm die Uhr sowie das Portemonnaie gestohlen. Der Vorgang war jedoch von einem Nachwächter beobachtet worden und D. wurde sogleich festgenommen und zur Polizei gebracht. Er legte ein reumütiges Geständnis ab.

Ein raffinierter Taschendieb, der mit einem dreifachen „Arbeitslohn“, treibt gegenwärtig im Osten der Stadt sein Unwesen. So fing er mit dem Teppicharbeiter Bahne aus der Kronprinzenstraße 31, dem er in der Frankfurter Allee begegnete, Streit an. Er vertrat ihm den Weg und ging bald zu Täuschlichkeiten über. Er setzte sich zur Wehr und jagte den Angreifer auch in die Flucht. Später mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß der Streit nur Mittel zum Zweck gewesen war. Der freche Bursche hatte ihm unbemerkt die Taschenuhr sowie die Kette gestohlen.

Ein gefährlicher Kinderfreund. Unter dem Verdacht einer Reihe schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an schulpflichtigen Mädchen, wurde in Ankenpund der Knirps Hermann Knape verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Der erst 18 Jahre alte Mensch soll Kinder durch Süßigkeiten an sich gelockt und sich dann schwer an ihnen vergangen haben.

Unter der Maske einer Krankenschwester tritt eine dreifache Schwindlerin auf, die ihre Opfer unter den Zimmervermieterinnen sucht. Sie mietet möblierte Zimmer und versucht dann unter den verschiedensten Vorwänden Geld von den Wirtinnen zu erlangen. Bald schwindelt sie ihnen vor, sie habe ihr Portemonnaie mit der ganzen Vorkasse verloren, bald gibt sie an, sie habe ihr Geld noch bei ihrem Gepäc in Magdeburg. In einem Falle ist es der Gaunerin, die einen sehr vertrauensvollen Eindruck macht, gelungen, von einer Zimmervermieterin nahezu hundert Mark zu erhalten.

Beim Diabolspiel überfahren wurde gestern die elfjährige Schülerin Erna Schmidt aus der Renauxstr. 12 in Rigdorf. Die Kleine hatte vor dem Hause Reuterstr. 50 auf dem Fohrdamm Diabolo gespielt und wurde von einem vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 46 umgerissen, überfahren und schwer verletzt nach der Unfallstation gebracht.

Mit einer tödlichen Schußwunde im Kopfe aufgefunden wurde heute früh am Rittelbeckplatz ein etwa 29 Jahre alter, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Schußwunde brachten den Schwerverwundeten nach der Unfallstation in der Lindower Straße, wo wo auch die Ueberführung des Lebensmüden nach dem Virchow-Kranken-hause erfolgte, wo er in hoffnungs- und besinnungslosem Zustande daniederliegt.

Auf der Jagd erschossen. Ein Jagdunfall, bei dem ein junges Menschenleben vernichtet wurde, trug sich am Donnerstag auf dem Rittergut Weisen bei Grunewald in der Nähe von Templin zu. Ein 15jähriger Gutsarbeiter meldete dem Förster des Gutes, Herrn W., daß ein Rehbock an einer Waldecke aße. Darauf soll der Förster dem jungen Burschen den Auftrag erteilt haben, den Bock schußgerecht zu treiben. W. gab dann einen Schuß auf das Wild ab und dabei nahm die Kugel infolge Auffehens auf einen harten Gegenstand eine so unglückliche Richtung, daß das tödliche Geschoh dem Treiber in den Leib drang und dessen augenblicklichen Tod herbeiführte. Der unglückliche Schütze stellte sich selbst der Polizei.

Auffällige Glastransportwagen, die in ihrer Art eine starke Verkehrsgefahr bedeuten, sieht man seit kurzem in den Straßen. Auf dem gewöhnlichen Klattenwagen liegt horizontal ein denselben zu beiden Seiten um nahezu einen Meter überragendes, gepolstertes Holzgitter, das zur Aufnahme der Spiegelscheibe bestimmt ist. Dadurch wird der Wagen breiter, als in den meisten Straßen der Raum zwischen der äußeren Straßenbahnlinie und der Vorder-schwelle beträgt. Der Glaswagen muß also bei jedem Zusammen-treffen mit einem Straßenbahnwagen so weit nach rechts ausbiegen, daß das Holzgitter auch noch die Vordschwelle überragt und fast die Laternenpfähle streift. Passanten, die nicht aufpassen, geraten dann in Gefahr, von dem Holzgitter überannt zu werden. Muß man denn die Glasheben und abwärts wagenrecht transportieren? Es sollte doch ebenso leicht sein, sie aufrecht oder schräg in einer entsprechenden Gestalt unterzubringen, wie das viele andere Spiegel-glasgeschäfte schon tun. Sollte wirklich der wagenrecht Transport gewisse Vorteile bieten, so darf deshalb doch nicht das Straßen-publikum in Gefahr gebracht werden.

Der „Berliner Eis-Balast“, dessen Bau vor mehr als Jahres-frist auf dem früheren Gelände der Saganhallen an der Luther-, Moh- und Augsburger Straße von einer Gesellschaft in Angriff ge-nommen wurde, soll nunmehr definitiv am 1. September d. J. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. In einer großen Halle befindet sich die durch Vorzüge Kältemaschinenanlage hergestellte, rund 2000 Quadratmeter umfassende künstliche Eislauf-bahn. Im ersten Stock befinden sich Festäle, im zweiten Stock ein orthopädisches Institut nebst Bäder- und Sportausbildungs-abteilungen, auf dem offenen Söller der Dachzimme ein Lust- und Sonnenbad. Der Eintrittspreis soll 1 M. betragen. Es sollen auch feste mit 80 Gutscheinen zu 22,50 M. abgegeben werden. Danach scheint das Etablissement nur den obersten Tausenden nutzbar werden zu können.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Sonnabend wurde der 12. Zug nach der Wulowstraße 45 alarmiert, wo im Keller Papier und anderes in Brand geraten war. Ein kleiner Wohnungs-brand mußte kleine Hamburger Straße 18 gelöscht werden. In der Jägerstraße 1 brannten Hodelspäne und anders in einer Küche weitere Alarme liefen aus der Simon-Dachstraße 22 und anderen Stellen ein.

Gefunden ist auf dem Jubiläumsfest des Zentralverbandes der Zimmerer, das am 8. August in der „Neuen Welt“ stattfand, ein goldener Herren-Ranschettenknopf mit Damenphotographie. Der Verlierer kann den Ranschettenknopf im Verbandsbureau, Engelauer 15, v. III, Zimmer 50, in Empfang nehmen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der Vortrag „Von der Jagdbeute bis zum Bahmann“, der die schönsten Gebirgsparthen Oberbayerns in voller Farbenpracht an dem Zuschauer vorbeiziehen läßt und die bayerischen Königs-schlösser in Wort und Bild zur Darstellung bringt, am Sonntag, Mittwoch und Sonnabend zur Aufführung. Am Montag und Frei-tag wird der Vortrag „Ueber den Brenner nach Venedig“ wiederholt werden, während am Dienstag der Vortrag „Durch Danemark und Schweden“ und am Donnerstag der Vortrag „Die Weisheit der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ gehalten werden soll.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montag abend 9 Uhr 1. Abteilung Dresdenstr. 45: Vortrag der praktischen Ärztin Dr. med. Prof. über Vergiftungen und verschiedene gefährdrohende Krankheitszustände. Daran anschließend praktische Übungen. Am Sonntag, den 23. d. M., findet eine Tagespartie Erkner-Strasberg statt mit Bestätigung der Rittersdorfer Schallberge unter sachverständiger Führung. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Silesischen Bahnhof. Treffpunkt bis 8 1/2 Uhr in Erkner, Vredts Gesellschaftshaus.

Vorort-Nachrichten.
Rigdorf.
Die Liste der stimmungsfähigen Bürger Rigdorfs. Für die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen liegt in der

Zeit vom 15.-30. August d. J. während der Geschäftsstunden wochentags von vormittags 10 Uhr bis nach-mittags 8 Uhr und Sonntags von 8 bis 10 Uhr vor-mittags in Rathaus, Berliner Straße 62-63, 1 Treppe rechts, zur Einsicht öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind während der Dauer der Auslegung der letzteren schriftlich beim Magistrat oder zu Protokoll dorthin zu erheben. Wahl-berechtigt ist derjenige, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, ein Jahr am Orte wohnt und während dieser Zeit keine Armenunterstützung er-halten hat. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen. — Verabfaume daher niemand, sich persönlich von der Richtig-keit der Wählerliste zu überzeugen um nicht des ohnehin schon kümmerlichen Wahlrechts verlustig zu gehen; denn es gilt in die zweite Abteilung siegreich einzudringen.

Der sozialdemokratische Wahlverein Rigdorf hielt am 14. August eine außerordentliche Generalversammlung in „Goppes Festalen“ ab, um die neulich abgebrochene Diskussion über den Parteitag in Nürnberg fortzusetzen. Genosse Holland ist dafür, die Frauen der Organisation ebenso anzuschließen wie die Männer, und zwar mit einem Monatsbeitrag von 30 Pf., wofür die „Gleich-heit“ gratis zu liefern wäre. Die Jugendorganisation sei der Jugend als selbständige zu belassen, da die älteren Genossen ja doch die Leitung behielten. Er glaube nicht, daß die Jugend den größten Nachteil in den Gewerkschaften hätte. — Genosse Wilhelm Schulz von den Jugendlichen betonte, daß die Frage der Jugend-organisation vor allem eine Erziehungsfrage und nicht bloß eine reine Organisationsfrage sei, wie es von den Vertretern der Ge-werkschaften hingestellt werde. Die Aufgabe sei, bei der Jugend die Grundlagen für Solidarität, Opferbereitschaft und sozia-listisches Wissen zu legen. Dazu stehe im Gegenzug die Auffassung, welche von den Gewerkschaftsführern auf dem Gewerkschaftskongreß vertreten worden sei. Als Erziehungsanstalt für die proletarische Jugend könnten danach die Gewerkschaften nicht in Betracht kommen. Unter anderem auch schon deshalb nicht, weil die Gewerkschaften wirtschaftliche Kampferorganisationen seien und die wirtschaftlichen Kämpfe immer schwieriger würden, so daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft darauf verwenden müßten. Auch wolle die Jugend eine Organisation, worin sie sich selbst belätige, sie wolle eine Jugendbewegung, wie sie sich in den be-stehenden Organisationen zeige. — Genosse Neherau glaube, daß Parteivorstand und Generalkommission in bezug auf die Jugend schon das Richtige getroffen haben. — Genosse Franke erklärte im Gegenzug zu Schulz die Gewerkschaften als die beste Schule für die Jugend. Man sage, sie solle zu Kämpfen erzogen werden. Das geschehe aber zuerst in der Werkstatt und durch die Gewerkschaft. Die Jugendlichen spielten eine hervorragende Rolle bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Das habe namentlich die Praxis des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter be-wiesen. Aus den Tarifverträgen sei zu ersehen, daß für die Jugendlichen manche Vorteile festgelegt seien. Eine gewisse Selbst-ständigkeit sei der Jugend in der Organisation auch gewährleistet. Der Verein der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge werde nicht Tarife vorweisen können, wo die Jugend so stark berücksichtigt werde. Von der Neutralität der Gewerkschaften könne heute keine Rede mehr sein. Gewerkschaft und Partei seien eins. Die Gewerkschaften könnten und würden auch die sozialistische Bildung bei der Jugend vorbereiten. Eine politische Zentral-organisation und eine Zentralorganisation der Gewerkschaften wollten wir, nicht aber daneben noch eine Partei der Jugendlichen. — Genosse Hoffmeister trat Franke bei und äußerte sich dann zu dem Verhalten der badischen und auch zu dem der bayerischen Landtagsfraktion. Er beurteilte es aus schärfste als Disziplinbruch und schlug eine entsprechende Resolution vor. — Genosse Erkner sprach im Sinne von W. Schulz für Weibehaltung selbständiger Jugendorgani-sationen. — Nachdem sich Genosse Zirkel namens des Vorstandes zu den vorliegenden Anträgen geäußert und einige Vorschläge dazu gemacht hatte, wurde zunächst die Resolution der Jugend-organisation in folgender durch Streichung des letzten Teiles ver-änderter Fassung angenommen:

„Der Parteitag erhebt flammenden Protest gegen die von der Modmehrheit des Reichstages beschlossene politische Entziehung der proletarischen Jugend. — Bei Beratung des Reichstages, welches hat sich die Verkommenheit des Preissims abermals gezeigt, der mißfall, das Gesetz reaktionärer zu gestalten, als die Regierung vorge schlagen hatte, und der mitwirkte, die Kritik der Sozialdemo-kratie an dem Gesetzentwurf gewaltsam einzuschränken. Das Ver-streben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemo-kratistischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. — Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beachtung des Gesetzes sind überall Jugendorganisationen zu bilden und tatkräftiger als bisher zu unterstützen. Um die speziell politische Auf-klärung der Jugend zu betreiben, können an jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, der Parteioorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen.“

Annahme fand ferner ein Antrag, auf die Tagesord-nung des nächsten Parteitages die „Genossen-schaftsbewegung“ zu setzen, sowie folgende Resolution: „Die Versammlung erblidet in dem Verhalten der badischen und der bayerischen Landtags-fraktion einen Disziplinbruch und erwartet vom Nürnberger Parteitag, daß er in ganz ent-schiedener Weise dazu Stellung nimmt.“

Den schon mehrmals vertagten Bericht über die Land-tagswahl gab Genosse Pagel. Er gab eine Zusammen-stellung der mit vielem Fleiß festgestellten Zahlen, aus der die Versammelten ein gutes Bild der Vorgänge gewinnen konnten. Vor allem ging daraus hervor, welche lohnliche Arbeit seitens der Genossen geleistet werden mußte. Interessant ist, daß sich in Rig-dorf mit der unergleichlichen Entwicklung der Stadt die Verhält-nisse in der Richtung verschoben haben, daß Rigdorf aufgehört hat, reine Arbeiterstadt zu sein. Ein gut Teil von Beamten und anderen Leuten, die etwas mehr in die Suppe zu broden haben, hat in Rigdorf Wohnung genommen. Die Zahl der Umwähler hat sich in der Stadt vermehrt um 72 Proz. in der 3. Abteilung, um 123 Proz. in der 2. Abteilung und um 144 Proz. in der 1. Ab-teilung. 1903 beteiligten sich 50 Proz., 1906 aber 58 Proz. der Stimmberechtigten an der Wahl. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist um 114 Proz. gestiegen. 1903 fielen 85 Proz. der abge-gabenen Stimmen auf die Sozialdemokratie, 1906 aber 89 Proz. Und das trotz aller großen Schwierigkeiten. In der 1. Abteilung erhielten wir im ersten Wahlgange 30, in der zweiten Abteilung 135 und in der dritten Abteilung 204 Wahlmänner, also zusammen 369. Rigdorf habe sehr tüchtig geleistet und es sei zu hoffen, daß beim nächstenmal mit Energie noch mehr erreicht werde. Eine Reihe Unregelmäßigkeiten habe die Genossen zum Wahlprotest veranlaßt. — Wenn die Ausgaben die zu Wahl-greden gesammelten Einnahmen um etwa 1000 M. überstiegen, so erklärte sich dies einerseits aus der schlechten Konjunktur, aber ganz besonders daraus, daß die Landtagswahl ganz erheb-liche Ausgaben erforderte.

Es wurden dann verschiedene Anträge auf Einleitung des Verfahrens zum Ausschluß von Genossen wegen Nichtteilnahme an der Wahl erledigt. Zwei betrafen die Wuchruder Ebel und Heuer, welche als Delegierte am Verbandstag der Wuchruder in Köln teilgenommen hatten, der am Abend vor der Wahl ge-schlossen worden war. Ihnen wurde (wie in den beiden früheren Fällen) zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht den Nachzug benutzt hätten, um zur Wahl zu kommen, sondern sich an einer Rheinfahrt beteiligten. — Ebel hatte den Antrag gegen sich selbst gestellt, um ihn durch längere Ausführungen zu bekämpfen. Er meinte, daß die Teilnahme einer Anzahl Delegierter des Verbandstages

an der Rheinfahrt bei der zur Entscheidung stehenden Frage auscheiden müsse. Ein Teil der Berliner Delegierten hätte nicht an der Rheinfahrt teilgenommen und sei doch nicht in der Nacht nach Berlin gefahren. Wahrscheinlich sei nach seiner Ansicht, daß es unmöglich ein großer Versuch gegen das Parteiprogramm sein könne, wenn die Delegierten nach zehntägiger schwerer Arbeit sich nicht sofort nach Schluß der Tagung in den Zug setzten, um die mehr als 600 Kilometer von Köln in der Nacht zurückzulegen. Von den mehr als 30 Berliner, die in Köln waren, hätten sechs allerdings gewählt, das seien aber solche in Bezirken gewesen, wo es von einzelnen Stimmen abhing. Wenn das bei ihm zugetroffen hätte, wäre er auch noch nachts gefahren. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Er gehörte zur 3. Abteilung. Redner ließ sich dann noch über seine eifrige Parteilichkeit aus, über sein Mitwirken bei der Wahlarbeit vor der Abreise und darüber, daß er, der eine Befreiung über die Annahme des Mandats zurückließ, in der 2. Abteilung zum Wahlmann gewählt worden sei und als solcher bei der Abgeordnetenwahl seine Pflicht erfüllt habe. Er protestiere dagegen, mit den ausgeschlossenen Geschäftsleuten, die nur ihr Geschäft durch die Mitgliedschaft machen wollten, auf eine Stufe gestellt zu werden.

Hoffmeister beantragt, den Buchdruckern nur eine Rüge zu erteilen.

Heuer, der sich im wesentlichen Ebel anschloß, erregte großen Unwillen durch die Erklärung, daß er, wenn das Ausschlußverfahren wegen solcher Kleinigkeit beschlossen werde, überhaupt auf die Partei verzichte.

Den Standpunkt des Vereinsvorstandes vertraten u. a. Scholz, Strasser, Weiersdorf. Die anstrengende Eisenbahnfahrt könne unmöglich entschuldigen. Viele Genossen hätten wegen der Wahl Rücksicht geübt. Man könne die Buchdrucker nicht anders behandeln, wie die ausgeschlossenen Geschäftsleute. Ja, diese Geschäftsleute hätten noch eher milde Umstände geltend machen können, weil der Druck ihrer bürgerlichen Kundenschaft auf ihnen lastete und sie vielleicht in ihren Anschauungen noch nicht so gefestigt gewesen wären. Gerade von solchen Genossen, die wie Ebel in den borden Reihen saßen, müsse ganz besondere Selbstüberwindung verlangt werden. Wie andere Delegierte, hätten auch Ebel und Heuer gleich nach Schluß des Verhandlages nachts zurückfahren können und es müssen, wenn es mit einem anderen Zuge nicht möglich wäre. Die Versammlung beschloß die Einleitung des Ausschlußverfahrens.

Reinickendorf-Rosenthal.

Der Bahnübergang bei der Station Reinickendorf-Rosenthal der Nordbahn, wo schon so häufig schwere Unglücksfälle eintraten, wird im nächsten Monat verschwinden. — Die Anschließungsarbeiten für die Nordbahn sind soweit gediehen, daß an den Umbau des Bahnhofes Reinickendorf-Rosenthal gegangen werden kann. Der neue Vorortbahnhof, den heute schon rund 200 Züge passieren, wird hoch gelegt und die Kopfhängerstraße, welche bisher im Niveau gefreut wurde, obgleich die Schranken täglich 1800 Fußgänger und 600 Fuhrwerke durchlassen mußten, überbrückt. Der neue Bahnhof erhält einen 10 Meter breiten Mittelbahnsteig und große Wartehallen, die dem Massenverkehr entsprechen. Während der Bauzeit soll eine Fußgängerbrücke, welche über die heutigen Gleise führt, angelegt werden. Die provisorischen Betriebsgleise werden auf dem Platz zwischen der Nord- und Reinickendorf-Liebenwalder Bahn gebaut.

Sohen-Schönhausen.

Ortskrantentassenwahl! Die Genossen mögen in den einzelnen Betrieben sofort nach geeigneten Delegierten Umschau halten und die Namen spätestens am Dienstag, den 18. August, in der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, die bei Gersteb, Berliner Straße 98, abends 8 1/2 Uhr, stattfindet, dem Obmann der Berliner Gewerkschaftskommission, Abteilung Lichtenberg, Genossen Ferdinand Kupfer, angeben.

Die Regreßansprüche wegen der vom Gemeindefretär Linhard begangenen Unterschlagungen beschäftigte eine im Auftrage des Landrats vom Schöffengericht einberufene außerordentliche Gemeindevertreterversammlung. Da die Gemeindevertretung einstimmig der Ansicht ist, daß der Gemeindevorsteher für die Unterschlagung haftbar zu machen sei, der Kreisaustrich aber auf eine diebesschuldige Anfrage sich dahin ausgesprochen hat, das Versehen des Gemeindevorstehers sei nicht so großer Art, daß derselbe für die veruntreute Summe ersatzpflichtig ist, beschloß die Gemeindevertretung, zunächst den früheren Sekretär Linhard anzufordern, die veruntreute Summe der Gemeindefasse wieder zuzuführen und, falls diese Aufforderung, was bei der Mittellosigkeit des Linhard zu erwarten ist, erfolglos bleibt, gegen den Gemeindevorsteher die Regreßklage bei dem ordentlichen Gericht anzugreifen.

Mariensfelde.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Mariensfelde und Umgegend hielt seine Mitgliederversammlung im Lokal von Ober Schmidt ab. Genosse Gehrmann legte in seinem Vortrage über das neue Reichsvereinsgesetz den Inhalt desselben in ausführlicher klarer Weise dar. Redner kritisierte unter anderem scharf den Ministerialerlass vom 18. März 1907 und andere behördliche Maßnahmen, die verlangen, daß bei Kanalarbeiten nur oder vorwiegend ausländische Arbeiter beschäftigt werden sollen. Bei der Besprechung der preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz griff Redner die Auswahl der Publikationsorgane. In Zülpersdorf u. U. ist die „Brandenburger Zeitung“ die meist gelese. Aber nicht etwa die „Brandenburger Zeitung“, sondern die „Berliner Morgenpost“ wurde als Publikationsblatt bestimmt. In Mariensfelde besteht eine ähnliche Vorstufe noch nicht, weil der Amtsversteher noch nichts Bestimmtes hat finden können. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. In der Diskussion sprach Genosse Geuclid im Ehme des Referenten, hob die Entrechtung der Jugend hervor und richtete an die Versammelten die Mahnung, ihre Kinder unter 18 Jahren zu wirklichen Kassenbewerben kämpfen zu erziehen. Unter Vereinsangelegenheiten besaßte sich die Versammlung mit der Gründung einer Expedition. Nach ausführlicher Begründung durch Genossen Berger wurde die Gründung einer eigenen Expedition beschlossen. Als Expeditur wurde Genosse Adolf Berger, als Expeditionskommission die Genossen Breuklich, Kernerst und Müller aus Lichterode gewählt. Als Delegierte zur Generalversammlung die Genossen Krohnberg, Reinholdt und Plath. Zur Versammlung von Groß-Berlin wurden gewählt Fätterer, Neumann, Schönbeck und Jöllner.

Notwasser.

In der sehr gut besuchten Versammlung des Wahlvereins sprach Genosse Dr. Vorchardt über Genossenschaftswesen. Der mit Beifall aufgenommene Vortrag zeitigte eine sehr rege Diskussion, an der sich unter anderem die Genossen Naab, Jöllner und Grub beteiligten. Abdoman berichtete Genosse Krohnberg über den Erfolg der letzten Agitation. Danach wurden genommen 76 Mitglieder für den Wahlverein, 22 Leser für die „Brandenburger Zeitung“, 18 Leser für die „Gleichheit“ und 5 „Vorwärts“-Leser. Als Delegierte für die Generalversammlung des Zeltower Kreises wählte die Versammlung die Genossen Krohnberg, Reinholdt und Plath. Zur Versammlung von Groß-Berlin wurden gewählt Fätterer, Neumann, Schönbeck und Jöllner.

Gerichts-Zeitung.

Mitverantwortlichkeit bei der Automobilfahrt.

Der Ingenieur Lederer, der bei der Automobilzentrale angestellt ist, machte gemeinsam mit einem noch wenig ausgebildeten Chauffeur eine Automobilprobefahrt durch den Grunewald. Auf einer Strecke,

die laut Tafeln nur im Schritttempo durchfahren werden darf, wurde ein schnelleres Tempo innegehalten. Der Ingenieur wurde deshalb wegen Uebertretung der Oberpräsidialverordnung über den Verkehr mit Kraftwagen angeklagt. Er bestritt, strafbar zu sein, da auf jener Strecke der Chauffeur und nicht er die Lenktauge in der Hand gehabt habe. Lederer wurde jedoch vom Landgericht III zu einer Geldstrafe verurteilt. In der Begründung wurde gesagt: Der Chauffeur hätte ebenfalls angeklagt werden können, aber auch der Angeklagte habe sich strafbar gemacht. Der Chauffeur sei noch wenig ausgebildet gewesen im Führen eines Kraftwagens. Der Angeklagte habe ihn beaufsichtigt bei der Fahrt und ihm zur Uebung die Lenktauge in die Hand gegeben. Es entschuldige ihn auch nicht, wenn er, wie er behauptet, den Chauffeur auf die Warnungstafeln aufmerksam gemacht hätte. Denn er hätte überhaupt verhindern müssen, daß der Chauffeur das zu schnelle Tempo innehielt. Er sei Mitläufer, weil er es gesehen ließ. — Das Kammergericht verwarf kürzlich die Revision. Der Angeklagte sei schon deshalb mitverantwortlich für die Schnelligkeit der Fahrt, weil ein noch nicht ausreichend ausgebildeter Chauffeur unter seiner Leitung den Wagen führte.

Den Bod zum Gärtner gefeßt hatte man in der Person des früheren Schlossermeisters, jetzigen Privatwärters Richard Röske, welcher sich gestern unter der Anklage des schweren Diebstahls vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte. — Kurz nach Pfingsten wurde bei dem Kaufmann Karfunkelstein, der in dem Hause Alexandrinenstraße 20 wohnt, ein der üblichen Kereneinbrüche verübt. R. war mit seiner Familie während der Pfingstferien verreist gewesen, und während seiner Abwesenheit hatten Einbrecher der unbewachten Wohnung einen Besuch abgestattet. Gestohlen wurden Goldsachen und Kleidungsstücke im Gesamtwerte von über 2000 M. Die Täter waren, wie Lichterest bewiesen, in der Nachtzeit eingedrungen und hatten in aller Gemütsruhe die Wohnung ausgeräumt, obwohl diese in ganz besonderer Weise von der Nach- und Schlüsselgesellschaft bewacht worden war. Die Kriminalpolizei ging allen möglichen Spuren nach, um die Einbrecher zu ermitteln, jedoch blieben alle Recherchen erfolglos. Auffällig war es, daß der bei der Nach- und Schlüsselgesellschaft angestellte Wächter Röske, der gerade jenen Bezirk zu überwachen hatte, sich sehr gleichgültig benahm, als man ihm Mitteilung von dem Einbruch machte. Niemand kam jedoch auf den Verdacht, daß der Täter in der Person des zur Ueberwachung angestellten Nachwärters selbst zu suchen sei. Nach längerer Zeit wurde ermittelt, daß einzelne Teile der bei Karfunkelstein gestohlenen Sachen in einer Handleihe auf den Namen eines „Hafestuhlführers Röske“ verfeßt worden waren. Unter Anwendung des sogenannten Märdtragesystems stellte die Polizei fest, daß vor mehreren Jahren ein gewisser Röske in einer hiesigen großen Fabrik als Hafestuhlführer angestellt gewesen war. Das Signalment, welches die Fabrikleitung gab, stimmte genau mit dem des jetzigen Angeklagten überein. Dieser wurde in ein Kreuzverhör verwickelt, bei welchem er, als er sah, daß er sich hineingeredet hatte, folgendes „Geständnis“ ablegte: Er selbst habe den wirklichen Dieb bei seiner Tat abgefaßt und habe ihn der Polizei übergeben wollen. Untermwegs habe dieser ihn himmelhoch geloben, ihn und seine Familie nicht unglücklich zu machen, er wolle ihm auch einen Teil der gestohlenen Schmucksachen als Schweißgeld überlassen. Da er selbst damals in Not gewesen sei und der Täter ihm leid getan habe, habe er sich verleiten lassen, einen Teil der Schmucksachen anzunehmen, die er später in der Handleihe verfeßt habe. Dieses Märchen tischte der Angeklagte auch dem Gericht auf, er fand damit aber nicht den geringsten Glauben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren mit Rücksicht auf die Verstrafen des Angeklagten. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß ein Mann, der gerade zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit berufen sei und dann selbst einen raffinierten Einbruch begehe, reif für das Justizhaus sei. Das Urteil lautete deshalb auf 1 Jahr und 6 Monate Justizhaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Wegen 38 Pf. — — — 3 Monate Gefängnis!!

Ein Bild vom Glend beim Militär liefert ein Fall, der jetzt vor dem Kriegsgewicht der 28. Division in Dresden zur Verhandlung gelangte, wodurch auch gleichzeitig die harten Strafbestimmungen für schweren Diebstahl eine grelle Beleuchtung erfahren. — Auf der Anklagebank mußte der bisher unbestrafte Soldat Richter vom 177. Infanterie-Regiment Platz nehmen. Der von Hause aus gänzlich mittellose Angeklagte war am 30. Juli ohne einen Pfennig Bargeld. Er hatte Hunger und wollte sich etwas zu essen kaufen. Er beschloß daher, mit seinem Schranckschlüssel den Schrank eines Kameraden zu öffnen, in welchem er Geld vermutete. Sein Schlüssel paßte zufällig zu dem Schloß seines Kameraden und der Angeklagte entwendete aus einem Geldbeutel, der 8—10 M. enthielt, eine Mark. Er ging nach der Kantine und kaufte sich für 38 Pf. Schwaren. Der Diebstahl wurde gleich entdeckt und der Angeklagte gestand auch gleich die Tat ein, die noch übrigen 62 Pf. gab er seinem Kameraden zurück. Man nahm den „Verbrecher“ gleich in Haft. Vor dem Gericht erklärte er weinend, er habe Hunger gehabt, wenn Keineres Geld im Beutel gewesen wäre, hätte er weniger genommen. Der Tatbestand des schweren Diebstahls war gegeben und das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der Mindeststrafe von — — drei Monaten Gefängnis!!

„Grabrede“ und Polizeiverordnung. Der Eigentümer Schulz zu Bergheim, der einer Seite „Evangelische Gemeinschaft“ angehörte, ließ sein verstorbenes Kind auf dem evangelischen Kirchhof beerdigen. Nach dem Ritus jener Seite sprach der Seltensprecher Jodmann am Grabe Bibelstellen und Gebete. Dadurch sollte er eine für die Kreise Witzig und Schubin erlassene Polizeiverordnung übertreten haben, welche bestimmt: „Auf den evangelischen und katholischen Begräbnisplätzen dürfen Grabreden von anderen Personen als Geistlichen nur mit Genehmigung des ersten Geistlichen gehalten werden.“ Das Landgericht Cromberg verurteilte auch den Angeklagten, weil er ohne die erforderliche Genehmigung eine Grabrede auf dem evangelischen Kirchhof gehalten habe, zu einer Geldstrafe. Das Gericht erachtete die Verordnung für rechtmäßig. Sie widerspreche nicht dem in Artikel XII der preussischen Verfassung ausgesprochenen Grundsatz der freien Religionsübung. Dieser bedeute, daß Handlungen nicht deshalb verboten oder verhindert werden sollten, weil sie sich als öffentliche Ausübung einer bestimmten Religion darstellten. Er bedeute nicht, daß jedermann befreit sei, seine Religion überall auszuüben, und daß jedermann verpflichtet wäre, auf seinem Eigentum Handlungen eines anderen zu dulden, nur weil sie Religionsübungen seien. Im übrigen werde die Polizeiverordnung rechtlich gestützt durch § 8d des Polizeiverordnungs-Gesetzes, welcher zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften rechne: Ordnung und Geheißlichkeit beim öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen. Auch sei es als „Grabrede“ anzusehen, wenn Angeklagter Bibelstellen und Gebete am Grabe vortrug. Eine direkte Ansprache lege der Begriff nicht voraus. Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Bis Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Tristan und Isolde. Freitag: Rigoletto. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Kadame Butterfly. Sonntag: Carmen. Montag: Fidelio.
Königl. Schauspielhaus. Bis Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Mimma von Darmheim. Freitag: Die Nadelweberin. Sonnabend: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Sonntag: Wallensteins Tod. Montag: Die Journalfisten.
Neues königl. Operntheater. Sonntag: Die Bohème. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Kolyergrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Die Bohème. Mittwoch: La Traviata. Donnerstag: Die Walläre. Freitag: Kolyergrin. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Sonnabend: Die Nadelweberin. (Anfang 7 Uhr.)

Sonntag: Die Bohème. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Montag: Lammhauer. (Anfang 7 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag: Die Räuber. Montag: Was Ihr wollt. Dienstag: Des Meeres und der Liebe Wellen. Mittwoch: Was Ihr wollt. Donnerstag: Die Räuber. Freitag: Was Ihr wollt. Sonnabend: Ein Sommernachtstraum. Sonntag: Was Ihr wollt. Montag: Die Räuber. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Deutsches Theater (Kammerstücke). Sonntag: Frühlings Erwachen. Montag: Gogol und sein Ring. Dienstag, Mittwoch: Aschik-Bat. Donnerstag: Frühlings Erwachen. Freitag: Rju. Sonnabend: Frühlings Erwachen. Sonntag: Rju. Montag: Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Leffing-Theater. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Weber. Abends: Der Raub der Sabinerinnen. Montag: Nora. Dienstag: Hedda Gabler. Mittwoch: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag: Die Stützen der Gesellschaft. Freitag: Die verurteilte Glode. Sonnabend: Der Raub der Sabinerinnen. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Rosenmontag. Abends: Der Raub der Sabinerinnen. Montag: Die Weber.

Neues Theater. Täglich: Baccarat.
Neues Schauspielhaus. Täglich: Die Dollarprinzessin.
Kleines Theater. Täglich: Der Hieb im Ohr.
Reinhold-Theater. Täglich: Der Hieb im Ohr.
Heddel-Theater. Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend: Chrysemis. Montag, Mittwoch, Freitag und nächsten Sonntag: Frau Warrens Gewerbe. Montag: Unbestimmt.

Lukivielhaus. Täglich: Die blaue Maus.
Trianon-Theater. Täglich: Fräulein Jette — meine Frau.
Theater des Westens. Täglich: Ein Walzertraum.
Zauber-Theater O. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Faubertste. Abends 8 Uhr: Der Prophet. Montag: Der Troubadour. Dienstag: Nigardos Hochzeit. Mittwoch: Die weiße Dame. Donnerstag: Der Prophet. Freitag: Der Postillon von Lonjumeau. Sonnabend: Die Jüdin. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Afrikaaner. Abends 8 Uhr: Der Troubadour. Nächsten Montag unbestimmt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein Fallsement. Abends 8 Uhr: Hans Duden. Montag: Willst Du die Lore. Dienstag: Stein unter Steinen. Mittwoch: Der Künstler. Donnerstag: Das letzte Mittel. Freitag: Ein Fallsement. Sonnabend: Das Stillsitzen. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Stein unter Steinen. Abends 8 Uhr: Das Stillsitzen. Montag: Ein Fallsement.

Friedrich-Wilhelms-Opernhaus. Täglich: Ein Madenwäler.
Thalia-Theater. Sonntag bis Sonnabend: Mitternachtsmäden. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: Charles Lanté. Abends 8 Uhr und Montag: Mitternachtsmäden.

Yulien-Theater. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Schloß am Meer. Abends 8 Uhr: Sule.
Verdard Hofe-Theater. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Das Geheimnis von New York. Nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr: Im Hause der Sünde.

Gebr. Herrfeld-Theater. Täglich: Das kommt davon! Es lebe das Nachleben. (Anfang 8 Uhr.)
Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man sehen! (Anf. 8 Uhr.)
Wintergarten. Abends 8 Uhr: Spezialitäten.
Hypoko-Theater. Abends 8 Uhr: Vera Violetta. Spezialitäten.
Hoftheater. Abends 8 Uhr: Spezialitäten. Heute nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten.

Berliner Brater-Theater. Abends 8 Uhr: Die Welt ein Paradies.
Walhalla-Theater. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Carl-Haberland-Theater. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Theater. Abends 8 Uhr: Nir wollen Segeln. Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Abends 8 Uhr: Steifener Sänger.
Urania-Theater. Landwehrstr. 48/49. Sonntag, Mittwoch und Sonnabend: Von der Jungfrau zum Wahmann. Montag und Freitag: Ueber den Errenner nach Venedig. Dienstag: Durch Dänemark und Schweden. Donnerstag und Sonntag, den 23. August, die Gletscher der Hochgebirge und die Gletscher unserer Heimat. (Anfang 8 Uhr.)
Sterntour, Invalidenstr. 67—68.

Familien-Sterbefasse Pieschmann. Heute: Jahrlag und Aufnahme neuer Mitglieder bei No. 10, Dudenstraße, 5, von 10—12 Uhr.
Rebende Kranken- und Sterbefasse Nr. 5 (gegr. 1795). Heute: Jahrlag, Gellertstraße 14.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Züllichau-Schwiebus-Krosien-Sommerfeld (Ortsverein Berlin). Dienstag, den 18. d. M., abends 7 1/2 Uhr bei Hoffmann, Köpenickerstraße 47, Verlethausung von der Kreis-Generalversammlung.

Vermischtes.

Märtyrer der Polarforschung.

Kopenhagen, 15. August. Das Komitee der Danmarks-Expedition erhielt von Kapitän Trolle folgenden telegraphischen Bericht: Expeditionsleiter Nylus Erichsen samt Hagen und Örnlund trennten sich am 27. Mai 1907 am Peary-Kanal von Nochs Schlittenabteilung. Nachdem sie durch Kartenaufnahmen bis Ende Juni aufgehalten waren, verbanderte Schneeschmelze ihre Rückreise. Sie waren gezwungen, den Sommer über 125 dänische Meilen vom Schiff entfernt zu bleiben ohne Proviant und ohne Petroleum, lediglich auf ihr Jagdglück angewiesen. Infolge unergiebiger Jagd waren sie bei Beginn ihrer Heimreise am 19. Oktober, die sie mit vier Hunden antraten, entkräftet. Wahrscheinlich reisten sie auf kürzestem Wege über das Inlandeis. Sie marschierten unter verzweifeltsten Verhältnissen bei Mangel an Proviant und Fußbekleidung. Durch zunehmende Dunkelheit und Kälte wurde ihre Kraft gebrochen. Ungefähr 40 dänische Meilen über das Inlandeis vorgebrungen, suchten sie wahrcheinlich nach einem Orte, wo die Resultate ihrer großen Arbeit aufgefunden werden konnten. Sie wählten hierzu das Depot auf 79 Grad. Nylus Erichsen und Hagen starben vor Erreichung dieses Zieles. Nur Örnlund erreichte den Depotplatz, er setzte sein Testament auf und schrieb die letzten Verträge in Notizbuch. Darauf legte er sich resigniert mit der Wäsche in der Hand nieder und erlitt den Tod durch Erfrieren. Aus dem Notizbuch geht hervor, daß Hagen am 5. November starb; Nylus Erichsen ungefähr 10 Tage später. Örnlund ist begraben worden, Hagens und Erichsens Leichen waren bis dahin unauffindbar, da alles mit meterhohem Schnee bedeckt ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 5, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fabrikstr. 10, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Westend 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und eine Zahl als Vorzeichen beizufügen. Ortschaftliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

O. E. 62. 1. Interventionsklage oder Biberprüchklage nennt man die Klage, die der Eigentümer eines Gegenstandes gegen den erhebt, der wegen einer fremden Schuld die dem Eigentümer gehörige Sache gepfändet hat. 2. Die Leistung des Pfänders hat keine rechtliche Verbindungen von Rechten zur Folge. — Schanzenstr. Der Hauswirt ist verpflichtet, die ohne Schuld des Mieters zerbrochene Schüssel zu ersetzen, falls nicht der Mietsvertrag das Gegenteil besagt. In den meisten Berliner Mietsverträgen ist die Gefährdung des Hauswirts an den Mieter abgemacht. Trifft dies auch bei Ihnen zu, so ist es ratsam, die Schüssel zu versichern. — P. D. Friedenau. Nein, aber einem Antrag kann unter Umständen Folge gegeben werden. Ratam ist es, eventuell auch bei der Zwangsversteigerung einen Antrag auf Schadenersatz zu stellen. — E. M. 75. Nein, Sie mühen zunächst den Klempnermeister zu der Reparatur innerhalb einer angemessenen, von Ihnen gestellten Frist aufzureden und ihm anzudeuten, daß Sie nach Ablauf der Frist auf seine Kosten die Reparatur vornehmen lassen werden. Die dann veranlagten Kosten mühen Sie dann einlagern. Ihnen liegt aber der Nachweis ob, daß in der Tat zu fehlerhaft gearbeitet war. — M. H. 1. Leider würde eine Klage auf Lohnzahlung wenig Aussicht auf Erfolg haben. — H. M. 1. Die von Ihnen genannte Bayere sind höher. — Oberhörnweide 2. Die Verjährungsfrist für Stillstandsverträge beträgt 10 Jahre. — E. S. 100. 1. Ja. 2. Es mühte geklagt werden.

Wöchentliche Marktberichte der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Futur genähend, Geschäft lebhaft, Preise auf Geflügel: Futur sehr knapp, Geschäft sehr rege, Preise sehr hoch. Risse: Futur genähend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur genähend, Geschäft sehr ruhig, Preise gedrückt.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGERSTRASSE

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Diese Woche — soweit Vorrat reicht:

Extra preiswertes Angebot

Press - Glas

Kompotteller diverse Muster	5 Pf.
Kompotschalen rund ... 10, 15 bis 45 Pf.	
Kuchenteller rund, gross	28 Pf.
Zuckerschalen	10, 14 Pf.
Butterdosen	rund 20 Pf., eckig 48 Pf.
Käseglocken	43, 45, 55 Pf.
Apfelreiben oval	25 Pf.
Zitronenpressen	7, 10 Pf.
Wasserbecher	5, 6 Pf.
Kompotteller „Kohinoor“	10 Pf.
Kompotschal. „Kohinoor“	10, 14, 20, 32 Pf.
Kompotschalen „Kohinoor“	35, 45, 60 Pf.
Käseglocken „Kohinoor“	75 Pf.
Zuckerdosen „Kohinoor“	32 Pf.
Marmeladedosen „Kohinoor“	18 Pf.
Salz- u. Pfeffergefäße „Kohinoor“	10 Pf.

Tafel- u. Kaffee-Geschirre

Echtes Porzellan, dekoriert		
Tafelgeschirre	Feston-Form 3 blaue Linien u. Goldrand	Gold-Empire-Guirlande
Speiseteller flach od. tief	38 Pf.	38 Pf.
Dessertteller	18, 23, 28 Pf.	22, 25, 28 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel	3 ¹⁰ 4 ²⁵	3 ¹⁵ 5 ²⁵
Kartoffelschüsseln mit Deckel	2 ⁴⁵	2 ⁴⁵
Salatschüsseln viereckig	55, 70 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ⁵⁰ 2 ¹⁰	50, 75 Pf. 1 ⁰⁵ 1 ⁵⁵
Bratenschüsseln oval ..	85 Pf. 1 ¹⁵ 1 ⁴⁰ bis 3 ⁸⁰	95 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁵⁵ bis 3 ⁵⁰
Platten rund, flach od. tief	1 ⁵⁵ 2 ¹⁰	1 ⁰⁵ 2 ¹⁰
Saucières	1 ¹⁰ 1 ⁵⁰	1 ²⁵
Salz- u. Pfeffergefäße	45 Pf.	55 Pf.
Kaffeegeschirre		
neue Form	3 blaue Linien u. Goldr.	Gold-Empire-Guirlande
Kaffeekannen	70, 90 Pf. 1 ¹⁰ bis 2 ⁰⁵	70, 90 Pf. 1 ¹⁰ bis 2 ⁰⁵
Teekannen	90 Pf. 1 ²⁰ 1 ⁵⁰ 1 ⁸⁰	95 Pf. 1 ²⁰ 1 ⁵⁰
Milchkannen	20, 28, 40, 48 bis 95 Pf.	23, 30, 45, 55 bis 95 Pf.
Zuckerdosen	65, 90 Pf. 1 ¹⁰	65, 85 Pf.
Kaffee- od. Teetassen	28 Pf.	28 Pf.

Emaile

Wannen oval	1 ⁴⁰ 1 ⁷⁵ 2 ⁰⁰
Wannen rund	1 ²⁰ 1 ⁰⁰ 2 ⁰⁰
Schmortöpfe ohne Ring ..	35, 40, 50, 60 Pf.
Schmortöpfe mit Ring ...	45, 55, 70, 80 Pf.
Gaskochtöpfe mit Deckel	50, 65, 75, 85 Pf.
Maschinentöpfe	32, 40, 45, 50 Pf.
Wasserkessel für Gas	85 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ²⁰ 1 ⁴⁰
Kasserollen mit Stiel	30, 35, 45, 55 Pf.
Kaffeekannen	1 ⁰⁰ 1 ¹⁵ 1 ³⁵ 1 ⁵⁵
Durchschläge mit Stiel ..	38, 45, 55, 65 Pf.
Eimer gute Qualität	75, 85, 95 Pf.
Toiletteimer mit Rohrbügel	3 ²⁵
Mülleimer mit Deckel und Aufschrift	2 ⁴⁵
Schüssel flach	24, 26, 28, 30 Pf.
Küchenschüssel tief ...	38, 45, 50, 65 Pf.
Teller flach	8, 10, 15 Pf.

Echtes Porzellan

weiss	
Speiseteller flach	15 Pf.
Suppenteller tief	18 Pf.
Dessertteller ... 9, 12, 14 Pf.	
Suppenschüsseln 95 Pf. 1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵	
Bratenschüsseln 48, 70, 85, 1 ³⁵ 1 ⁷⁵	
Salatiären viereckig	42, 48 Pf.
Bratenplatte rd., flach und tief	28 bis 55 Pf.
Beilagenschal. oval	22, 28 Pf.
Saucières	45, 55 Pf.
Kaffee- od. Teetassen ...	9 Pf.

Lenkester-Cigaretten

New-Yorker Mischung, sind hervorragend in Geschmack und Aroma.
Generalvertreter für Deutschland:
S. Rund, Berlin O.,
 Marsilius-Str. 23. Amt VII, 10 479.

Wer — Stoff — hat
 fertige Anzüge nach Maß 20 W.
 Zehlfelder Str. haltbare Futterstoffen.
 Bei Stofflieferung billigste Preise.
Franke, Adlerstraße 143,
 35249

mit Teilzahlung
 Wöchentlich nur 1 Mark!
 Große Auswahl Uhren,
 Goldwaren jeder Art. Zithern,
 Phonographen,
 Grammophone,
 Musikwerke etc.
 Verkauf von prima
 Platten und Walzen.
Jahre & König, Warenhaus
 Straße 60, 1. Etage, und Reinickendorfer
 Straße 101, 1. Etage.

Die Harnleiden
 Ihre Gefahren, Verhütung und
 Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
 BERLIN — Preis 1 Mark.
 ■ Dies Tausend ■
 Verlag Max Richter Frankfurt (Oder)
 Buchmühl-Canal

Über 100 Morgen
 neu aufgeschlossenes Gelände,
 5 Minuten vom Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour
 Güterhof, hohe Ansehung,
 hübsche Wohnungen, bester
 fehmig, Gartendeb., Gas- u.
 Wasserleit., einst. Zahlungs-
 beding., langjähr. Hypothek.
 Best noch
DR. von 10 M. an.
 Auf d. unf. dicht a. Terrain
 wohn. Terr. G. Stromegne,
 Kaulsdorf, Altonaerstr. u.
 Neuhau. S. d. d. v. — Besten:
Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 10

Metzner
 BERLIN
 Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95
 Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133
Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.
1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin
 ein grösseres Spezial-Geschäft in
 der Branche als das meinige nachweist. — KATALOG GRATIS.

Kaufen Sie Augengläser nur bei einem Fachmann! — Wer ist das?
Optiker Läckemäcker
 I. Schönhauser Allee 136
 II. Kommandantenstr. 32
 Empfiehlt Brillen u. Pincenez 1 W. an, Thermometer 30 Pf. an,
 Reise-gläser, sehr schön 8,50 W., Barometer, bestes Wert 5,50 W.
 Gebr. 1895. — Reparaturen in eigener Werkstatt. — Gebr. 1895

Herrenkleidung für 1 Mark
 wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Knöpfe, liefert das bekannte
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28,
 eine Verkaufsstelle, Verarbeitung halberer Stoffe unter Garantie für solches
 liefern Sie, auch mit Knöpfen, jederzeit, Nichtabgehende Wohnung, Geldlos
 (Kontostückchen) werden nur im
Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse,
 in Postämtern Warenstücke nur gegen Baße verkauft.
 Unter Consum-Kingag, sehr halber und praktisch, kostet nur 12,75 Mark.

**Große Dampfer-
 Ferienfahrten**
 nach **Wernsdorfer Schleuse** in der **Gosener Berge.**
 (Jeden Sonntag (außer Sonnabend)
 früh 9¹⁵ Uhr, nachmittags 2 Uhr, ab Schillingsbrücke.
 Hin u. zurück 50 Pf. Hierzu ladet freundlich ein
Paul Schwedler,
 Restaurant zum Ober-Spree-Kanal.
 Von nachmittags ca. 2 Uhr an (halb-) nach **Kyffhäuser.**
 (Rundl.) Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. / Restaurant

Auskünfte über Vermögen, Familienverhältn., Mitgift, Vorlob., Ruf, Einkom. usw.
 Ermittl. i. all. Vertr.-Angel. a. disk. **Max Krause & Co.,** Auskunftei, Berlin-Sch. 26, Hauptst. 10.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1892
 nur **Oranienstr. 158.**
 Unterhalte nirgends Filialen!
jetzt Sommer Räumungsverkauf!
 Extra billig: Zurückgesetzte
Teppiche Tischdecken Portieren Gardinen Steppdecken
 Schlaf- u. Reisedecken, Fallteppiche, Bettvorlagen etc.
Räumungs-Extraliste
 enorm billiger Artikel
gratis u. franko.

Für weniger Geld schönere Gardinen
 Stores, Bettdecken, Zierdecken, Zuggardinen, Scheibenschleier in Herkulestill, Erbstill etc.
 Wegen Anwendung der elektrischen Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit.
Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer Gardinen-Fabriken
Johann Peilot & Co., Kommanditgesellschaft.
C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor.
S.O. Wiener Straße 11, gegenüber der Hochbahn.
S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüb. Boppstr.
O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnim- Straße 13, Ecke Boxhagener Straße.
O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

Aus Industrie und Handel.

Einfluß der Krise auf den Außenhandel.

Nicht nur in Deutschland hat die zurzeit herrschende Wirtschaftskrise einen Rückgang der Ein- und Ausfuhr bewirkt, sondern auch in den meisten anderen Industrieländern.

Während die deutsche Ausfuhr im ersten Halbjahre 1908 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 3306 Millionen auf 3270 Millionen Mark, also um 36 Millionen oder 1,1 Proz. gefallen ist, sank die Ausfuhr:

Belgiens von 1206 Millionen auf 1265 Millionen Frank, das sind 2,4 Proz.

Frankreichs von 2783 Millionen auf 2608 Millionen Frank, also um über 6 Proz.

Großbritanniens von 206 Millionen Pfund Sterling auf 190 Millionen, d. h. um 7,8 Proz.

Die Ausfuhr der Schweiz im ersten Vierteljahr 1908 (neuere Zahlen liegen zurzeit noch nicht vor) ging gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres von 279 auf 288 Millionen Frank, also um 3,9 Proz. zurück, während Italien in den ersten fünf Monaten des Jahres 1908 Waren im Werte von 761 Millionen Lire gegen 791 Millionen Lire im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres ausführte. Der Rückgang beträgt hier 3,8 Proz.

In Oesterreich-Ungarn ist der Rückgang der Ausfuhr in den ersten fünf Monaten geringer gewesen (991 Millionen Kronen im laufenden gegen 932 Millionen Kronen im Vorjahre); in den Vereinigten Staaten von Amerika fiel die Ausfuhr amerikanischer Erzeugnisse von 1954 Millionen Dollar im Fiskaljahre 1907 auf 1835 Millionen Dollar im abgelaufenen Fiskaljahre.

Um bei weitem größten Teil ist der Ausfall im Export der europäischen Länder durch die geringere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt. Das tritt deutlich hervor in den Aufzeichnungen der amerikanischen Einfuhr. Während die Vereinigten Staaten im Fiskaljahre 1907 (1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907) für 1434 Millionen Dollar importierten, betrug die Einfuhr im Fiskaljahre 1908 nur 1194 Millionen Dollar. Das ist eine Abnahme von 240 Millionen Dollar oder 16,7 Proz.

Auch in anderen Staaten ist die Einfuhr dieses Jahres erheblich geringer als im Vorjahre. In Deutschland betrug sie im ersten Halbjahre 1907 4344 Millionen Mark, im gleichen Zeitraum dieses Jahres dagegen 4160 Millionen Mark, in Großbritannien in derselben Zeit 828 bzw. 808 Millionen Pfund Sterling, in Frankreich im ersten Semester 1908 3049 Millionen Franken gegen 3185 Millionen im ersten Semester 1907. Belgien führte im ersten Halbjahr 1907 für 1835 Millionen Franken ein, 1908 dagegen nur für 1702 Millionen Franken. Die Einfuhr der Schweiz belief sich im ersten Vierteljahr 1908 nur auf 885 Millionen Franken gegen 896 Millionen in den ersten drei Monaten des Jahres 1907. In Italien stellte sich die Einfuhr der ersten fünf Monate dieses Jahres auf 1209 Millionen Lire gegen 1261 Millionen Lire im Vorjahre.

Roheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Juli 1908 insgesamt 1 010 770 To. gegen 956 425 Tonnen im Juni 1908 und 1 123 908 Tonnen im Juli 1907.

Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für 1908 angegeben worden ist:

Table with 2 columns: Eisenart and Tonnen. Includes categories like Gießereiroheisen, Bessemerroheisen, Thomasroheisen, Stahl- und Spiegeleisen, Puddelroheisen.

Die Erzeugung während der Monate Januar-Juli 1908 stellte sich auf 7 060 491 Tonnen gegen 7 479 919 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Der Zulieferverband des deutschen Stahlwerksverbandes.

Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug, wie dröhnlich aus Düsseldorf gemeldet wird, im Juli d. J. 988 700 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 878 861 Tonnen im Juni 1908 und 488 426 Tonnen im Juli 1907. Von dem Zulieferverband entfallen auf Halbzug 114 335 Tonnen (98 066 Tonnen im Juni d. J. und 121 574 Tonnen im Juli 1907), auf Eisenbahnmateriale 147 420 Tonnen (165 196 Tonnen im Juni d. J. und 187 151 Tonnen im Juli 1907) und auf Formeisen 126 954 Tonnen (115 100 Tonnen im Juni d. J. und 179 701 Tonnen im Juli 1907). Der Verband von Eisenbahnmateriale stellte sich 17 776 Tonnen niedriger, der von Halbzug um 16 279 Tonnen und der von Formeisen um 11 845 Tonnen höher als im Vormonat.

Dem „Stahlwaren-Arbeiter“, Organ des Solinger Industrie-Arbeiter-Verbandes, gefällt der „Vorwärts“ nicht mehr. Nachdem

er sich vor kurzem erst über eine Notiz, die Krise im Solinger Industriebezirk betreffend, ereifert hatte (wir antworteten auf die Knipfelpetition, in der man der Notiz die verrückte Absicht unterzöge, die Krise aus der „Müßiggangigkeit“ der Solinger Arbeiter erklären zu wollen, nicht), hält er sich in der Nr. 32 über eine Notiz in Nr. 177 des „Vorwärts“ über den Solinger Banfrach auf. Wir würden ruhig auch über diese Knipfelpetition hinweggehen können. Denn die Schreibweise des „Stahlwaren-Arbeiter“ ist derart unanständig, daß sie eine Erwiderung kaum zuläßt. Verwahren müssen wir uns aber dagegen, daß der „Vorwärts“, der Solinger Arbeiterkassette alles „Schlechte“ wünscht. Ebenso sehr müssen wir gegen die Absurdität, als wollten wir die Krise in Solingen aus der „Müßiggangigkeit“ der Arbeiter erklären, protestieren. Wir suchten nur nachzuweisen, daß die Heimarbeiter in Solingen von der Krise doppelt schwer betroffen werden, weil ihnen auch der Zins für die zum Teil sehr teuren Arbeitsgerätschaften verloren geht. Die Ansicht, daß die Krise die Existenz des Industrie-Arbeiter-Verbandes bedrohe (die öfter anderwärts vertreten wurde), haben wir nie geteilt; im Gegenteil erwarten wir, daß wie bisher, so auch weiterhin der Verband in der Lage sein wird, seinen Mitgliedern im vollsten Maße die Segnungen der Organisation zuzulassen zu lassen. Ueber die Verdrängung der Arbeiter, sich möglichst gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, brauchen wir wohl überhaupt nicht zu streiten. Damit ist für uns der „Stahlwaren-Arbeiter“ erledigt.

Soziales.

Die Zurückweisung Verbandsangelegter

als Parteivertreter durch Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben wir häufig beklagt und eine Aenderung der Gesetzgebung verlangen müssen, weil — unseres Erachtens freilich irrig — in wachsendem Maße Gewerkschaftsbeamte als „geschäftsmäßige“ Vertreter erachtet und zurückgewiesen werden. In der letzten Verhandlung vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts traf eine solche Zurückweisung den Berliner Bezirksleiter des „deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ zum zweiten Male. Durch das Aufreten des Bezirksleiters sah sich das Gericht auch zur Verhängung einer Ungebührstrafe veranlaßt. Der Vorsitzende der Kammer, Assessor Dr. Jordan, hatte bereits in dem vorausgegangenen Vergleichstermin den als Vertreter einer Klägerin erschienenen Verbandsbeamten Waly zur Vertretung nicht zugelassen, weil dieser sich selbst als Geschäftsführer des Berliner Verbandsbureaus bezeichnet hatte. Als er im gestrigen Kammertermin wiederum als Vertreter erschien, fragte der Vorsitzende, warum nicht im Interesse der Klägerin eine andere Persönlichkeit erscheine, denn er wisse doch, daß er (der Vorsitzende) ihn das vorige Mal nicht zugelassen habe. Der Geschäftsführer Waly replizierte darauf: „Das ist mir nicht maßgebend“. Das Gericht zog sich nunmehr sofort zurück und sahte nach längerer Beratung den Beschluß, B. wegen ungebührlichen Benehmens gegenüber dem Gericht in eine Ordnungsstrafe von 20 Mark zu nehmen und ihn wegen seiner Eigenschaft als Verbandsbeamter nicht zur Vertretung zuzulassen. Den auf Nichtzulassung des Verbandsbeamten lautenden Beschluß halten wir aus den wiederholt von uns dargelegten Gründen für einen nicht dem Gesetz entsprechenden. Läßt man nicht allein den Buchstaben, sondern den Zweck des Gesetzes entscheiden, so ist die Praxis, Gewerkschafts- oder Verbandsbeamte als „geschäftsmäßige“ Vertreter anzuzupfechen, verfehlt, selbst wenn eine besonders ungeschickte Persönlichkeit, die der hier in Betracht kommende Verbandsbeamte zu sein scheint, durch seine Erklärungen Anlaß zu der Annahme, er betreibe die Vertretung von Parteien „geschäftsmäßig“, gibt. Wenn im vorliegenden Fall das Gericht dem Beamten eine Ordnungsstrafe wegen seines ungebührlichen Benehmens auferlegt, so bedauern wir das aus zwei Gründen: Von der Befugnis, eine Ordnungsstrafe auszusprechen, sollte ein Gericht überhaupt Abstand nehmen, zum mindesten aber nur in Fällen besonders gröblicher absichtlicher Verletzung des Anstandes vorgehen, da, wo ein ungebührliches Benehmen dem Beteiligten so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß er die Einsicht von der Ungebührlichkeit seines Benehmens nicht besitzt, sollte ein Gericht, auch wenn es grundsätzlich der Judikation einer Ungebührstrafe in besonderen Fällen geneigt ist, nicht einschreiten. Die Frage aber, ob der Verbandsbeamte des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes die nötige Erkenntnis von der Ungebührlichkeit seiner Handlung besessen hat, scheint das Gericht nicht richtig gewürdigt zu haben.

Handlungsagent oder Reisender?

Die wegen der gerichtlichen Zuständigkeit wichtige Frage, ob jemand als Agent oder Reisender anzusehen ist, wird meist durch das mehr oder minder grobe Vorhandensein eines Abhängigkeitsverhältnisses zu entscheiden sein. Auch ist für die Reisendenqualität gewöhnlich Vorbedingung, daß der Betreffende nur für eine Firma reist. Das ist aber keineswegs stets der Fall. So hat am Freitag mit Recht die vierte Kammer

des Kaufmannsgerichts in einem zur Verhandlung gekommenen Fall entschieden, daß ein Stadtreisender, der mit Erlaubnis des Chefs noch einen anderen Artikel mitführt, als kaufmännischer Angestellter, nicht als selbständiger Agent anzusehen ist. Der Kläger Sigismund E. war bei der Margarine-Firma D. Müller gegen einen festen Speisevertrag von 100 M. pro Monat und Provision angestellt. Er hatte die Vorkaufsrechte zu besuchen und von seinem Prinzipal die Genehmigung erhalten, derselben Kundschaft R e h l für eine bestimmte andere Firma offerieren zu dürfen. Das Kaufmannsgericht hielt sich in diesem Falle für zuständig, weil E. trotz der genehmigten Nebenvermittlung zu der Firma M. in einem festen Abhängigkeitsverhältnis stand.

Die Sicherung der Existenz bis in das hohe Alter hinein.

Immer schwieriger wird den Invaliden die Erlangung der Invalidenrente gemacht.

Die 64 Jahre alte Arbeiterin Christiane Sch. aus Eisendorf stellte im Mai 1907 bei der Landesversicherungsanstalt Schlesien von neuem den Antrag auf Invalidenrente. Zur Unterstützung ihres Antrages brachte sie ein ärztliches Gutachten des Dr. B. bei. Daraufhin wurde die Antragstellerin vom 22. November bis zum 2. Dezember 1907 im Krankenhaus der Landesversicherungsanstalt untersucht und beobachtet. Der Arzt Sanitätsrat Dr. B. gibt sein Gutachten dahin ab, daß die Antragstellerin noch zu leichten häuslichen Arbeiten, im Sommer auch zu leichten Gartenarbeiten, zur Beaufsichtigung von Kindern usw. fähig sei. Die verstärkte untere Verwaltungsbehörde bejahte das Verliegen von Invalidität bezw. Erwerbsunfähigkeit; trotzdem wurde die Frau von der Landesversicherungsanstalt mit ihrem Rentenanspruche wiederum abgewiesen.

Frau Sch. legte gegen den Ablehnungsbescheid beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau Berufung ein, mit der Bitte, ihr die Invalidenrente zu gewähren. Das Schiedsgericht hörte noch den Professor Dr. Alexander in Breslau über den Zustand der Klägerin. Dieses Gutachten ist typisch für die Auffassung der Ärzte über das praktische Erwerbsleben. Es sei daher nur der Schluß hier angeführt:

„Die Unterjochte ist noch nicht dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes, das heißt infolge ihrer körperlichen und geistigen Zustände noch nicht voraussichtlich dauernd außerstande, durch irgendwelche Lohnarbeiten, welche ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden können, ein Drittel, das jährlich 60% Mark (vom Schreiber dieses unterschrieben) beträgt, zu verdienen. Eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit liegt zurzeit ebensowenig vor.“

Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte können der Sch. noch leichte häusliche Arbeiten, Wartung und Beaufsichtigung von Kindern, Pflege des Geflügels, im Sommer auch ganz leichte Arbeiten in Feld und Garten zugemutet werden.“

Es bedarf keiner weiteren Frage, das Schiedsgericht hat auf Grund des vorstehenden Gutachtens den Anspruch der Klägerin auf Invalidenrente abgelehnt, weil die Klägerin noch nicht Invalide ist, sondern noch imstande ist,

„die „niedrige“, nur 66 Mark betragende Mindestverdienstgrenze jährlich zu erreichen.“

Gibt es eine treffendere Illustration unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der Invalidenversicherung, als es durch diese Entscheidung geschieht?

Wird ein 64-jähriges armes Weib noch angeblich imstande ist, 66% Mark im Jahr zu verdienen, daher ist sie noch nicht der Invalidenrente bedürftig bezw. dieselbe kann ihr nach dem Wuchstaden des Gesetzes nicht gewährt werden. Es ist blutiger Hohn auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn man ihnen die Zumutung stellt, mit 66% Mark pro Jahr oder 18% Pf. pro Tag ihre Lebensbedürfnisse decken zu können. Die alte 64-jährige Frau mag, wenn sie bei ihrem gebrechlichen Zustande überhaupt noch Arbeit erhält, bei den 18% Pf. pro Tag verhungern. Die Invalidenversicherungsanstalt „Schlesien“ indessen spendiert zu ihren von der Arbeiterschaft aufgebracht Millionen an Vermögen weitere Millionen hinzu. Die Vertriebenen bringen die Gelder zur Invalidenversicherung auf, Rente indessen erhalten sie aber oft auch dann nicht, wenn sie fast verhungert sind. Und da spricht man in gewissen Kreisen, daß die Invalidenversicherung der „gefüllten Kompostschüssel“ gleiche. Größter Hohn ist es, wenn man von der durch unsere Sozialgesetzgebung „gesicherten Existenz“ bis in das hohe Alter hinein spricht. Das zeigt der vorliegende Fall auf das deutlichste.

Witterungsübersicht vom 15. August 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. W. (max, min), Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. W. (max, min).

Wetterprognose für Sonntag, den 16. August 1908.

Himmlich kühl und veränderlich bei mäßigen nördlichen Winden, bisweilen leichte Regenschauer.

Zahn-Klinik. Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14. Sumatra Decke Nr. 6198, Java-Sumatra Nr. 6195.

Billige Rohabake. Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Heinrich Franck, Berlin, Brunnenstr. 185. Billiger St. Felix, hochfein, leicht 125 Pf. verz. Geschäftsschluss 7 Uhr.

Teilzahlung. monatlich 10 M. liefert Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise). J. Tomporowski, 2. Etage, Allee Bellefleurplatz, Kasse 10%, billiger.

Kassenhänder jeder Art. Augusta-Bad, Köpenickerstr. 60.

Sommer-Preise. von 10 Zentner an ab Platz: Ferdinand Salon a Str. 92 Pf., Huna 94, Hella 96, Anhalt. Rohlenw. 100, Alf 100, Galbheine 90, Anthracit 235.

Steinkohlen, Koks usw. zu billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Haus je nach Quantum 10-15 Pf. mehr. Sandbögen werden gratis geliefert.

Gerstberger & Müller, Rohlengroßhandlung, 40102* Walfadenstr. 95. Tel. Amt 7, 10290.

J. Baer, Ecke Badstr. 26, Prinz-Alte Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, El. Einsegnungsanzüge Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß. J.B. Allerbilligste, streng feste Preise.

Wollen Sie etwas Feines rauchen? Dann empfehlen wir Ihnen „Salem Aleikum“. Garantiert naturell-aromatische, rein türkische Cigarette. Diese Cigarette wird in No. 3 nur lose, in den Nummern 4 bis 10 auch in einfachen Kartons à 20 Stück Inhalt, ohne Kork, ohne Goldmündstück verkauft. Preis: 3/4, 4, 5, 6, 8, 10 Pf. das Stück. Nur echt, wenn auf jeder Cigarette die volle Firma steht: Orientalische Tabak- u. Cigarettenfabrik „YENIDZE“. Inhaber: Hugo Zietz, Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten. 188,9*

Dr. Simmel, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, Gröbste Vorsteile 1. Wiedereröffnung. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gasglühlicht-Artikel. Rob. Baumann, G. m. Berlin, 125 Alte Jakobstr. 125. Größte Vorsteile 1. Wiedereröffnung.

Dr. Schönemann, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Rixdorf, Weisestraße 3. Edle billige Wohnungen mit und ohne Bad.

Möbel Schulz, Reichenberger Str. 5. Gediegene Arbeit. Außerst billige Preise. Auch 89042* Ratenzahlung.

1000 Hochwald-Landbaustellen am Schützenhaus Rhen-Neuendorf (Verbahn). R. 12 Mark an! Kleinstes Eng. Rest langjährig fest. Große Wertsteigerung durch den Großschiffahrtskanal, Hafenanbau, vierspur. Bahnausbau, Güterbahnhof, Trag. Gas- u. Wasserleitg., Schule im Ort; Dr. Dampfheizvorrichtung Tegelspau. Günt. Kapitalanlage für jedermann Baubureau a. Schützenhaus. 40102 Berlin, Wollenberg, Neue Königl. 71.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Dienstag, den 18. August 1908, abends präzise 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Fest-Säle, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Der Parteitag in Nürnberg und Wahl der Delegierten. 4. Die Brandenburger Konferenz und Wahl der Delegierten. 5. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

2. Kreis.

Berliner Godtbrauerei (großer Saal), am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes vom letzten Halbjahr. 2. Provinzial-Konferenz und Wahl der Delegierten. 3. Parteitag in Nürnberg. Referent Genosse R. Fischer. Anträge dazu und Wahl der Delegierten. 4. Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin. Anträge dazu und Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der reichhaltigen Tages-Ordnung halber wird präzise 8 1/2 Uhr begonnen.

Der Vorstand.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Die Generalversammlung von Groß-Berlin und Wahl der Delegierten. 3. Der Parteitag in Nürnberg. Referent Redakteur Hans Bloß. Wahl der Delegierten. 4. Die Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

4. Kreis.

Louis Kellers Fest-Säle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag zu Nürnberg. Referent Genosse Ströbel. 2. Anträge zum Parteitag und Wahl der Delegierten. 3. Die Brandenburger Konferenz, Anträge und Wahl der Delegierten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht und Kassenbericht. 2. Der Parteitag zu Nürnberg. Referent Genosse Diepmann. 3. Wahl der Delegierten. 4. Die Brandenburger Provinzial-Konferenz. 5. Wahl der Delegierten. 6. Die Generalversammlung des Verbandes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Niemand darf fehlen!

Der Vorstand.

6. Kreis.

Germania-Festsäle, Chausseestraße 110.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Erledigung der eingegangenen Anträge. 5. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung und Bestätigung der Delegierten. 6. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten. 7. Stellungnahme zur Provinzial-Konferenz und Wahl der Delegierten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 19. August, abends 8 Uhr,
in den bekannten Lokalen: 134/15

Bezirks-Sitzungen.

Tagesordnung: 1. Bekanntgabe der Bautenkontrolle vom 28. Juli. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in der Sitzung zu erscheinen. 3. A.: E. Schulze.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin. Bureau: Blankenfeldestr. 10.

General-Versammlung

bei Voerer, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht pro zweites Quartal.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg. Referent: Kollege Damaier.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Erfrischend — Durststillend!

Die köstlichsten, erfrischendsten Limonaden, Brauselimonaden u. Frucht-Sirup-Extrakte, das volle Aroma köstlicher Früchte enthaltend, vorzüglich in Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Pfirsich, Waldmeister, Apfelsinen, Limette etc., werden sich das ganze Pfund für u. fertig auf nur 25 Pf. stellen. Vorzüglich zu Cremes, Speisen, Puddings, Weißbier, Selters etc. Mit Zuckerwasser gemischt, ergibt 1 Gl. Extrakt, Preis 50 Pf., 15 Str. wunderbar erquickende Limonade. 1 Glas davon stellt sich auf nur 1 Pf., Brauselimonade auf nur 3 Pf. p. 1/2 Literflasche.

Werts. Muster. 1902 seit. Rezeptbuch 12. Auflage, Anleitung zur Bereitung von Kognak, Rum, allen edlen Likören, Bieren, Limonaden und Brauswässern, Selters etc. im Haushalt gratis.
Max Noa, Hoflieferant d. Pr. Prinz. Fruchtsaftpresserei.
Adolf v. Schwarzh.-Radolstadt
Niederschönhausen, Treskowstr. 5.
Berlin, Elsasser Straße 5, 3. Haus vom Rosenthaler Tor.

Sobald erschienen die Broschüre:
Ist Unsterblichkeit des Körpers auf Erden denkbar und möglich? Von A. Kottonau.
Nur bis 1. 9. 08. Preis M. 1.— bei F. J. Bauer, Wilmersdorf, Bingerstr. 78 part., geg. vorh. Einl. d. Betr. oder per Nachnahme.

Seegefärd

Direkt anschließend an den Bahnhof
unweit der Oberiger Heerstraße
Hochwald u. Landparzellen, guter Garteboden, Gasanstalt und Mähdreschhof vorhanden. Ad. Station Jungfernhöhe
20 Pfennig-Tour.
OR. von 10 M. an.
Austausch d. unf. Verkäufer i. Bahnhof-Restaur. u. eigen. Verkaufsort in Seegefärd.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königl. Str. 16

Probieren Sie, bitte,
Schwarz' gerösteten Kaffee.
Spezialmischung:
Berliner Konsum
Pfund 86 Pf.
Kaffee Schwarz,
Gr. Frankfurter Str. 94, Hofpartier.

Wanzen. Schwaben, Motten nebst Brut vertilgen sicher, unter Garantie
M. Schwellkarts
Spezialmittel, a. Dofis 50 Pf., 1 und 3 M. Mantelstr. 92, Reichensberger Str. 55, Waldemarstraße 64. Tel. Amt IV, 1221.

Hygienische
Bodenterrillal, Neues Katalog
Dr. Emptel, viel Anzeig. u. Prof. gran. u. d. H. Vnger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten manche Hausfrauen, daß Persil giftig

Wäsche

schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schon. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Wo amüsieren wir uns?
Im Krug zum grünen Kranze,
Ober-Schöneweide, Waldstr. 74.
Küche und Keller vorzüglich.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Ernst Höflich.

Graumann's Festsäle und Garten.
27 Naunynstr. 27.
3 Kegelbahnen.
Sonnabende u. Sonntage noch frei!

H. Grupe's Festsäle
30912* Annonstr. 16.
Säle zu allen Festlichkeiten, Große Vereinszimmer, Vorzügl. Küche, Solide Preise, Mittagstisch täglich 3 Gerichte, 50 und 60 Pf.

Vereinslokal.
Unsere Vereinszimmer für 30, 60 und 150 Personen sind Sonnabends, Sonntags und an mehreren Wochentagen an Vereine und Gesellschaften zu vergeben. 49549*
Verbandshaus der Gastwirtsgehilfen
Rint 111
1813. Gr. Hamburger Str. 18/19.

Wirtshaus Moritz Uhle
Kreuzbergstraße 3.
Sonntag: Frischer Gänsebraten a. Portion 75 Pf., Eisbein, Sauerbrohl, Spez. Junge Hühner. Gr. Mittagstisch, kl. Preise. Vorzügl. Kaffee a. Portion 50 Pf. — Von 5 Uhr an: Frei-Konzert.

Restaurant Haselwerder
Nieder-Schöneweide
(Näh. Minuten vom Bahnhof).
Gr. Garten zirka 10 000 Sitzplätze.
400 Meter Bellefont. 100 jähriger Baumbestand.
Kaffee-Rüche.
Warme Küche zu zivilen Preisen.
Den werten Vereinen und Behörden steht das Lokal zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.
31672* Der Oekonom.

Markgrafen-Säle
Markgrafendamm 34. Rint VII 4277
Zug. Hermann Scholtz.
Heute: **Gr. Ball.**
Säle von 100—1000 Personen zu Festlichkeiten und Versammlungen.
2 Kegelbahnen.

Moerders Blumengarten
Ober-Schöneweide a. d. Obersee.
Zug: Alb. Moerner.
(Neues Konzerthaus.)
Heute!

Extra-Reunion.
(Zeilung: Tanzlehrer Sachs.)
Für Vereine und Gesellschaften im Sommer noch Sonnabends zu vergeben.
Bedingungen in bekannter folgender Weise.

Alhambra
Follner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag 6 Uhr.
A. Zamiat.

Empfehle den Gewerkschaften usw. mein Lokal zu Werkstätten.
Zimmer für 36 bis 70 Personen. Halbtage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Schneider-Krankenkasse. 36192*
Witwe Kürbis,
Luisenstr. 26.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-Maschinen, Bau, Ingenieur-, Techniker-, Vertmeiler-, Konstrukteur-Kursus, staatl. inspeziert.
Neuer Abendkursus.
Prospekt kostenfrei.

